

hlz



C 3428

Zeitschrift der GEW Hamburg
Januar-Februar 1-2/2020



Nicht alles kalter Kaffee

(Allen Spekulationen, dass wir über ein
generelles Tempolimit nachdenken könnten,
erteilen wir hiermit eine eindeutige
Abgase!)





Die GEW wünscht allen Kolleg_innen ein glückliches, friedvolles und gesundes 2020! Gemeinsam werden wir auch in diesem Jahr einiges bewegen.

Bewegend in diesen Tagen ist aber zunächst einmal der Angriff auf die Demokratie. Die Ereignisse in Erfurt zeigen, wie verwundbar diese ist. Auch wir müssen den Anfängen von Nazismus trotzen. Wir sagen: Keinen Fußbreit den Faschisten! Das gilt auch für die anstehende Bürgerschaftswahl. (s. S. 20)

Wir haben mit unseren „Leitlinien für gute Bildungspolitik in Hamburg“ Forderungen an die Parteien adressiert und in Veranstaltungen mit den schulpolitischen, den wissenschaftspolitischen und den für Weiterbildung zuständigen Parteienvertreter_innen engagiert unsere Erwartungen formuliert. Wir hoffen auf eine Umsetzung unserer Forderungen und rufen euch auf, wählen zu gehen!

Auch Tarifaueinandersetzen wird es 2020 geben. Der im März 2018 vereinbarte Tarifvertrag im TVÖD – das betrifft in Hamburg die Erzieher_innen – besitzt eine Laufzeit von 30 Monaten, so dass im Sommer 2020 die nächsten Tarifverhandlungen anstehen.

A13Z bzw. E13 für Grund- und Mittelstufenlehrkräfte wird

kommen! Eine Gesetzesvorlage ist auf den Weg gebracht worden. Senator Rabe hat den entsprechenden Kolleginnen und Kollegen Ende letzten Jahres über die Schulleitungen eine Informationsschreiben zugeleitet. So weit, so gut. Wenn dies so umgesetzt wird, starten in Hamburg alle voll ausgebildeten Lehrkräfte mit der gleichen Entlohnung! Wir wissen allerdings noch nicht, ob bei der Umsetzung auch die pensionsnahen Lehrkräfte etwas für ihr Ruhegeld davon haben und ob die Tarifbeschäftigten in gleichem Maß davon profitieren können. Wir haben den Sena-

**Anja Bensinger-Stolze, Fredrik Dehnerdt,
Sven Quiring**

Heiße Ware

tor mehrfach darauf hingewiesen und es soll geprüft werden. Wir bleiben dran!

Das von uns mitinitiierte Bündnis „Mehr Zukunft in der Schule!“ bleibt aktiv und plant weitere Veranstaltungen, über die wir informieren werden.

Das Befristungsunwesen an den Hochschulen wird uns weiter beschäftigen. Im Vorfeld der Bürgerschaftswahl mehrten sich die Stimmen, die von der grün geführten Wissenschafts-

behörde mehr Engagement dabei erwarten, die Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen zu verbessern. Insbesondere geht es darum, wie vom Bund bereitgestellte Mittel aus dem „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“ eingesetzt werden sollen.

Wir werden auch 2020 gegen die untragbaren Beschäftigungsbedingungen sowohl von Angestellten als auch Honorarkräften in der Weiterbildung kämpfen. Im Februar führte die Fachgruppe Erwachsenenbildung eine Veranstaltung mit Bundespolitiker_innen zum Thema „Working poor für Lehrkräfte unter staatlicher Regie – welche Schritte können wir gemeinsam tun“ durch.

Sofern die AfD im Februar nicht aus der Bürgerschaft gewählt wird, werden wir weiter engagiert die Kolleg_innen unterstützen, die von der Fraktion angegriffen werden und darüber hinaus Aufklärungsarbeit leisten. Unabhängig davon werden wir weiter bei „Aktiv gegen Rechts“ sein, uns gegen rechte Hetze einsetzen und Erinnerungsarbeit leisten.

Nicht zuletzt werden im Verlauf des Jahres die von uns

in Auftrag gegebenen Forschungsarbeiten zu den Unvereinbarkeitsbeschlüssen in den 1970ern und zur Gleichschaltung unserer Vorläuferorganisation Gesellschaft der Freunde als Buchpublikation veröffentlicht und auf Veranstaltungen vorgestellt und diskutiert.

Wir zählen auf eure Mithilfe – gemeinsam werden wir erneut einiges bewegen!



Bildungspolitik

PISA
Bilanz nach 20 Jahren _____ 23

Vorschule
Alter Wein in neuen Schläuchen _____ 30

Inklusion
Mogelpackung _____ 32

Schulstruktur
Senator feiert Einheitsschule _____ 34

Weiterbildung 1
Was fehlt? _____ 35

Weiterbildung 2
working poor _____ 37

Lehrer_innenkammer
Stellungnahme zum DigitalPakt Schule — 39

Das Richtige wählen Seite 10
Wir haben die Parteien befragt, was sie mit uns bildungspolitisch vorhaben. Sie haben geantwortet.

„Wahlgeschenk“ Seite 30
Vor den Wahlen eröffnet der Schulsenator eine Offensive zur Qualitätssteigerung der Vorschule. Eine betroffene Kollegin ist verwundert.

HIBB Seite 28
„Wir müssen draußen bleiben“ hieß es lange. Nach einigem Hickhack darf nun die GEW mit am Tisch des Kuratoriums sitzen.

Fair childhood Seite 48
Eine Untersuchung belegt den nachhaltigen Erfolg des Engagements unserer Stiftung, sogar mit dem Effekt einer gestiegenen gewerkschaftlichen Beteiligung.

Magazin

Bürgerschaftswahlen
Was sagen die Parteien? _____ 10

Geflüchtete (1)
Ausstellung _____ 33

Geflüchtete (2)
Unmenschlicher Umgang _____ 42

Internationaler Frauentag
Veranstaltungen _____ 46

Kapp-Putsch
Vor 100 Jahren in Harburg _____ 50

Bertini-Preis
Jurymitglieder berichten _____ 54

Debatte (1)
Kulturelle Identität _____ 56

Debatte (2)
Über das N-Wort _____ 58

Nazibiographien (40)
Heinrich Geffert (Teil 1) _____ 62

Kriegsgefahr
Wo bleibt der Protest _____ 68

Foto: Fair childhood



JA13 Warten auf das Geld	8
AfD Keine Zeile wert	20
Antifa Vielfalt statt Einfalt	22
Offene Liste Taschenspielertricks	27
HIBB Eintritt gewährt	28
Bundesweite Fortbildung Herausforderungen der Digitalisierung	40
Service Online-Krankschreibungen	41
Unvereinbarkeitsbeschlüsse Es geht auch um Entschädigung	44
Fair childhood Nachhaltige Erfolge	48
GEWolution 2020 Bundesweite Vernetzung	53
Ruheständler_innen Antifa geht uns alle an	60

Rubriken

hlz-Notiz	3
Nachrichten	6
gb@-Seminare	55
Rätsel	71
Impressum	72
GEW-Termine	72
Aus dem Übergang...	73



Kein Schock mehr Seite 23

Was vor 20 Jahren durch die erste Pisa-Untersuchung die Öffentlichkeit erregte und mit zahlreichen Versprechen der Politik, es besser machen zu wollen, einherging, zeigt jetzt eine ernüchternde Bilanz.

Seid umschlungen Seite 39

Es ist bekannt, dass die Millionen aus dem Digitalpakt nur zögerlich abgerufen werden. Wer die Stellungnahme der Lehrer_innenkammer dazu liest, erfährt, warum das so ist.

Nazi-Biografie (35), Teil 1 Seite 62

Die Antwort auf die immer noch offene Frage, wie es sein konnte, dass die Nazis 1933 so reibungslos an die Macht kamen, ist u.a. in den Ausgaben der hlz aus jener Zeit zu finden. Wir porträtieren den letzten in der Tradition der Gesellschaft der Freunde (GdF) stehenden Schriftleiter Heinrich Geffert.

Jubiläum Seite 50

In einem bis heute beispiellosen Kampf vor 100 Jahren gelang es den fortschrittlichen Kräften in der noch jungen Weimarer Republik, die restaurativen Kräfte der Monarchie in die Schranken zu weisen – auch hier in Hamburg und das in einer Schule.

Foto: Wikipedia



Kulturelle Identität



Hlz 12/2019, S. 48ff

Wir dokumentieren auf S. 56f einen Schriftwechsel mit Lesern und einen Leserbrief zum Artikel ‚Wie gefährlich ist die AfD?‘

krank

Hamburgs Lehrer_innen sind im vergangenen Schuljahr häufiger krankgemeldet gewesen als 2017/18. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine kleine Anfrage der CDU hervor. Insgesamt habe es 199.108 krankheitsbedingte Fehltag gegeben, gut 15.000 mehr als im Schuljahr davor. Die Fehlzeitenquote war bei den Sonderschulen mit 8,5 Prozent am höchsten, bei den Grundschulen lag sie bei 7,1 Prozent. Bei den Gymnasien war sie mit fünf Prozent am niedrigsten. Birgit Stöver, schulpolitische Sprecherin der Hamburger CDU-Fraktion, forderte, dass die Lehrerarbeitszeitverordnung evaluiert und an die aktuellen Wirklichkeiten angepasst wird.

leiden

Sprachstörungen, Ängste, sogar Depressionen – fast jedes vierte Schulkind in Schleswig-Holstein leidet an psychischen Problemen. Laut Untersuchun-

gen der Krankenkasse DAK sind 24 Prozent aller Jungen und Mädchen im Schulalter von einer psychischen Erkrankung oder Verhaltensstörung betroffen. Bei mehr als zwei Prozent aller Kinder und Jugendlichen zwischen 10 und 17 Jahren seien sogar Depressionen und Angststörungen diagnostiziert worden. Bei Mädchen traf das dabei doppelt so häufig zu wie bei Jungen. Hochgerechnet sind das 9.500 Schüler_innen im Land.

Zu wenig

Für 3,50 Euro kann man kein gutes Schlessen anbieten – und auch noch das Personal, den Abwasch und das Abrechnungssystem bezahlen. Das sagen jedenfalls die großen Hamburger Schulcaterer und fordern eine Erhöhung des Essenspreises auf 4 Euro an Grundschulen und 4,50 Euro an weiterführenden Schulen. Die Differenz soll die Stadt übernehmen.

Dafür zogen rund 50 Mitglieder der Initiative Hamburger Schulcaterer durch die Innenstadt zum Rathaus. Schulsenator Ties Rabe (SPD) hat sich bereit erklärt, über eine Erhöhung des Essenspreises mit den Caterern zu verhandeln, wenn im Gegenzug verbindliche Qualitätsstandards vereinbart werden. Mal sehn also, was demnächst auf den Tisch kommt.

traurig

Wie arm viele Rentner_innen sind, zeigt eine erschütternde Erhebung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW): 62 Prozent der alten Armen nehmen die öffentliche Hilfe, die ihnen zusteht, nicht in Anspruch. Im Schnitt liegt ihr Einkommen 220 Euro niedriger als die Summe, die Hartz-IV-Empfänger_in-

nen erhalten. 625 000 Rentnerhaushalte darben auf unterstem Niveau, weil sie sich nicht zum Sozialamt trauen, auch, weil Viele dem Irrtum unterliegen, ihre Kinder müssten dann zahlen.

expansiv 1

Fast 40 Prozent aller Hamburger Kinder wachsen zwei- oder sogar mehrsprachig auf. Deshalb wurde der herkunftssprachliche Unterricht seit 2016 gezielt um insgesamt 82 Kurse an 30 Schulen in Hamburg ausgebaut. Waren es vor dem Ausbau noch 296 Angebote an rund 50 Schulen, so sind es im aktuellen Schuljahr bereits 378 herkunftssprachliche Angebote in zwölf Sprachen an

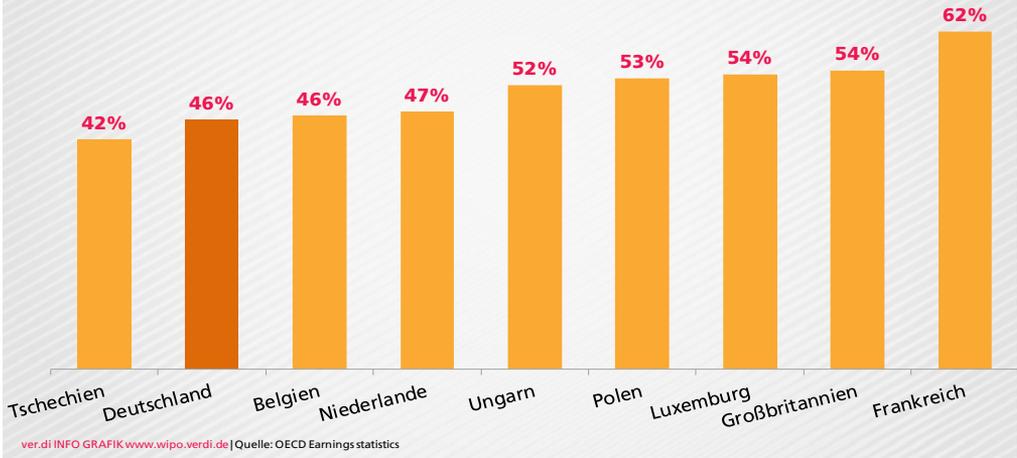
Freiheit für Julian Assange!

Wer sich die Mühe macht, den Text des Schweizer UN-Sonderberichterstatters zu lesen, wird ein für alle Mal seine Meinung, der Beschuldigte sei wohl ein Vergewaltiger und auch sonst ein Narzisst, für den es sich nicht lohne, sich einzusetzen, revidieren müssen. Wir gestehen, dass auch wir uns von diesem Narrativ haben beeinflussen lassen. Nun zeigt der UN-Sonderberichterstatter und Schweizer Richter Nils Melzer auf, mit welcher Perfidie die Geheimdienste Schwedens, der USA und Großbritanniens zusammenspielen, um diesen Menschen zu vernichten.

DIE REDAKTION

Abzurufen ist der Bericht unter <https://www.republik.ch/2020/01/31/nils-melzer-spricht-ueber-wikileaks-gruender-julian-assange>

Mindestlohn in Deutschland und Nachbarländern 2018 in Prozent des mittleren Lohns (Median) von Vollzeitbeschäftigten



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK WERNEKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Kein Problem, die Differenz zahlt ja ggf. der oder die Steuerzahler_in für die so genannten Aufstocker_innen.

insgesamt 84 Schulen – das ist ein Anstieg von über 27 Prozent. Im aktuellen Schuljahr besuchen jetzt über 4.000 Schülerinnen und Schüler herkunftssprachliche Unterrichtsangebote ihrer Schule, das sind 900 mehr als noch 2016.

expansiv 2

414 neue Referendarinnen und Referendare beginnen am 1. Februar mit der zweiten Phase der Lehrer_innenausbildung. So viele Neueinstellungen habe es seit 30 Jahren nicht mehr gegeben, sagt Bildungssenator Ties Rabe. Die Zahl der Ausbildungsplätze wurde auf 810 Stellen pro Jahr erhöht. Das sind mehr als 40 Prozent; schon im Vorjahr wurden mehr Referendar_innen eingestellt.

nicht verboten

Einer 16 Jahre alten Hamburger Schülerin, die ihr Gesicht mit einem sogenannten Niqab verhüllt, darf der Schulbesuch nicht verboten werden. Das hat

das Hamburger Verwaltungsgericht entschieden. Für ein Niqab-Verbot gibt es bislang keine Rechtsgrundlage, da Hamburgs Schulgesetz keine Vorschrift für eine Vollverschleierung kennt. Andere Länder wie Bayern oder Niedersachsen haben solche Regelungen getroffen. Die Schulbehörde hat gegen das Urteil Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingelegt. Der Beschluss sei unanfechtbar, so die Reaktion des Gerichts, da die Schülerin für sich die vorbehaltlos geschützte Glaubensfreiheit in Anspruch nehmen könne. Eingriffe in dieses Grundrecht bedürfen einer gesetzlichen Grundlage. Eine solche sieht das hamburgische Schulgesetz gegenwärtig nicht vor. Der Beschluss sei deshalb unanfechtbar. Schulsenator Ties Rabe hatte bereits unmittelbar nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts angekündigt, notfalls das Schulgesetz zu ändern, sollte sich die Rechtsauffassung seiner Behörde nicht durchsetzen.

...und wächst

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat bundesweit die 280.000 Mitglieder-Hürde übersprungen (280.350 Mitglieder, Stand: 31.12.2019). Damit verzeichnet sie im vergangenen Jahr einen Mitgliederzuwachs von 0,34 Prozent.

Der Landesverband Hamburg konnte sogar um 1,59 Prozent zulegen und in fast allen Schulformen die Mitgliederzahl steigern (10.655 Mitglieder, Stand: 31.12.2019).

„Der positive Trend in der Mitgliederentwicklung hat sich fortgesetzt. Wir sehen darin eine Bestätigung der Arbeit, die wir in den vergangenen Jahren geleistet haben. Besonders freut mich, dass wir immer mehr junge Menschen für die GEW gewinnen, davon viele Frauen“, sagt die Vorsitzende der GEW Hamburg, Anja Bensinger-Stolze. Der Frauenanteil in der GEW liegt bei gut 70 Prozent – Tendenz steigend.

Wir warten nicht auf Godot,...



...wir warten auf das Geld



auf'm Konto, Herr Senator!

Kolleg_innen der Rudolf Ross Grundschule

Widersprüche aushalten

Stellt euch vor, am 23. Februar ist Wahl und ^{keine_r} ~~jede_r~~ geht hin

Es gibt ja ‘ne ganze Reihe Spontisprüche, was Wahlen betrifft. Als Politiklehrer hab’ ich oft die Frage gestellt, was denn von dem Spruch zu halten sei: „Wenn Wahlen etwas verändern würden, wären sie verboten!“ Das erzeugte immer ganz gut Reibung, die eine lebendige Diskussion erleichtert. Und auch, als wir jetzt in der Redaktion saßen und über das Titelbild nachdachten, ging mir dieser Spruch durch den Kopf.

Wir merkten aber, dass die Zeiten sich gewandelt haben. Vor dem Hintergrund der überwiegend antidemokratischen Parolen der AfD, deren zumindest rechter Flügel um Björn Höcke offen davon spricht, das parlamentarische System abschaffen zu wollen, bekommt eine solche Aussage einen ganz anderen Charakter. Was als Provokation gedacht war, um Menschen aus der Reserve zu locken, könnte missbraucht werden, um autoritäre Verhältnisse nicht nur zu legitimieren, sondern diese auch ganz offen einzufordern.

Natürlich kann man manchmal verzweifeln, wenn man erlebt, wie immer mehr die Marktmechanismen das bestimmen, was um uns herum geschieht. Politiker_innen scheinen eher als Getriebene statt als Antreibende zu agieren. Es ist nur ein Lippenbekenntnis, wenn diese ein „Primat der Politik“ vor sich hertragen, wir Bürger_innen aber gleichzeitig erleben, mit welcher Wucht die Interessen der Wirtschaft durchgesetzt werden. Das Ganze bildet sich dann in der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung ab. Am Ende des Tages, so sagt man ja neuerdings, sind die Beträge auf den Konten und die Vermögenswerte

des oberen Teils der Gesellschaft exorbitant gewachsen, während ein immer größer werdender Teil der Menschen sich damit zufrieden geben muss, über die Runden zu kommen oder es gelingt ihnen nicht einmal das.

Am Ende des Tages – eine merkwürdige Formulierung, die sich da durchgesetzt hat. Schwingt da nicht so etwas wie Endzeitstimmung mit? Angesichts der Klimakatastrophe liegt das biblisch Apokalyptische „am Ende aller Tage“ nicht so fern. Greta Thunberg hatte nicht unrecht, als sie jüngst in Davos davon sprach, dass das Desaster von allen zu verantworten sei, gleich welche Partei oder welches System man betrachte. Und doch verwischt eine solche Sichtweise, dass es der Kapitalismus und in seiner Folge dann auch die sich hieraus gebildete Systemkonkurrenz der sich sozialistisch nennenden Staaten war und ist, der mittels systemimmanenter Gesetze alles in Richtung Abgrund getrieben hat.

Was folgt für jede_n von uns daraus? Sich gleich den Schuss geben oder versuchen zu retten, was noch zu retten ist? Es entspricht wohl der Spezies Mensch, der, ausgestattet mit dem, was wir Überlebenswillen nennen, sich nicht damit abfindet, den Untergang widerstandslos hinzunehmen. Die einzige Chance, grundsätzlich etwas verändern zu können, besteht eben darin, sich seiner Rolle als geschichtliches Subjekt bewusst zu werden. Und das fängt bei den kleinen Dingen an, über die manch einer lächeln mag, wenn es um ganz alltägliche Änderung von Lebensgewohnheiten geht und hört auf in der Auseinandersetzung darüber, wie wir Ein-

fluss auf das weitere politisch-gesellschaftliche Leben nehmen können. Dazwischen liegt dann auch die Beteiligung an Wahlen, die das Unzulängliche perpetuieren mag, aber auch das Eingeständnis erfordert, dass dies Sinn macht, solange uns nichts Besseres einfällt, was u.a. die Chance auf ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit erhöht und dabei noch ein gewisses Maß an individueller Freiheit gewährleistet.

Warum so vorsichtig formuliert? Den Widerspruch zwischen mehr sozialer Gerechtigkeit und individueller Freiheit erleben wir gerade in Bezug auf das Bildungswesen jeden Tag. Das gegliederte Schulsystem, deren Befürworter und Macher dafür verantwortlich sind, dass sich unsere Gesellschaft nicht nur materiell, sondern eben auch die Bildung betreffend – und beides bedingt einander – immer weiter auseinander dividiert, reproduziert sich immer wieder aufs Neue durch die Freiheit der Eltern, die Entscheidung treffen zu können, ihr Kind nicht mit Kindern der unteren Hälfte der Gesellschaft zusammen lernen zu lassen. Eine nachvollziehbare Entscheidung in einer Gesellschaft, die auf Konkurrenz beruht. Die politische Verantwortung dafür tragen diejenigen, die sich zur Wahl stellen und an dem gegliederten Schulsystem festhalten. Solange es Alternativen gibt, macht es also Sinn, seine Stimme abzugeben für jene, die ein ‘Weiter so’ nicht mehr wollen.

Was sagen also die Parteien?

Wir haben sie befragt (S. 12-19). Dabei geht es neben den Fragen die Chancengleichheit betreffend direkt um unsere Inte-

ressen als abhängig Beschäftigte im Bildungssektor. Vorneweg die Frage, die denen im Schuldienst Arbeitenden wohl am meisten auf den Nägeln brennt: wie wird die Belastung der Kolleg_innen verringert? Die Signale, Entlastung zu schaffen oder gar grund-

legend etwas verändern zu wollen, sind bei den Parteien, die am ehesten die nächste Regierung stellen werden, nur schwach erkennbar. Es wird uns also auch nach der Wahl nichts anderes übrig bleiben, als uns auf andere Weise Gehör zu verschaffen

– und das heißt, den Druck von der Straße her zu erhöhen! Aber vorher haben wir die Wahl, wobei sicherlich niemand bereit sein wird, seine Stimme für ein Linsengericht herzugeben.

JOACHIM GEFFERS

// PRESSEINFORMATION //

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft 

Landesverband Hamburg
Nr. 04/2020 vom 30. Januar 2020

"Richtige Forderung - möge sie den Wahlkampf überstehen!"

GEW zum CDU Antrag zu Lehrer*innenarbeitszeit in der Bürgerschaft

Die CDU hat in der gestrigen Bürgerschaftssitzung einen Antrag „Sofortmaßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte im ‚Lehrerarbeitszeitmodell‘ auf den Weg bringen“ (Drucksache 21/19729) gestellt. Dabei hat sie ganz konkret eine Forderung der GEW aufgegriffen und als ersten Schritt die sofortige Entlastung von Unterrichtsaufgaben in Höhe von ein bis zwei WAZ (Wochenarbeitszeitstunden) für eine Vollzeitstelle beantragt. CDU und Linke stimmten dem Antrag zu. Die rot-grünen Regierungsfractionen lehnten den Antrag mit ihrer Mehrheit ab, wie bereits im Oktober 2018, als die CDU eine Reformierung der Lehrerarbeitszeitverordnung auf Grundlage der Evaluation von 2005 und dem Bericht der Behler-Kommission (Drucksache 21/14661) beantragte.

Anja Bensinger-Stolze, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW Hamburg), kommentiert:

"Für die Lehrkräfte an den Schulen sind seit Jahren die Arbeitsbedingungen verschlechtert worden. Es gab eine Fülle neuer Aufgaben ohne Entlastung. Das macht krank oder treibt Lehrkräfte in ungewollte Teilzeit. Die GEW bekräftigt ihre Ablehnung der Lehrerarbeitszeitverordnung und ihre Forderung von 2015 nach einer Höchstgrenze von 20 Unterrichtsstunden für eine Vollzeitstelle. Der Antrag der CDU beschreibt eine dringend notwendige Sofortmaßnahme – und greift übrigens eine Forderung der GEW auf. Hoffentlich handelt es sich dabei nicht nur um Wahlkampfgeklapper! In der nächsten Legislaturperiode muss das gesamte Lehrerarbeitszeitmodell auf den Prüfstand! Die Regierungsfractionen fragen wir, was sie denn konkret zu tun gedenken, um die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte zu verbessern?"

Wenn man die Hamburger Lehrerarbeitszeitverordnung mit dem Pflichtstundenmodell aus den anderen Bundesländern vergleicht, wird nämlich deutlich, dass in Hamburg die durchschnittlich zu leistende Unterrichtszeit um zwei bis vier Stunden je nach Schulform höher liegt als in anderen Bundesländern. Deshalb fordert die GEW den Senat auf, endlich Maßnahmen zur Transparenz und deutlichen Reduzierung der Arbeitszeit jeder einzelnen Lehrkraft zu ergreifen!"

Hintergrund:

Bei der GEW-Diskussion mit den schulpolitischen Sprecher*Innen am 11.12.2019 war eine der Kernforderungen, dass das Arbeitszeitmodell angepasst und reformiert werden muss. Ein Bericht und die Meinungen der Partei-Vertreter*Innen findet sich unter <https://www.gew-hamburg.de/themen/schule/das-arbeitszeitmodell-muss-angepasst-und-reformiert-werden>.

Die Forderungen der GEW Hamburg zur Bürgerschaftswahl 2020, u. a. mit dem Kapitel "Arbeitsbedingungen an den Schulen verbessern" finden sich unter <https://www.gew-hamburg.de/themen/bildungspolitik/leitlinien-fuer-gute-bildungspolitik-in-hamburg>.

Kontakt: Anja Bensinger-Stolze, Tel. 0151 12 17 38 30

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft • Landesverband Hamburg
Rothenbaumchaussee 15 • 20148 Hamburg • Telefon 040 / 41 46 33 – 0 • Telefax 040 / 44 08 77

Wir fragen, Politiker_innen antworten

Bildungspolitische Vorstellungen und Forderungen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zur Bürgerschaftswahl 2020

<p>Partei</p> <p>hlz</p>		
<p>Welche Vorstellungen haben Sie in Hinblick auf die Arbeitsbelastung der Lehrer_innen, insbesondere was die Zahl der Unterrichtsstunden anbelangt?</p>	<p>Für Inklusion, Ganztag und die seit 2011 systematisch verkleinerten Klassen wurden viele zusätzliche Lehrer_innenstellen geschaffen. Insgesamt wurde die Zahl der Lehrkräfte seit 2011 um rund 25 Prozent erhöht, obwohl die Schüler_innenzahl nur um rund 13 Prozent anstieg. Stadtteilschullehrkräfte wurden zusätzlich entlastet, indem die Faktorisierung der Unterrichtsstunden auf den höheren Wert der Gymnasien angehoben wurde. Flankierend wurden für alle Lehrkräfte das zweite Lernentwicklungsgespräch und der dritte Präsenztage in den Sommerferien abgeschafft. Durch das Zentralabitur müssen Lehrkräfte die Abituraufgaben nicht mehr selbst konzipieren. Diese zusätzlichen Entlastungen summieren sich auf rund 24 Stunden pro Jahr.</p> <p>Hamburgs Lehrkräfte haben im Bundesvergleich eine leicht höhere Unterrichtsverpflichtung, die aber durch erheblich mehr Freistunden für Organisationsaufgaben (F-Zeiten) mehr als ausgeglichen wird. Stichproben zeigen, dass die reale Zahl der von Lehrkräften erteilten Unterrichtsstunden unter dem Bundesdurchschnitt liegt.</p>	<p>Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte hat zugenommen. Es sind vielfältige Aufgaben hinzugekommen, die jedoch im Lehrerarbeitszeitmodell (LAZ) nicht berücksichtigt wurden. Daher wollen wir das LAZ entsprechend überarbeiten und anpassen. Bis dahin müssen Sofortmaßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte ergriffen werden, wie z.B. den Lehrkräften eine Erhöhung von ein bis zwei Wochenarbeitszeitstunden (WAZ) bezogen auf Vollzeitäquivalente im Bereich A (Allgemeine Aufgaben) zu Verfügung zu stellen.</p> <p>Wir wollen das Lehrpersonal darin unterstützen, gesund zu bleiben oder wieder gesund zu werden. Daher werden wir die bereits bestehenden Programme zur Prävention und Gesundheitsförderung für Lehrkräfte stärken und darüber hinaus prüfen, wie ein eigenes arbeitsmedizinisches Institut dafür eingerichtet werden kann. Um den steigenden Anforderungen von Schulen durch genügend Lehrpersonal gerecht zu werden, wollen wir Lehrkräfte von nicht pädagogischen Aufgaben und Arbeiten entlasten. So wird in der Schule neben Lehrkräften, Sonderpädagoginnen/Sonderpädagogen sowie Erzieherinnen/Erziehern künftig auch Verwaltungs-, IT- und technisches Personal die multiprofessionellen Teams ergänzen.</p>
<p>Welche Maßnahmen wollen sie ergreifen, um der zunehmenden sozialen Segregation, die sich in der Wahl der Schulart widerspiegelt, etwas entgegenzusetzen?</p>	<p>Wir haben die Stadtteilschulen deutlich attraktiver gemacht und personell besser ausgestattet: Bei gleicher Schüler_innenzahl hat eine Stadtteilschule rund 35 Prozent mehr Pädagog_innen. Wir statten die Stadtteilschulen mit einer Oberstufe aus, um breite Schüler_innenschaften anzusprechen. Zusätzliche Angebote (z.B. besserer Ganztag, mehr Zeit zum Lernen durch G9, Berufsorientierung) sowie gezielte Werbemaßnahmen sichern die Attraktivität der Stadtteilschule. Wir werden auch künftig die Ressourcen im Schulsystem so verteilen, dass Stadtteilschulen entsprechend ihrer besonderen Aufgaben sehr gut ausgestattet sind. Das alles wirkt: Die Schüler_innenzahlen an den Stadtteilschulen steigen. Kein anderes Bundesland hat ein so integratives Schulsystem wie Hamburg.</p>	<p>Es bestehen in sozial unterschiedlichen Stadtteilen weiterhin große Lernstandunterschiede (KERMIT) durch große Integrations- und Inklusionsanforderungen. Nach dem Bildungsbericht 2017 bedarf es in Hamburg verstärkter Anstrengungen, die Integrationsleistung zu erhöhen und qualitätsvolle Abschlüsse zu erreichen. Hierfür ist vor allem die Attraktivität und Qualität der Stadtteilschule zu erhöhen.</p> <p>Für Kinder mit Sprachförderbedarf, zum Beispiel aufgrund von Migrationshintergrund, aber auch von sozialindizierten Gründen, muss in den Regelklassen eine entsprechende Sprachförderung etabliert werden. Hierfür werden wir den Lehrkräften entsprechende Zeitkontingente als Ressource pro Schülerin/Schüler zur Verfügung stellen. In diesem Sinne ist es notwendig und sinnvoll, die Anzahl ausgebildeter Lehrkräfte im Fach Deutsch als Zweitsprache deutlich zu erhöhen. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit unseres Bildungssystems.</p>

Kein Freibrief

Meine Anfrage an die **bildungspolitischen Sprecher_innen** der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien war verbunden mit der Bitte, die Antworten gleich in das mitgelieferte Raster zu schreiben. Mir war klar, dass bei unterschiedlicher Länge der Beiträge die Größe der 'Felder' verschieden groß ausfallen würde. Deshalb bat ich um die Formulierung von Kernforderungen. Daran wurde sich nicht immer gehalten. Ich war daher gezwungen, einige Antworten, gekennzeichnet durch die übliche Markierung (...), zu kürzen. Dass die Beiträge trotzdem unterschiedlich lang ausgefallen sind, ließ sich nicht immer vermeiden. Dies sollte aber natürlich nicht mit einer Wertung der Antworten verbunden werden.

JOACHIM GEFFERS

			
<p>Wir wollen eine Absenkung der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften im Vorbereitungsdienst und eine geringere Unterrichtsverpflichtung in den ersten drei Jahren ihrer Tätigkeit und der Berufseinstiegsphase. Der Dreh- und Angelpunkt ist das Lehrerarbeitszeitmodell und die Verteilung der Wochenarbeitszeit/Funktionsstunden durch die Schulleitungen. Seit seiner Einführung sind neue Aufgaben hinzugekommen, andere weggefallen. Erst kürzlich haben wir eine Verwaltungsstelle an Schulen geschaffen, die Lehrer_innen von nichtpädagogischen Aufgaben befreit. Davon abgesehen sind wir bereit, die Aufgaben nochmal anzusehen und gegebenenfalls anzupassen. Unser Schwerpunkt liegt auf den Schulen in KESS 1 + 2-Gebieten. Hier sind die Lehrer_innen mit besonderen Aufgaben konfrontiert, die wir gerne im LAZ abgebildet sehen würden.</p>	<p>Die Lehrerarbeitszeitverordnung gehört abgeschafft und die Arbeitszeit für die Lehrkräfte sollte auf 20 Stunden maximale Unterrichtsverpflichtung festgelegt werden.</p>	<p>Auch wenn das LAZ prinzipiell geeignet ist, den Einsatz von Lehrer_innen fair und transparent zu organisieren, so ist es dennoch offensichtlich, dass die derzeitigen dort angesetzten Werte nicht mehr mit den Herausforderungen in den Schulen übereinstimmen. Wir sind daher der Ansicht, dass die aktuelle Situation der Lehrkräfte in den Schulen überprüft und das LAZ entsprechend aktualisiert werden muss. Dabei geht es uns aber in keinem Fall um die Reduzierung von Fachstunden, sondern um die Schaffung von Freiräumen für die Lehrkräfte, wie wir sie auch schon durch die neuen Schulverwaltungsfachkräfte im Rahmen des Schulstrukturfriedens erreicht haben. Unser Ziel ist es, dass Lehrer_innen täglich mit Begeisterung und Freude in die Schule gehen können, weil sie sich ganz auf ihre Kernaufgabe – guten Unterricht – konzentrieren können.</p>	
	<p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Foto: Fraktion DIE LINKE</p>		
<p>Sabine Boeddinghaus</p>	<p>Das Ziel grüner Politik war schon immer die soziale Durchmischung und die Abkoppelung schulischen Erfolgs vom formalen Bildungsgrad der Eltern. Wir sehen: dort, wo das stattfindet, fühlen sich alle wohl. Es sind sowohl Stadtteilschulen als auch Gymnasien (Grundschulen sowieso), die diese Leistung vollbringen. Davon wollen wir mehr. Deshalb unterstützen wir Schulen und Lehrkräfte in KESS 1 + 2-Gebieten. Außerdem möchten wir, dass an allen Schulformen für alle Kinder – in ihrer unterschiedlichen Art zu Lernen – Angebote gemacht werden können. Dazu gehören Schulversuche, Lernmethoden, die Neugier bewahren und fördern. Außerschulische Lernorte, Einbezug externer Expert_innen in den Schulalltag, projektorientierter Unterricht und mehr Mitbestimmung von Schüler_innen an zentralen Fragen des Schullebens werden wir unterstützen und fördern.</p>	<p>Sowohl die Schullaufbahnpflichtung als auch das Abschulen nach Klasse 6 vom Gymnasium an die Stadtteilschule müssen ein Ende haben. DIE LINKE hat ein inklusives Schulgesetz vorgelegt, das zeigt, dass 100 Prozent Inklusion an allen Schulen verbunden mit individueller Förderung möglich ist. Die UN Konventionen über die Rechte der behinderten Menschen und die der Kinder müssen endlich konsequent umgesetzt werden.</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen unverbrüchlich zum Elternwahlrecht. Die Aussage, dass „soziale Segregation“ sich allein anhand der Wahl der Schulform ablesen ließe, teilen wir nicht. Schulen sind über die Schulform hinaus hochindividuell und es gibt bei jeder Schulform Fälle mit mehr und mit weniger Herausforderungen. Richtig ist aber: In Hamburg hängt der schulische Erfolg nach wie vor stark von der sozialen Herkunft ab! Das wollen und müssen wir ändern! Wir wollen erreichen, dass alle Schulen ungeachtet ihrer Schulform für die jeweils für sie spezifischen Herausforderungen perfekt aufgestellt sind, um eine bestmögliche Förderung jedes Schülers/jeder Schülerin zu ermöglichen. Wir sind bereit, ganz mutige und innovative Wege zu gehen. Einer dieser Wege ist das Konzept Talentschule: Wir wollen exzellente Gymnasien und Stadtteilschulen mit modernster Pädagogik und bester Ausstattung dahin bringen, wo sie am dringenden benötigt werden und maximalen Effekt erzielen: in kinderreiche Stadtteile mit den größten sozialen Herausforderungen.</p>

<p>Partei</p> <p>hlz</p>		
<p>Wie wollen Sie der ungleichen Verteilung der Inklusionsschüler_innen auf die Schularten begegnen?</p>	<p>Alle Hamburger Schulen arbeiten inklusiv. Die geringere Zahl von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Gymnasien ist darauf zurückzuführen, dass viele von ihnen die Leistungsanforderungen für den Übergang in Klasse 7 nicht erreichen. Diese Leistungsanforderungen wollen wir auch nicht ändern, denn damit würde das Zwei-Säulensystem aufgehoben und zu einem System mit „Einer Schule für alle“, was den Verabredungen im Hamburger Schulfrieden widersprechen würde. Entsprechende Volksinitiativen sind in Hamburg auch klar abgelehnt worden. Wir achten den Willen der Eltern und werden das Zwei-Säulen-System daher nicht aufbrechen. Außerdem würde eine andere Verteilung der Schüler zu einer anderen Verteilung der Ressourcen führen, so dass die Personalausstattung der Stadtteilschulen darunter leiden würde.</p>	<p>In Hamburg gilt seit 2010 die Wahlfreiheit der Eltern für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf für eine Beschulung an einer Förder- oder einer Regelschule. Die Bildungsbereiche der RBBZs stehen für die Beschulung der Kinder mit Förderschwerpunkten in Lernen, Sprache und sozial emotionale Entwicklung zur Verfügung. Darüber hinaus hat Hamburg ein Netz an Schwerpunktschulen, die sich um die individuelle Förderung kümmern. Allgemeine und Schwerpunktschulen werden seit 2010 vermehrt angewählt, doch gibt es nicht überall optimale Bedingungen. Die Betreuung von Kindern mit Sonderförderbedarf während der Schulzeit ist i.d.R. über Förderpläne und entsprechende Ressourcen gewährleistet. Auf der weiterführenden Regelschule wird der überwiegende Teil der Inklusion von den Stadtteilschulen gestemmt, Gymnasien beteiligen sich entsprechend ihres Bildungsauftrages. Dieses geschieht jedoch aufgrund geringerer Ressourcen zu einem deutlich kleineren Anteil. Gymnasien sollten mehr in die Lage versetzt werden, ihre Bereitschaft zur inklusiven Beschulung zu erhöhen.</p> <p>Sonderpädagogischer Förderbedarf muss bei Bedarf durch qualifizierte Schulbegleitungen ergänzt werden. Hier darf nicht am Kind gespart werden.</p>  <p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Foto: abgeordnetenwatch</p> <p>Birgit Stöver</p>
<p>Wie erklären Sie sich, dass mittlerweile nur noch weniger als ein Prozent der Kinder mit einer Gymnasialempfehlung eine Stadtteilschule besuchen?</p>	<p>Entscheidend für die Attraktivität der Stadtteilschule ist ein profiliertes gutes pädagogisches Angebot, dass aufgrund der guten Ausstattung jeder Stadtteilschule möglich ist. Unter Hamburgs zehn beliebtesten Schulen sind acht Stadtteilschulen. Rund ein Drittel ihrer Schülerinnen und Schüler führt die Stadtteilschule zum Abitur. Das zeigt, welche Chancen gute Stadtteilschulen bieten.</p>  <p style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg);">Foto: Wikipedia.org</p> <p>Barbara Duden</p>	<p>Kinder und Jugendliche in Hamburg haben seit 2011 neben dem Gymnasium die Möglichkeit, an der Stadtteilschule alle Bildungsabschlüsse bis hin zum Abitur abzulegen. Welche Schulform die Schülerinnen/Schüler wählen, ist eine freie Entscheidung und lässt sich nur bedingt steuern. Die Stadtteilschule hat in vielen Bereichen große Erfolge vorzuweisen, dennoch bestehen zwischen einigen Stadtteilen große Lernstandsunterschiede aufgrund von Integrations- und Inklusionsanforderungen sowie sozialen Rahmenbedingungen. An den meisten Stadtteilschulen ist der gemeinsame Unterricht von leistungsstarken und leistungsschwachen Schülerinnen/Schülern einer Klasse beziehungsweise einem Kurs gängige Praxis. Schülerinnen/Schüler müssen an Stadtteilschulen optimal auf die unterschiedlichen Abschlüsse vorbereitet werden. Dies kann unter Umständen besser durch einen Unterricht von leistungsstarken und -schwachen Schülerinnen/Schülern in unterschiedlichen Kursen erreicht werden. Wir wollen die inhaltlichen Vorgaben der Kultusministerkonferenz für eine äußere Differenzierung in den Kernfächern der Klassenstufen 7 – 10 verpflichtend an allen Schulformen, vor allem an den Stadtteilschulen, durchsetzen. So gewinnt die Stadtteilschule für Schülerinnen/Schüler an Attraktivität.</p>



Inklusion ist die Akzeptanz von Vielfalt und der selbstverständliche Umgang mit Vielfalt. Inklusion spricht nicht von „Inklusionsschüler_innen“, sondern drückt die Haltung aus, dass alle Menschen verschiedene Stärken oder Schwächen haben, die alle eine Gesellschaft oder Klassengemeinschaft bereichern können – wenn man dies zulässt.

Darüber, dass Gymnasien wenig Kinder mit sonderpädagogischem oder sonstigem Förderbedarf aufnehmen, sich auch weniger Schüler_innen hier anmelden, sind wir unzufrieden. Wir wollen das ändern und auch Gymnasien darin unterstützen, Kinder mit Förderbedarf anzunehmen und somit verschiedene Lern- und Unterstützungsformen anbieten zu können. Denn tatsächlich entspricht die Vorstellung von der homogenen Lerngruppe am Gymnasium nicht immer der Realität.

Nach unserem Schulgesetzentwurf arbeiten alle Schulen uneingeschränkt inklusiv und erhalten dafür die notwendigen Ressourcen und Qualifikationen.

Diese Frage wurde nicht beantwortet

Die Zahl variiert deutlich. Über das gesamte Stadtgebiet ist sie nicht zu halten. Wir legen außerdem Wert auf den Umstand, dass 80-90 Prozent der Abiturient_innen an Stadtteilschulen keine Gymnasialempfehlung hatten. Das macht deutlich: sie sagt nichts über den kommenden Schulerfolg aus. Wir Grüne setzen uns für die Abschaffung der Gymnasialempfehlung ein. Sie ist ein Überbleibsel aus alten Zeiten und sagt in einem zweigliedrigen Schulsystem noch weniger aus als zu Zeiten, in denen die Empfehlung die subjektive Einschätzung einer Lehrkraft über die Abiturwahrscheinlichkeit 10jähriger Kinder darstellen sollte. Dennoch: auch wir wünschen uns eine breite Akzeptanz der Stadtteilschulen auch unter bildungsnahen Eltern. Dafür haben wir viel getan. Die Historie der Stadtteilschule hat es in sich, dass viele Eltern nach wie vor neben dem Gymnasium hier die Haupt- und Realschule vermuten. Allerdings wandelt sich diese Wahrnehmung vor allem dort, wo Stadtteilschule gute und interessante Angebote macht. Diese wollen wir weiter fördern.

Diese Tatsache entspricht sicher nicht der großartigen Arbeit und Leistung der Stadtteilschulen. Diese Schulform übernimmt Verantwortung bei der Umsetzung der Inklusion, der Integration von geflüchteten jungen Menschen und bei der Unterstützung ihrer Schüler_innenschaft bei der Bewältigung vieler weiterer sozialen Herausforderungen, die sich alltäglich stellen. Das ist ein schulisches Umfeld, was offenbar nicht jedem Elternhaus entgegenkommt. Denn wenn soziale Herkunft sich im Bildungsweg widerspiegelt, können wir diese schulische Spaltung als Teil der sozialen Ungleichheit deuten. Die gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich wird in der krassen Aufteilung in zwei Schulformen noch vertieft. Das ist derzeit von der Mehrheit der Parteien so gewollt und wurde in dem jüngst geschlossenen Bündnis von SPDGRÜNECDUFDP zur Verlängerung des sogenannten Schulstrukturfriedens für die nächsten fünf Jahre zementiert.

Die Beantwortung dieser Frage wäre Spekulation. Es gilt aber: Stadtteilschulen müssen so attraktiv sein, dass sie auch gern von Eltern und Schüler_innen angewählt werden. An einigen Stadtteilschulen ist das ja auch der Fall. Wir wollen die Stadtteilschulen im Rahmen unserer Qualitäts-offensive für die schulische Bildung weiter stärken und damit erreichen, dass gedankliche Stoßrichtungen, wie sie sich in der Fragestellung wiederfinden, in Zukunft keine Rolle mehr spielen.

<p>Partei</p> <p>hlz</p>		
<p>Inwieweit hängt der Schulerfolg Ihrer Auffassung nach auch vom Verhältnis von muttersprachlich-deutschen Kindern und Kindern mit nicht deutscher Familiensprache in einer Klasse/Lerngruppe ab? (Der Richtwert, dass es nicht mehr als 35 Prozent sein sollten, wird in Hamburg bei 64 Prozent der staatlichen Grundschulen, bei 71 Prozent der Stadtteilschulen und bei 39 Prozent der staatlichen Gymnasien überschritten.)</p>	<p>Der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern hängt nicht von ihrer Muttersprache ab, sondern davon, dass wir die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben, Textverständnis und Rechnen stärken. Das sind die Schlüsselkompetenzen, die über den weiteren Bildungsweg entscheiden. Durch gezieltes Qualitätsmanagement (z.B. KERMIT, Schulinspektionen), Fortbildungen und Unterrichtshandreichungen (z.B. Basiswortschatz, Lesebeispiele) haben wir den Bildungserfolg erheblich verbessert. Hamburgs Schülerinnen und Schüler haben in Mathematik, Deutsch und Englisch erheblich bessere Ergebnisse erzielt. So wollen wir weitermachen.</p>	<p>Die Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher in Hamburg sollte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, deren Erfüllung im Schulwesen auf möglichst viele Schultern, hier Standorte, mit dafür gezielt aus- oder fortgebildeten Lehrkräften verteilt werden muss. Wenn nun die Hauptlast der Aufgabe von relativ wenigen, schon stark belasteten Stadtteilschulen in den städtischen Brennpunkten getragen wird, so ist dies keine auskömmliche Schulpolitik, sondern schlechte, oft hilflose Verwaltung einer wichtigen Aufgabe unserer Stadt. Für Kinder mit Sprachförderbedarf, zum Beispiel aufgrund von Migrationshintergrund, aber auch von sozialindizierten Gründen, muss in den Regelklassen eine entsprechende Förderung durch qualifizierte Lehrkräfte etabliert werden. Hierfür werden wir den Lehrkräften entsprechende Zeitkontingente als Ressource pro Schülerin/Schüler zur Verfügung stellen. In diesem Sinne ist es notwendig und sinnvoll, die Anzahl ausgebildeter Lehrkräfte im Fach Deutsch als Zweitsprache deutlich zu erhöhen. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit unseres Bildungssystems.</p>
<p>Welches Konzept der Schulstruktur in Hamburg würden Sie vorantreiben (Schule für Alle, 2-Säulen-Modell, Campusschule, einheitliche flexible Oberstufe, G8/G9, Y-Modell) und warum gerade dieses?</p>	<p>Das Hamburger Zwei-Säulen-System hat sich bewährt, Hamburgs Schülerinnen und Schüler haben ihre Kompetenzen in Mathematik, Deutsch und Englisch erheblich gesteigert. Überregionale Medien sprechen sogar von einem „Bildungswunder“ (Handelsblatt, vgl. auch ZEIT, Süddeutsche Zeitung)). Grundlage für den Erfolg sind zwei gleichberechtigte Schulformen, die beide zum Abitur führen. Niemals in der Hamburger Schulgeschichte gab es so viel „gemeinsames Lernen“ wie im jetzigen Zwei-Säulen-System. Die Frage nach einem anderen Schulsystem stellt sich daher nicht. Auch deshalb nicht, weil mittlerweile die gesamte Bildungswissenschaft den geringen Einfluss der Schulstruktur und den deutlich größeren Einfluss von gutem Unterricht auf den Bildungserfolg nachgewiesen hat. Um den Unterricht zu verbessern, brauchen wir den Schulfrieden und das Zwei-Säulen-System.</p>	<p>In Hamburgs Schullandschaft herrscht aufgrund verschiedener Herausforderungen (z.B. Inklusion, Integration, zu kleine Schulen, Unterrichtsausfall und Lehrermangel) viel Unruhe. Wir sprechen uns gegen eine Strukturveränderung und für eine Weiterentwicklung der Grundschule, der Stadtteilschule und des Gymnasiums sowie der Förderschulen aus. Wir wollen das von uns in breitem Konsens eingeführte „Zwei-Säulen-Modell“ (einschließlich Förder- und Berufsschulen) erhalten.</p> <p>Unsere Kinder sind angesichts ihrer Interessen, ihrer Fähigkeiten, ihrer Begabungen und der Erwartungen der Eltern unterschiedlich. Daher müssen die Kinder entsprechend ihrer Talente individuell auf ein selbstbestimmtes Leben in Beruf und Gesellschaft vorbereitet werden. Deshalb bedarf es eines differenzierten und durchlässigen Bildungssystems und keiner Einheitsschule.</p>
<p>Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, damit mehr Fachkräfte in den Kindertagesstätten eingestellt werden?</p>	<p>Es werden bereits jetzt und weiterhin mehr Fachkräfte in den Kitas eingestellt – für den weiteren Kita-Platzausbau und speziell zur Verbesserung der Betreuungsqualität. So wurden – frühere Verstärkungen ergänzend – zum Jahresanfang 2019 weitere 600 Fachkräfte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels finanziert. Auch Anfang 2020 ist eine so starke Verbesserung finanziert. Wir haben beschlossen, dass der Fachkraftschlüssel für alle Krippenleistungsarten bis zum 01.01.2021 auf 1:4 verbessert wird. Für alle Elementarleistungsarten wird der Fachkraftschlüssel zum 01.01.2024 auf 1:10 verbessert. Laut jüngster Bertelsmann-Studie belegt Hamburg bundesweit Platz 1 bei den Investitionen pro Kind unter sechs Jahren mit 7.324 Euro (Bundesschnitt: 5.053 Euro pro Kind). Die Bertelsmann-Studie spricht von einer „kontinuierlichen“ Verbesserung der Personalsituation – positiv wird zudem bewertet, dass Hamburg sich bei der Verwendung der Bundesmittel für die Verbesserung der Betreuungssituation als dauerhaft zu finanzierende Maßnahme entschieden hat. Die Ausbildungszahlen sind auf Rekordniveau.</p>	<p>In vielen Kindertagesstätten wird angesichts schlechter Personalausstattung längst an der Belastungsgrenze gearbeitet. Neben der aktiven Gewinnung, der Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften müssen auch die Arbeitsbedingungen in den Kitas spürbar verbessert werden.</p> <p>Wir sind der Auffassung, dass pädagogischen Fachkräfte neben ihrer Tätigkeit die Möglichkeit haben müssen, im Bereich der Kindertagesbetreuung entsprechende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote wahrzunehmen. Nur so ist es aus unserer Sicht möglich, auf lange Sicht eine Qualitätsverbesserung in der Kindertagesbetreuung zu erreichen. Daher muss der Personalschlüssel zukünftig mittelbare Pädagogik, Urlaub, Krankheit und Fortbildung voll berücksichtigen.</p> <p>Es ist absurd, dass einerseits händeringend Erzieherinnen/Erzieher gesucht werden, aber andererseits an vielen Ausbildungsstellen Schulgeld anfällt. Wir wollen, dass die Ausbildungen zur SPA und zur Erzieherin/zum Erzieher überall kostenlos sind. Außerdem wollen wir prüfen, inwieweit eine Dualisierung der Ausbildung sinnvoll ist, um angehenden Erzieherinnen/Erziehern in der Ausbildung einen Verdienst zu ermöglichen und den Praxisbezug der Ausbildung zu erhöhen.</p>



Zu Faktoren, die angeblich alleine zu Lernerfolgen von Schüler_innen führen sollen, gibt es verschiedene Studien mit verschiedenen Ergebnissen. Wir sind überzeugt davon – und viele Schulen machen das offensichtlich –, dass selbstverständlich auch an Schulen mit einem Anteil von über 35 Prozent von Kindern mit Migrationshintergrund Lernerfolge zu verzeichnen sind. Es wäre fatal für Hamburg, wenn dies nicht möglich wäre, denn der Anteil von Schüler_innen mit Migrationshintergrund liegt bei ca. 50 Prozent in manchen Schulen bei über 80 Prozent.

Unserer Ansicht nach sind Familien mit „muttersprachlich-deutschen Kindern“ oder „nichtdeutscher Familiensprache“ keineswegs eine homogene Gruppe. Es kann sich demnach um kein Merkmal handeln, anhand dessen Klassen zusammengesetzt werden.

Der Erwerb der deutschen Sprache ist zentrale Voraussetzung dafür, den eigenen Bildungsweg zufriedenstellend zu gestalten und gehört zu den Mitteln, um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erlangen. Deshalb muss die Gelegenheit dafür auch in allen Fächern durchgehend inklusiv gegeben sein. Ich wünsche mir eine Schule, in der nicht mehr klassifiziert wird in „muttersprachlich-deutsch“ oder „deutsch als Zweit/Fremdsprache“, sondern in der alle Kinder den Förder- und Unterstützungsbedarf bekommen, den sie brauchen.

Der Erwerb der deutschen Sprache wird natürlich unterstützt, wenn Kinder auch in dieser Hinsicht voneinander lernen können. Insofern und mit Hinblick auf die Bildungsforschung ist es sicherlich ratsam, sich anzuschauen, wie eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen denen, die bereits gute Kenntnisse haben und denen, die noch Förderbedarfe haben, in den jeweiligen Klassen erreicht werden kann. Ziel muss sein, dass möglichst schnell ein hohes gemeinsames Niveau erreicht wird.

Wir haben im Sommer einen Schulstrukturfrieden beschlossen, der ein ganzes Maßnahmenpaket vorsieht und eine Änderung der Struktur ausschließt. Wir sind der Überzeugung, dass insbesondere die Stadtteilschulen – auch als Campusschule – nur dann eine Zukunft haben, wenn sie sich als alleinige neunjährige weiterführende Schule im Inneren in Ruhe weiterentwickeln kann.

DIE LINKE setzt sich seit jeher für eine Schule für Alle ein, also für einen einheitlichen Organisationsrahmen, innerhalb dessen der breiten Vielfalt der Schüler_innenschaft angemessen pädagogisch Rechnung getragen werden kann. Dafür haben wir jetzt, auch vor dem Hintergrund der UN-Behinderten- und Kinderrechtskonvention, ein inklusives Schulgesetz vorgelegt, das zeigt, dass inklusive Bildung an allen Schulen und Schulformen zwingend geboten und realisierbar ist. Teil davon ist auch das Lernen im eigenen Takt.

Wir stehen unverbrüchlich zur Schulstruktur in ihrer jetzigen Form. Das Zwei-Säulen-Modell hat sich bewährt und bietet den Schüler_innen und Eltern ein Optimum an Flexibilität in Bezug auf den schulischen Bildungsweg.

Hamburg hat sich klare Ziele gesetzt beim Betreuungsschlüssel und diese auch gesetzlich festgeschrieben. Wir wollen den Betreuungsschlüssel von 1:10 im Elementarbereich und von 1:4 im Krippenbereich erreichen und auch bei einem deutlichem Wachstum des Kitasystems insgesamt halten.

Wir haben die Aus- und Weiterbildung zur Erzieher_in attraktiver gemacht. Angehende Erzieher_innen können während ihrer Aus- und Weiterbildung entweder BAFöG wie zum Beispiel das Meister-BAFöG bekommen oder sie können im Rahmen einer berufsbegleitenden Aus- und Weiterbildung direkt Geld verdienen. Dennoch wollen wir GRÜNE die Ausbildung und die damit zusammenhängende Vergütung noch attraktiver machen. Die Ausbildungskapazitäten müssen sich nach dem jeweiligen Bedarf richten. Gute Arbeitsbedingungen sind ein wichtiger Faktor, um für Arbeitnehmer_innen attraktiv zu sein. Deshalb ist es besonders wichtig, dass wir die Personalausstattung verbessern und gute Fortbildungsmöglichkeiten bieten.

Die Rahmenbedingungen für die Ausbildung und Arbeit der Erzieher_innen müssen deutlich verbessert werden. Momentan brechen viel zu viele Ihre Ausbildung ab oder treten ihren gelernten Beruf nicht an, weil die Bedingungen, unter denen sie lernen und arbeiten müssen, auf Grund zu knapper Ressourcen, nicht ausreichender Personalschlüssel, schlechter Bezahlung und schwieriger Arbeitsplatzausstattung zum Teil unzumutbar sind.

Wir wollen die Erzieher_innenausbildung reformieren und attraktiver machen, zum Beispiel durch die Erarbeitung einer dualen Ausbildung mit angemessener Vergütung.



Foto: Wikipedia.org

Anna von Treuenfels-Frowein

<p>Partei</p> <p>hlz</p>		
<p>Wie wollen Sie mit der aus der Tarifstruktur entstandenen Ungerechtigkeit für das Pädagogisch-Therapeutische-Fachpersonal (PTF) umgehen?</p>	<p>Wir arbeiten dafür, die Bezahlung der unterschiedlichen pädagogischen und therapeutischen Berufe zu verbessern. Allerdings ist dies insbesondere Aufgabe der Tarifparteien, so dass Hamburg hieran nicht unmittelbar beteiligt ist. Wir wünschen uns, dass die Gewerkschaften hier für eine gerechtere Verteilung sorgen. Der Senat wird als Teil der Arbeitgebervereinigung der Länder ebenfalls versuchen, die Entwicklung zu korrigieren. Gemeinsam sollte uns das gelingen.</p>	<p>Das Pädagogisch-Therapeutische-Fachpersonal (PTF) in Hamburg leistet einen großen Beitrag zum Gelingen der Inklusion. Ihr Einsatz in den Sonderschulen, einem besonders belastenden Arbeitsfeld, gilt es entsprechend zu würdigen. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass sie von dem Tarifabschluss 2019 für den öffentlichen Dienst der Länder nicht profitieren, da sie im Tarifvertrag als „Gesundheitsberufe“ geführt werden. Wohingegen die anderen Erzieherinnen/Erzieher von der vereinbarten Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes profitieren. Sie arbeiten und fördern ihre Schülerinnen/Schüler gemeinsam. Daher setzen wir uns für eine Gleichstellung der Bezahlung ein.</p>
<p>Welche Vorstellungen haben Sie in Hinblick auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse für die an der Universität Beschäftigten?</p>	<p>Hamburg als Zukunftsstadt braucht kluge Köpfe. Dazu gehören auch Arbeitsplätze in Wissenschaft und Forschung, die sich im Rahmen eines von Hamburg entwickelten und bundesweit beachteten Code of Conduct-Prozesses bewegen. Wir haben uns erfolgreich auf Bundesebene für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern stark gemacht. Im Ergebnis führte das zu einer Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Damit wurde die bisher weit praktizierte Möglichkeit, im wissenschaftlichen Bereich nur befristete Arbeitsverträge abzuschließen, deutlich eingeschränkt. Ein wichtiger Schritt, um Berufskarrieren in der Wissenschaft attraktiver zu machen und junge, qualifizierte Absolventinnen und Absolventen an den Hochschulen zu halten! Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möchten in Zukunft noch stärker berücksichtigen, dass es unterschiedliche Aufgaben an einer Hochschule gibt, die auch unterschiedliche Arbeitsbedingungen benötigen. So sollen Daueraufgaben auch verstärkt mit unbefristeten Stellen erledigt werden, was die Attraktivität dieser Arbeitsplätze erhöht und eine qualitativ hochwertigere Personalentwicklung ermöglicht.</p>	<p>Zunächst einmal müssen die Hochschulen finanziell besser ausgestattet werden. Bei den derzeit laufenden Neuverhandlungen der Hochschulvereinbarungen ab 2021 müssen den Hochschulen höhere Budgetsteigerungen zugestanden werden als die bisher festgesetzten 0,88 Prozent. Nur so haben die Hochschulen die Möglichkeit, ihre Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter besser zu bezahlen und mehr Arbeitsverhältnisse zu entfristen. Wir fordern daher eine jährliche Erhöhung der Grundfinanzierung von 3 Prozent. Drei Viertel des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals sind an den Hochschulen befristet beschäftigt. Das kann nicht so bleiben. Denn Planbarkeit und Zukunftssicherheit ist für die Mitarbeiter an Hochschulen wichtig. Die CDU begrüßt daher die Bemühungen des Senats im Rahmen des Code of Conduct bzw. der Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes 2014, dass Stellen, auf denen überwiegend Daueraufgaben in Forschung und Lehre wahrgenommen werden, die nicht der Qualifizierung dienen, unbefristet zu besetzen sind. Und natürlich unterstützen wir sämtliche Bemühungen darum, im Hochschulbereich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erhöhen.</p>
<p>Welche Forderungen unterstützen Sie in Hinblick auf Bezahlung und Ausgestaltung der Verträge für die Beschäftigten in der Weiterbildung?</p>	<p>Allgemeine und berufliche Weiterbildung ist für uns der Schlüssel für die Sicherung unserer Wirtschaftsstärke und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Um die Weiterentwicklung der allgemeinen und beruflichen Weiterbildung in Hamburg systematisch zu stärken und regionale Handlungsfelder zu identifizieren, werden wir eine Hamburger Weiterbildungsstrategie entwickeln, weil wir in Hamburg alle Talente brauchen. Jede und jeder muss die Chance haben, die den individuellen Fähigkeiten und Begabungen entsprechende, bestmögliche Qualifizierung zu erwerben. Auch an den Hochschulen müssen wir die organisatorischen Voraussetzungen anpassen. Das bedeutet, dass Studienangebote auf neue Zielgruppen, wie z. B. Studierende im mittleren oder fortgeschrittenen Alter, ausgerichtet werden. Damit die Hochschulen ihr Profil als Einrichtungen lebenslangen Lernens schärfen können, werden wir gemeinsam mit ihnen Hindernisse und Hemmnisse identifizieren und so weit wie möglich beseitigen. Soweit es dabei auch um die Ausgestaltung von Verträgen geht, werden wir uns dafür einsetzen, dass sie der wichtigen Aufgabe der Weiterbildung angemessen sind.</p>	<p>Im Bereich der Bezahlung und Ausgestaltung der Verträge für die Beschäftigten in der Weiterbildung muss etwas passieren. Gute Kursarbeit braucht gute Lehrkräfte, die ihrer Ausbildung entsprechend angemessen entlohnt werden müssen. Nach jahrzehntelanger Stagnation ist es an der Zeit, die Honorare der Kursleiter_innen, die oftmals einen ähnlichen Werdegang wie Berufsschullehrer_innen haben, zu erhöhen.</p> <p>Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass sich die Honorare immer nur auf die geleisteten Stunden beziehen. Die in die Vor- und Nachbereitung investierte Zeit bleibt unberücksichtigt. Diese Tatsache rechtfertigt die Einführung eines Ausfallhonorars.</p>



Die Entstehung dieser Ungerechtigkeit ist schwer nachvollziehbar und liegt auch in den tariflichen Einstufungen von Tätigkeiten begründet. Hier müssen die Tarifpartner zu einer Einigung kommen.

Bereits 2016 hatten wir die Anhebung des Gehalts der Pädagogisch-Therapeutischen Fachkräfte auf TV-L 9 gefordert. Neben der Anhebung der Entlohnung auf das Gehalt von Erzieher_innen muss die vor knapp einem Jahr eingeführte Dienstzeitregelung für PTF abgeschafft werden mit dem Ziel, dass die Fachkräfte wieder ausreichend Zeit für ihre originären Aufgaben im Rahmen der multi-professionellen Teams erhalten.

Eine Änderung der Tarifstruktur ist von unserer Seite nicht vorgesehen.

Wir wollen die Attraktivität der Hochschulen für herausragende Mitarbeiter_innen stärken und den Hochschulen durch eine größere Anzahl von Dauerstellen für wissenschaftliche Mitarbeiter_innen die bessere Erfüllung von Daueraufgaben in Forschung und Lehre ermöglichen. Aufgrund der positiven Erfahrungen der letzten Jahre wollen wir die AG Code of Conduct fortführen, um dem Austausch zwischen Arbeitnehmer_innen und Arbeitgeber_innen ein festes Forum zu bieten.

Wir streben einen möglichst hohen Anteil der Lehre durch Professor_innen an und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Lehraufträge angemessen vergütet werden. Für Promovend_innen wollen wir je nach Fachbereich unterschiedliche Mindestvertragslaufzeiten festlegen.

DIE LINKE setzt sich für planbare Berufswege in der Wissenschaft ein. Dafür ist ein Entfristungsprogramm notwendig[...]. Dazu benötigen die Hochschulen eine entsprechende Grundfinanzierung. Auch die vom Bund verstetigten Mittel[...] sollen nach Auffassung der LINKEN eingesetzt werden, um mehr Dauerstellen an den Hamburger Hochschulen[...] zu schaffen. Besonders problematisch ist weiterhin die Beschäftigungssituation der Lehrbeauftragten[...]. Diese missbräuchliche Vergabe als kostengünstige Alternative zu hauptberuflichem Personal lehnt DIE LINKE ab. Lehrbeauftragte müssen eine gerechte Vergütung bekommen. Auch die etwa 5000 studentischen Hilfskräfte an den Hochschulen haben ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass studentische Hilfskräfte einen Tarifvertrag erhalten.

Wir wollen ein Verbot von Kettenbefristungen. Damit schaffen wir sichere Arbeitsplätze und einen gesicherten Start ins Berufsleben. Die studentischen Hilfskräfte wollen wir in den städtischen Mindestlohn von derzeit 12 €, nach unseren Vorstellungen 14 €, einbeziehen.

Zu einer Aufwertung des Wissenschaftsstandorts gehört auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hochschulen. Nur so werden wir die klügsten Köpfe nach Hamburg holen und Nachwuchsforscher und -wissenschaftler aus unserer Stadt in Hamburg halten können. Den „Code of Conduct“ zu den Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen wollen wir im Dialog mit den Betroffenen weiterentwickeln.

Wir verstehen, dass es nicht für alle attraktiv ist, als Honorarkraft in der Erwachsenenbildung tätig zu sein, besonders wenn dies als alleinige Einkommensquelle dienen soll. Wir werden uns für faire Arbeitsbedingungen einsetzen. Dazu gehört z. Bsp. das Krankengeld oder Urlaubsgeld. Grundsätzlich liegt auch dieser Bereich im Rahmen der Tarifpartner.

Die Beschäftigten im Bereich DAZ bzw. DAF und der VHS haben Anspruch auf gute Bezahlung, Zuschüsse zur Sozialversicherung, bezahlten Urlaub und Anrechnungszeiten für Vor- und Nachbereitung. Die VHS braucht eine deutliche Aufstockung ihrer Zuweisung aus Landesmitteln. Wir möchten in der nächsten Legislatur zusammen mit hoffentlich vielen Expert_innen an einem Weiterbildungsgesetz für Hamburg arbeiten.

In Bezug auf Lehrkräfte: Wir Freie Demokraten setzen uns für hochwertige Weiter- und Fortbildungsformate für alle Hamburger Lehrkräfte ein. Nur so können wir gewährleisten, dass die Lehrkräfte bestmöglich auf aktuelle Entwicklungen, zum Beispiel im Rahmen der Digitalisierung, vorbereitet werden.

In Bezug auf Angestellte allgemein: Die Arbeitsmarktpolitik muss die Weiterbildung von Beschäftigten stärker unterstützen. So sollten sinnvolle Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen des bestehenden Budgets der BA grundsätzlich auch für alle Betriebe mit maximal 50 Prozent gefördert werden können – unbürokratisch, bedarfsgerecht und am Markt orientiert. Wir wollen nicht mehr Geld ausgeben, sondern bei jedem Euro fragen, ob er nicht besser in Qualifikation als in Transferzahlungen investiert werden kann. Um alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Beschäftigung fortlaufend bei Investitionen in ihre eigene Weiterbildung zu unterstützen, muss darüber hinaus ähnlich dem Bausparen ein einfaches und unbürokratisches Modell für Bildungssparen steuerlich gefördert werden.



Foto: abgeordnetenwatch

Olaf Duge

Keine Textzeile der AfD in der hlz!

Zu den Bürgerschaftswahlen gaben wir den Parteien die Möglichkeit, Fragen in der hlz zu beantworten. Die AfD bekam dafür keinen Platz. Ist das richtig?

Seitdem die AfD Abgeordnete in die Bürgerschaft sendet, wird sowohl die GEW als auch Kollegien vieler Schulen Hamburgs von den Bürgerschafts-abgeordneten Alexander Wolf und Dirk Nockemann politisch angegriffen und denunziert. Die hlz berichtete in den letzten Monaten ausführlich über das Denunziationsportal der AfD. Über die Hauptakteure ist auch bei afd-watch-hamburg.org viel geschrieben und recherchiert worden. Allerdings: Auch in den Hamburger Bezirken gibt es Denunzianten und Hetzer_innen.

Der Verfassungsschutz beobachtet

Anfang 2019 wurde bekannt, dass der Verfassungsschutz ein „Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) und ihren Teilorganisationen“ geschrieben hat (siehe z.B. netzpolitik.org). Unter Punkt „5.2.4 Verbindungen zu Burschenschaften mit rechts-extremistischen Bezügen“ wird der Bürgerschaftsabgeordnete Alexander Wolf unter die Lupe genommen. In diesem Gutachten werden ebenfalls Auftreten und Ziele des „AfD-Netzwerkes ‚Der Flügel‘“ beschrieben.

Die Facebook-Seite des „Flügels“ beginnt mit der Propaganda im Frühjahr 2015. Der Anlass, diese Seite zu öffnen, war die Veröffentlichung der „Erfurter Resolution“. Mit der Unterschrift unter diese Resolu-

tion sollte ein Zusammenschluss von AfD-Mitgliedern ermöglicht werden, die der politischen Strategie der damaligen „Führer“ Lucke und Petry nicht folgen wollten. Die Initiatoren lenkten den Blick auf die strategische Ausrichtung der AfD: „Die Partei hat Mitglieder verprellt und verstoßen, deren Profil unverzichtbar ist ... Im Hamburger Wahlkampf (wurde) auf die Unterstützung der Wahlsieger aus Thüringen, Brandenburg und Sachsen und damit auf eine Ansprache der Wähler bewusst verzichtet, die den Wahlerfolg einer echten Alternative greifbar und eine Aktivierung der Nicht-Wähler möglich gemacht hätte.“ Gemeint waren Höcke, Gauland, Tillschneider, Kalbitz, Poggenburg – die erste Garde der männlichen politischen AfD-Hetzer, die Initiatoren des „Flügels“, die maßgeblichen „Köpfe“ der genannten Landesverbände. Einer der Ersten, der diese Resolution damals unterschrieb, war der Hamburger Ludwig Flocken, der noch zu Zeiten des Hamburger AfD-Vorsitzenden Kruse aus der Hamburger AfD-Rat-

hausfraktion und auch aus der AfD-Hamburg austrat. Flocken begründete seine Unterschrift auf der „Flügel“-Facebook-Seite mit folgenden Worten: „Wenn ich ... bei Pegida mitspaziere oder rede, dann fühlen sich Politik und Medien provoziert. Auch in der AfD muß das nicht jedem gefallen. Es gehört aber zur AfD dazu ...“. Ein Facebook-Eintrag vom 16.4.2015 berichtet, dass nunmehr insgesamt 27 Hamburger AfD-Mitglieder die „Erfurter Resolution“ unterschrieben hätten, darunter mindestens sechs gewählte Amts- und Mandats-träger_innen. Heute verschweigt der „Flügel“ auf seiner Homepage und Facebook-Seite, wer aus Hamburg diese Resolution unterzeichnet hat. Vermutlich wollen AfD-Wolf und -Nockemann verhindern, dass der Landesverband auf dieser Bühne öffentlich ausgeleuchtet wird.

Hetze in Hamburg

Nicole Jordan, Vorsitzende des Bezirks Mitte, zeigt keine Scham, sich auf Facebook als flügelnahe AfD-Propagandistin der „Zweiten Reihe“ darzustel-



„In Deutschland gilt derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als derjenige, der den Schmutz macht.“

Kurt Tucholsky

„Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. Man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf ...“

Erich Kästner



len. Ihr öffentliches Bekenntnis zu diesem politischen Zusammenschluss ist allerdings nicht bekannt. Welche politischen Meinungen äußert sie? Ihre Weihnachtsbotschaft lautete: „Seit dem Zustrom von Asylbewerbern kommt es immer mehr zu Gewalt. Schluss damit!“ (25.12.2019)

Theodor W. Adorno analysierte in seinem Vortrag „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ (1967): „Diese Propaganda gilt weniger der Verbreitung einer Ideologie ... Die Propaganda ist also vorwiegend eine massenpsychologische Technik ...“ Genau das macht diese Frau: Sie erzeugt Angst und Panik vor ‚der großen Welle‘, die hereinbrechen soll, vor Gewalttaten, die pauschal einer ganzen Personengruppe zugeordnet werden. Devise: je ungenauer, desto wirkungsvoller. Adorno nennt das „Wahnsysteme“. Auch wenn es sich um konkrete Forderungen zu handeln scheint – die Angstmasche klingt immer durch: „Die Polizei sollte Herkunft und Sozialisation nicht nur bei Sprayern aus Deutschland, sondern auch bei Messerstechern aus dem islamischen ‚Kulturkreis‘ klar und eindeutig nennen!“ (6.1.2020) „Früher kannten wir nur Messe-Gäste. Merkel brachte uns die Messer-Gäste.“

Jordans AfD-Mitte-Bezirk lud auch Flügel-Poggenburg zu einem Vortrag nach Hamburg ein. „Ein wirklich guter Stammtisch

mit André Poggenburg bei uns im Bezirk Hamburg-Mitte. Dank der unfreiwilligen öffentlichen Einladung hatten wir ca 700 Gäste, davon waren 150 Polizisten und sogar die Merkel SA (genau so geschrieben! – Anm. W.S.) war zahlreich vertreten ... Doch der wichtigste Gast war André Poggenburg, der zu dem Thema der ‚sozialen Frage‘ referierte und dabei aufzeigte, wie die roten Toleranz- und Demokratiefreunde aus dem Steuersäckel finanziert werden. Der Bezirk Hamburg-Mitte wird auch weiterhin für gute Redner und interessante Themen auf seinen Stammtischen sorgen. Unser Dank gilt dem Redner André Poggenburg...“ Wer genau liest, könnte auf den Gedanken kommen, dass hier mit tückischen und niederträchtigen Mitteln gegen den Parlamentarismus gehetzt wird und bestimmte Bevölkerungskreise gegen die Demokratie aufgewiegelt werden.

Im VS-AfD-Bericht wird über Poggenburg geschrieben: Der „... AfD-Landtagsabgeordnete(r) in Sachsen-Anhalt agitierte in einer Rede zum politischen Aschermittwoch der sächsischen AfD im Februar 2018 in herabwürdigender Weise gegen türkische Migranten: ‚Diese Kameltreiber sollen sich dorthin scheren, wo sie hingehören. Weit, weit, weit hinter den Bosphorus, zu ihren Lehmhütten und Vielweibern. Hier haben sie nichts zu suchen und nichts zu

melden.‘“ Die „massenpsychologischen Techniken“ von Jordan und Poggenburg ähneln sich. Auch das belegt die Flügelnahe dieser AfD-Funktionärin. Selbstverständlich teilt Nicole Jordan auf ihrer Facebook-Seite auch einen Beitrag von Björn Höcke (13.8.2018). Bekannt wurde Höcke mit seiner berüchtigten ‚Afrika-Rede‘: „Im 21. Jahrhundert“, dozierte er, „trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“ Rassisten konstruieren „Rassen“.

Keine Plattform

Das System pauschaler Beschimpfungen findet sich bei Jordan auch auf anderen „Politikfeldern“: „Verbietet endlich die Antifa“ (2.1.2020), „Die Nazis sind nun wieder da, sie nennen sich heute ‚Antifa‘“ (gepostetes AfD-Plakat, 4.8.2018), „Merkel ist ein Verbrecher“ (Kommentar einer Marion Lahm, der von Jordan verbreitet wird, 26.7.2017, abgerufen 6.2.2020), „Die wahren Hetzer und Spalter der Gesellschaft sitzen in den Chefetagen der Öffentlich-Rechtlichen Sender“ (29.12.2019).

Wir haben uns entschieden, solche AfD-Funktionär_innen nicht nach ihren Wahlpositionen für die Bürgerschaftswahl in Hamburg zu befragen.

Adorno dachte in seiner Rede 1967 – angesichts der Wahlerfolge der NPD – über die Konsequenzen nach: „... das einzige, was mir nun wirklich etwas zu versprechen scheint, ist, daß man die potentiellen Anhänger des Rechtsradikalismus warnt vor dessen eigenen Konsequenzen, daß man ihnen klarmacht eben, daß diese Politik auch seine eigenen Anhänger unweigerlich ins Unheil führt und daß dieses Unheil von vornherein mitgedacht worden ist ...“

WOLFGANG SVENSSON
hlz-Redaktion

Vielfältiger Antifaschismus

Lehrkräfte zeigen Haltung gegen Rechtspopulismus und Solidarität mit den von der AfD angegriffenen Kolleg_innen

Der Parteitag der Hamburger AfD in der Beruflichen Schule für Medien und Kommunikation (BMK) am Freitag, 10. Januar wurde begleitet von bunten und vielfältigen Aktivitäten.

Nachmittags fand ein Schulfest „Vielfalt statt Einfalt“ statt, zu dem sich Eindrücke unter bmk-hh und dem #medienschule finden. „Wir sind eine multikulturelle Schule, viele Flüchtlinge erwerben bei uns einen Schulabschluss, mit dem sie in eine Ausbildung gehen können“, so der Schulleiter.

Abends beteiligten sich gut 1000 Menschen an einer Gegenkundgebung und Demonstration des Hamburger Bündnis gegen Rechts unter dem Motto „Unsere Wahl heißt Antifaschismus!“, auf der u.a. Jule Klemme von der

GEW Betriebsgruppe der Max-Brauer-Schule redete.

Die AfD kritisierte diese Aktivitäten als „schändlich für unsere Demokratie“. „Dass die AfD ein Schulfest und eine Kundgebung als ‚schändlich für unsere Demokratie‘ bezeichnet, sagt eine Menge über deren Demokratieverständnis aus und macht deutlich, dass sie alles verbieten möchte, was ihr nicht gefällt. Im Gegensatz dazu sind genau solche Feste und demonstrativen Aktionen Teil lebendiger und gelebter Demokratie. Diese Partei mag demokratisch in die Bürgerschaft gewählt sein, vertritt jedoch offensichtlich undemokratische Haltungen und wird hoffentlich im Februar aus der Bürgerschaft gewählt“, kommentiert Fredrik Dehnerdt, der

stellvertretende Vorsitzende der GEW Hamburg.

In diesem Kontext erfreulich ist zudem eine weitere Solidaritätserklärung mit der Max-Brauer-Schule, diesmal von der Personalversammlung der Staatlichen Fachschule für Sozialpädagogik (FSP II). Die Max-Brauer-Schule geriet ins Visier der AfD, nachdem dort eine Veranstaltung der GEW-Betriebsgruppe unter dem Titel „Wie gefährlich ist die Antifa?“ stattfand. Die AfD wollte diese verbieten, was von Seiten der Behörde zurückgewiesen wurde. In der Erklärung heißt es u.a.: „Angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen durch Klimawandel, rassistischen Terror oder soziale Ungleichheit sind engagierte Lehrkräfte



unerlässlich. In Anbetracht von Fake-News, Verschwörungs-ideologien oder menschenfeindlichen Enthemmungen brauchen wir Schulen mit Courage.“ Dem schließt sich die GEW an!

GEW WEBSITE

mutig

Anstatt im Unterricht zu sitzen, versammelten sich um die 100 Schüler_innen der Max-Brauer-Schule, um gemeinsam zu protestieren. Bei einer Info-Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl sollte Alexander Wolf, Fraktionsvorsitzende der AfD-Bürgerschaftsfraktion, auftreten – doch der Schüler_innen-Protest vergraulte den ungebetenen Gast ziemlich schnell. (s. zur Person Alexander Wolf hlz 11/2020, S. 34/35). Ein mutiges Vorgehen in einer rechtlich komplizierten Lage.



Foto: BG Max-Brauer-Schule

HAMBURGER SCHULWESEN

Vom PISA-Schock bis heute

Eine bildungspolitische Bilanz der letzten 20 Jahre

Aus Sicht der Behörde für Schule und Bildung (BSB) ist die Entwicklung des Hamburgischen Schulwesens der letzten Jahre eine Erfolgsbilanz. Von den benachteiligten Schüler_innen ist dabei kaum die Rede. Aus unserer Sicht muss sich eine schulpolitische Bilanz aber daran messen lassen, wie weit es gelungen ist, Benachteiligungen zu reduzieren und gleiche Bildungschancen für alle Schüler_innen zu garantieren, unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft und unabhängig davon, in welchem Stadtteil sie leben und welche Schule sie besuchen.

Die Problemlage

Die Schulpolitik in Hamburg

ist noch immer vom gesellschaftlichen Klima nach dem gescheiterten Volksbegehren für Eine Schule für alle und dem gescheiterten Volksentscheid für die Primarschule geprägt. Das Dogma der Schulpolitik lautet: Die Einzelschule ist für die Qualität der schulischen Ergebnisse verantwortlich.

Die Schulbehörde und ihre Leitung nehmen die Verantwortung, die sie für ein gerechtes Bildungswesen haben, das allen Schüler_innen gleiche Chancen eröffnet, nicht wahr. Steuerung wird zugunsten eines reduzierten Verständnisses von selbstverantworteter Schule aufgegeben. Schulen in sozialen Brennpunkten und Stadtteilschulen haben

größere Probleme, qualifiziertes Personal zu finden, weil die Arbeitsbedingungen durch die höheren Herausforderungen, die an diesen Schulen oft existieren, für viele Lehrkräfte nicht konkurrenzfähig sind. Die Behörde steuert nicht und die Schule übernimmt nicht. Leistungsvergleiche, Rankings und zentrale Prüfungen dominieren den Blick auf Schule.

Durch die Fixierung auf Mittelwertvergleiche gerät den Verantwortlichen die prekäre Lage derjenigen, die den Anschluss verlieren, aus den Augen. Schulen und Stadtteile in benachteiligten Lagen werden besonders stark mit der Aufgabe der Integration und Inklusion betraut.

Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind an diesen Schulen deutlich überrepräsentiert. Die Wertschätzung für diese wichtige Arbeit setzt sich nicht in besonderer Unterstützung dieser Schulen um.

Ein Blick zurück

Die Ergebnisse der PISA-Studien 2000-2006 stellen eine Zäsur in der Hamburger Bildungspolitik dar. Als Reaktion darauf richtete die Bürgerschaft 2006 eine Enquête-Kommission mit dem Titel „Konsequenzen der neuen PISA-Studie für Hamburgs Schulentwicklung“ ein. Im Kommissionsbericht wurden drei gravierende Mängel festgehalten:

1. Hamburger Schüler_innen besitzen ein viel zu geringes Bildungsniveau.

2. Die Gruppe der Risikoschüler_innen ist in Hamburg überdurchschnittlich hoch.

3. Der schulische Erfolg hängt überdurchschnittlich hoch vom sozialen Status des Elternhauses ab.

Insbesondere für die Schüler_innen der Risikogruppe beauftragte die Hamburgische Bürgerschaft die Kommission, Lösungsvorschläge für folgende Ziele zu erarbeiten:

- Vielgliedrigkeit reduzieren
- Risikogruppe senken
- Bildungserfolg von sozialer Herkunft entkoppeln
- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besser fördern und Anschlussperspektiven sicherstellen.

Die im Enquêtebericht mehrheitlich vorgesehenen und mit Minderheitenvoten hinterlegten Lösungsvorschläge wurden in den Schulreformgesetzen 2005

und 2009 bestätigt und umgesetzt. Dazu gehören u.a. die Gründung des IfBQ und damit die Festlegung des Qualitätsrahmens Schule, regelmäßige Lernstandserhebungen (LAU/KESS/Kermit), die Schulinspektion und die Einführung der Selbstverantworteten Schule sowie mit der Abschaffung der Hauptschule die Festlegung auf zwei Schulformen und die Umsetzung neuer Lernformen.

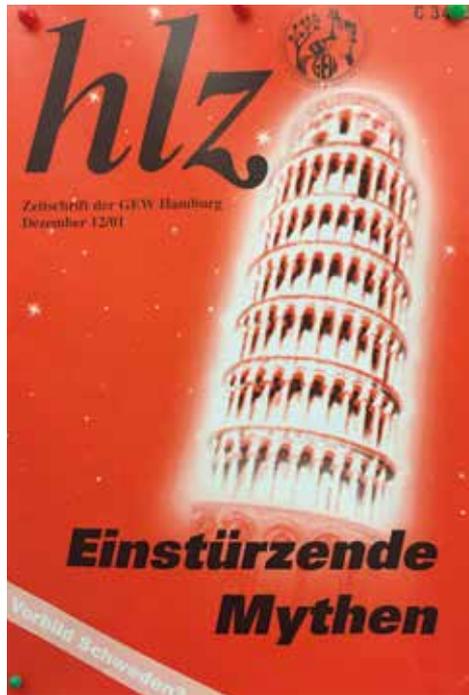
Strukturen werden verändert

Der Ausbau der Kindertagesstättenbetreuung insbesondere für unter Dreijährige, die Ganz-

Zusammenfassung von Haupt-, Real- und Gesamtschule zur Stadtteilschule mit der Möglichkeit, die allgemeine Hochschulreife nach 9 Jahren zu erreichen, ist ein bildungspolitischer Fortschritt. Trotzdem ist und bleibt die frühe Trennung der Schüler_innen nach der vierjährigen Grundschule in unterschiedliche Schulformen und die Verteilung der Schüler_innen auf Stadtteilschulen und Gymnasien entlang der sozialen und ethnischen Herkunft das Grundübel des gegliederten Schulwesens. Das „Zwei-Säulen-Modell“ spiegelt die soziale und ökonomische Spaltung der Stadt. Trotz der Kritik an unzureichender Ganztagschulentwicklung, die in der Regel die Trennung zwischen vormittäglichen Unterricht und nachmittäglicher Betreuung festschreibt und so die Chancen zu einer anderen Rhythmisierung von Schule nicht nutzt, werden Ganztagsangebote stark nachgefragt.

Problemlage spitzt sich zu

Für Schüler_innen mit Migrationsgeschichte – so ist zu vermuten – ist die Situation weiterhin unbefriedigend. Bundesweit beträgt der Unterschied zwischen Schüler_innen mit Zuwanderungs- und ohne Zuwanderungshintergrund im Kompetenzbereich Mathematik zwischen ca. 30 – 50 Punkten. Das ist ein signifikant zu bezeichnender Unterschied. Für Hamburg war wegen ungenügender Informationslage eine Auswertung nicht möglich. Es ist allerdings anzunehmen, dass die Ergebnisse noch gravierender ausfallen. Bezogen darauf liegt die Feststellung nahe,

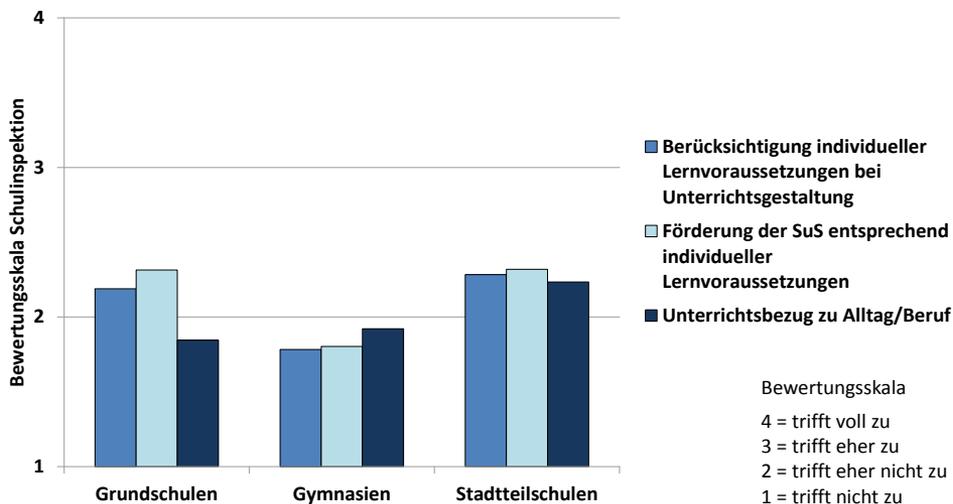


So, wie der Turm von Pisa weiterhin schief in den Himmel ragt, so hat sich an den grundlegenden Problemen der Bildungspolitik in Deutschland nichts verändert

tägige Bildung und Betreuung an Schulen, die Überwindung des vielgliedrigen Schulsystems sind folgerichtige Maßnahmen zur Leistungsverbesserung und zur Schaffung von mehr Bildungsgerechtigkeit für die Hamburger Schüler_innen. Die

nifikant zu bezeichnender Unterschied. Für Hamburg war wegen ungenügender Informationslage eine Auswertung nicht möglich. Es ist allerdings anzunehmen, dass die Ergebnisse noch gravierender ausfallen. Bezogen darauf liegt die Feststellung nahe,

Ergebnisse der Unterrichtsbeobachtungen im Rahmen der Schulinspektion (3 Items)



Quelle: ifbq, Kernstichprobe Schulinspektion 2014/15

Die immer wieder betonte Bedeutung der Individualisierung des Unterrichts als Voraussetzung für die Kompensation von Leistungsdefiziten scheint an Grenzen zu stoßen. Die damit verbundenen notwendigen methodisch-didaktischen Entscheidungen (Items) finden keine ausreichende Berücksichtigung.

dass sich Schule in Hamburg im didaktisch-methodischen Sinne nicht als „internationale Schule“ versteht. Noch immer wird die Tatsache mehr oder weniger ignoriert, dass jede_r 2. Schüler_in eine Migrationsgeschichte besitzt.

Die Einführung der Inklusion ist ein Fortschritt, weil sie das Recht jedes Kindes beinhaltet, in einer allgemeinbildenden Schule zu lernen. Wird die Einführung der Inklusion nicht nur als Rechtsanspruch und Menschenrecht bewertet, sondern auch als eine pädagogisch wie bildungspolitisch überfällige und notwendige Entscheidung gesehen, ist die Umsetzung – abgesehen von unzureichender Ausstattung und strukturellen Mängeln – schon deshalb mangelhaft, weil über 50 Prozent der Hamburger Schüler_innen mögliche Erfahrungen im gemeinsamen Lernen vorenthalten werden. Im Schuljahr 2016/17 besuchen 1,9 Prozent der Schüler_innen mit son-

derpädagogischem Förderbedarf das Gymnasium, 42,8 Prozent die Stadtteilschulen und noch immer „besuchen“ 35,5 Prozent Sonderschulen bzw. die Einrichtungen der ReBBZ.

Maßnahmen erweisen sich als unzureichend

Die ermittelten Lernstände erweisen sich seit den letzten Jahren (2012-2018) als stagnierend aber stabil. Das gilt auch für den Anteil der Schüler_innen, der die Mindeststandards nicht erfüllt. Liegt der Anteil im Leistungsbereich Deutsch bei 26 Prozent, liegt er im Bereich Mathematik bei 28 Prozent. Dieser Anteil liegt signifikant über dem Mittelwert aller Ergebnisse. Je nach Betrachtung bzw. Bewertung erhöht sich die Risikogruppe um einen Teil der Schüler_innen der Kompetenzstufe II auf ca. 30 Prozent. Für diesen Teil der Schüler_innen, der sogenannten Risikogruppe, stellt die Organisation von Schu-

le und Unterricht zumindest eine Lernbarriere wenn nicht eine Lernbehinderung dar. Um diese Schüler_innen zu erreichen, sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverantworteten Schule offensichtlich nicht genutzt worden. Die Ergebnisse des Projekts 'D23 – Starke Schulen' stehen allerdings noch aus.

Nach Aussagen der Schulinspektion liegt die Qualität von Schule durchschnittlich – mit breiter Streuung – im „eher starken“ Bereich. Dies gilt auch für die Unterrichtsqualität insgesamt, mit dem Unterschied, dass die Profildomänen (aktives Lernen, Wissenstransfer sowie Differenzierung und Förderung) ausgeprägt eher im schwachen Bereich liegen. Glaubt man den Ergebnissen der empirischen Bildungsforschung sowie den Unterrichtsbeobachtungen durch die Schulinspektion, beherrschen die eher traditionellen Lernangebote (Formen des Frontalunterrichts und der Ar-

beitsblattbearbeitung) weiterhin den Schulalltag. Inwieweit die Inspektionsberichte als Rückmeldung Einfluss nehmen auf die Schulentwicklung der Einzelschule ist ungeklärt.

Die Bilanz

Trotz erkennbarer Fortschritte hat sich die Schere zwischen den benachteiligten Schüler_innen und den übrigen seit PISA 2000 auch in Hamburg weiter geöffnet. Die soziale Spaltung zwischen Schüler_innen aus armen und aus reichen Familien ist ebenso stärker geworden wie die zwischen armen und reichen Stadtteilen und den Schüler_innen mit Abitur und denen mit oder ohne Hauptschulabschluss. Das Leben in Stadtteilen, die eine hohe Quote an Leistungs-Empfänger_innen aufweisen, hohe Arbeitslosenquoten sowie einen hohen Migrant_innenanteil haben und in denen Familien wohnen, die geringe Bildungsabschlüsse aufweisen, bestimmt den Schulerfolg der Schüler_innen negativ ebenso wie spiegelbildlich in den privilegierten Stadtteilen positiv. Hinzu kommt, dass in den benachteiligten Stadtteilen die Stadteilschule die Regelschule ist, während es in den privilegierten Stadtteilen das Gymnasium ist. Bestehende soziale Ungleichheit wird so durch das Zwei-Säulen-Modell verstärkt.

Die mit den beschlossenen Maßnahmen der Enquete-Kommission verbundene Hoffnung als Reaktion auf die PISA-ergebnisse, die Gruppe der risikobehafteten Schüler_innen zu verringern, hat sich nicht erfüllt. Die schulischen Kompensationsleistungen sozialer Schief lagen gelingen nur bedingt. Auch wenn die Stadteilschulen dazu beitragen, die Anzahl höherer Abschlüsse zu steigern, stellt sich die Frage, inwieweit ihr Bildungsauftrag erfüllt wird.

Die Lage verschärft sich für die „Abgehängten“ dadurch, dass immer mehr höhere Bil-

dungsabschlüsse gefragt sind und auch erreicht werden. Ein Erster Bildungsabschluss reicht heute oft nicht mehr aus, um einen Job zu bekommen und in der Berufswelt zu bestehen. Einerseits steigen die Zahlen der Schulabgänger_innen mit Hochschulreife, andererseits bleiben die Zahlen derjenigen mit und ohne ersten Abschluss hoch. Alle Untersuchungen zeigen, dass die Schulabschlüsse der Schulabgänger_innen mit der sozialen Lage und den Schulabschlüssen der Herkunftsfamilien korrelieren.

Wie weiter?

Schulformempfehlungen müssen abgeschafft werden, Gymnasien und Stadteilschulen müssen Verantwortung für ihre Schüler_innen bis zum ersten Bildungsabschluss übernehmen, alle Schulen müssen in gleichem Umfang an Inklusion und Integration beteiligt werden, wenn es das Ziel ist, den Schüler_innen aus benachteiligten Lagen gleiche Bildungschancen zu geben. Dazu müssen beide Schulformen auch in die Lage versetzt werden.

Die von der Enquete-Kommission vorgelegten Lösungsansätze sind Stand heute nicht ausreichend. Benötigt werden in der Tat grundsätzliche Veränderungen der Rahmenbedingungen. Dazu gehören die verstärkte Kooperation der zuständigen Verwaltungen, die Zusammenführung der Bildungsinstitutionen in eine Verantwortung, die Umsetzung regionaler Bildungsplanung und -entwicklung und die ernsthafte Auseinandersetzung mit den Ansätzen der sozialen Stadtentwicklung.

Die Weiterentwicklung der indexgestützten Ressourcenzuweisung, eine gezielte und langfristige angelegte Personalpolitik sowie der schrittweise und konsequente Ausbau der Selbstverantwortung sind weitere Schritte. In diesem Zusammenhang

ist es allerdings notwendig, dass ‚lernende Organisationen‘ entsprechende Ressourcen erhalten, die dies auch ermöglichen.

Die weiteren Schritte gehen über die Einzelschulentwicklung hinaus, ohne sie zu vernachlässigen. In diesem Zusammenhang ist das von der KMK initiierte Projekt „Schule macht stark“ vor dem Hintergrund der bisherigen Ergebnisse des Hamburger Projekts 'D23 – Starke Schulen' kritisch zu betrachten. Sollen diese Projekte wirklich Erfolg haben, müssen nicht nur Leitideen entwickelt werden, Organisationsprozesse angepasst werden, Arbeitsbedingungen verbessert werden und aktive Personalentwicklung betrieben werden, sondern auch Unterrichtsgestaltung und Fächerstruktur radikal weiterentwickelt werden. Die pädagogisch sinnvoll eingesetzte Digitalisierung wird weitere Möglichkeiten eröffnen. Nicht zuletzt ist die Frage nach der Bedeutung der Beziehungsarbeit für die Lernprozesse und den Bildungserfolg der Schüler_innen zu beantworten.

Die Basis von Bildungserfolg ist umfangreicher als es auf den ersten Blick erscheint. Nicht nur messen – aus den Ergebnissen der Schulforschung konkretes Handeln ableiten. Auch wenn es bekannte Denkgewohnheiten irritiert.

Glück auf!
KLAUS BULLAN / KAY STÖCK

Dieser Diskussionsbeitrag ist im Rahmen der Diskussionen im Bildungsclub über eine Bilanz der Schulpolitik der letzten 20 Jahre entstanden. Der Bildungsclub, an dessen Diskussionen alle Interessierten teilnehmen können, beschäftigt sich seit 2013 mit der Bildungspolitik Hamburgs unter besonderem Schwerpunkt auf die benachteiligten Schüler_innen.

Eure Interessen
sind unsere Themen



FÜR MEHR QUALIFIZIERTE FACHKRÄFTE!

Denn Jung und Alt sitzen in einem Boot 

„Taschenspielertricks“ mit der Pädagogischen Fläche?!

Wie aus der Minimalausstattung die Standardausstattung wurde

Wer in alte Betriebserlaubnisse von Kitas guckt, findet dort als Mindestfläche pro Kind folgende Angaben: Krippe 3,3qm und Elementarbereich 3qm. Daneben ist aber die Standardfläche von 5,625qm in der Krippe und 3,75qm im Elementarbereich ausgewiesen worden.

Daraus ergab sich ein Spielraum für die Zahl der aufzunehmenden Kinder.

In den jugendamtlichen Richtlinien von 2012 sind als Standardfläche in der Krippe 3,3 qm, im Elebereich 3qm und bei behinderten Kindern 3,5qm festgelegt worden. Die Mindestfläche wurde zum Standard. Damit steigt der Druck zur Aufnahme von zusätzlichen Kindern.

Was hat das für Konsequenzen für die pädagogische Arbeit?

Es ist bereits oder es wird enger in den Gruppen und Bereichen. Aber Kinder, besonders in sozialen Brennpunkten, brauchen Platz. Wenn ihr euch Funktionsräume schafft, müssen woanders mehr Kinder betreut werden. Eigentlich müssten alle Räume den ganzen Tag genutzt werden. Die jeweiligen pädagogischen Konzepte sollten mehr Berücksichtigung finden und nicht vorrangig dem Minimum angepasst werden. Die vorhandenen Fachkräfte brauchen auch Platz. Sie müssten auf die Pädagogische Fläche angerechnet werden, denn sie können ja schlecht den ganzen Tag über den Kindern schweben. Es wird gesagt: „Wer in Schleswig-Holstein eine Kita für 120 Kinder baut, könnte in Hamburg in der Kita bis zu 160 Kinder unterbringen.“ Das wirft kein gutes Licht auf HH.

Was tun, wenn gesagt wird: Freiwerdende Stellen können nicht besetzt werden?

Die Offene Liste rät euch, dass ihr die Offenlegung der Ist-Zahlen des Ressourcenkontos einfordert.

Wie viele Kinder sind im Bereich, welcher Personalschlüssel ergibt sich daraus und wie sind die Stunden besetzt? So lange die Personalquote für das Pädagogische Personal unter 100 Prozent liegt, können freiwerdende Stellen ausgeschrieben und besetzt werden. Falls die Quote über 100 Prozent liegen sollte, sollte in der Kita beraten werden, was getan werden kann. Wenn euch die Situation vor Ort belastet, füllt Überlastanzeigen aus, um deutlich zu machen, wo die Probleme liegen.

Forderungen an die Regierenden und damit an die Geldgeber!

Die Mitglieder **der Offenen Liste** stellen fest, dass die Verbesserung des Personalschlüssels in der Krippe ein richtiger Schritt war, der positive Effekte hat. Die frühkindliche Bildung in der Kita ist für die gesellschaftliche Entwicklung fundamental und damit die Bedingungen, um die Arbeit leisten zu können. Daraus ergeben sich für uns u.a. diese zu verfolgenden Forderungen:

- Schrittweise Verbesserung des Personalschlüssels im Elementarbereich und in der GBS
- Erhöhung der Vertretungsquote für Urlaub, Fortbildung und Arbeitsunfähigkeit
- Einführung von Anleiter_innenstunden, zur Begleitung von Praktikant_innen und Auszubildenden
- Schaffung von Kitaplätzen durch Neubauten oder Umwidmung von leerstehenden Geschäftsgebäuden und anderen Gebäuden und nicht durch höhere Belegung in den vorhandenen Kitas.

DOL Ansprechpartnerinnen

Angelika Künstler – Betriebsrätin	040 / 42109 – 187	a.kuenstler-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Konstanze Fischer – Betriebsrätin	040 / 42109 – 184	k.fischer-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Sabine Lafrentz – Betriebsrätin	040 / 42109 – 266	s.lafrentz-betriebsrat@elbkinder-kitas.de
Ilona Scheither – Betriebsrätin	040 / 42109 – 180	i.scheither-betriebsrat@elbkinder-kitas.de

Wir dürfen rein

Die GEW ist nach langem Hin und Her nun stimmberechtigtes Mitglied im Kuratorium

Am 10. Dezember 2019 war es so weit! Als Vorsitzende der GEW nahm ich erstmalig als stimmberechtigtes Mitglied an einer Sitzung des HIBB-Kuratoriums als eine von drei Arbeitnehmervertreter_innen teil. Für diejenigen, die noch nicht so lange dabei sind oder nicht aus dem Bereich der beruflichen Schulen kommen, bedarf es sicher ein paar Erläuterungen, um das Besondere der Situation nachzuvollziehen.

Rückblick

Das HIBB ist das Hamburger Institut für Berufliche Bildung und seit 2007 als Landesbetrieb organisiert. Im Vorfeld der Gründung des HIBB als Landesbetrieb der BSB hatten die damaligen Senatsmitglieder der CDU-FDP-Schill-Regierung 2002 die vollständige Privatisierung der öffentlichen Berufsschulen der Hansestadt beschlossen. Eine gemeinnützige Stiftung des öffentlichen Rechts sollte die Trägerschaft der BBS

(heute BSB) übernehmen – „und auch schulrelevante Entscheidungen treffen“. Hamburgs Senat plante damals, Entscheidungszuständigkeiten der Schulbehörde dem Stiftungskuratorium zu übertragen. Dort sollten Wirtschaftsvertreter das Sagen haben. Der Beschluss stieß auf heftigen Widerstand. GEW, Lehrkräfte, Personalräte und viele Eltern starteten ein Volksbegehren gegen die Privatisierung der Beruflichen Schulen. „Bildung ist keine Ware“ hieß

Fotos: DGB-Nord



Mit der GEW nun endlich vollzählig: das Kuratorium mit (v.l.n.r.) Michael Thomas Fröhlich (Hauptgeschäftsführer des Unternehmensverband UVNord), Armin Grams (stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg), Karin von Palumbicki (Schulleiterin der Beruflichen Schule für Wirtschaft Hamburg-Eimsbüttel [BS 26]) – beratendes Mitglied, Dr. Sandra Garbade (Geschäftsführerin des Hamburger Institut für Berufliche Bildung – HIBB) – als Berichterstatterin, Ingo Schlüter (stellvertretender Vorsitzender des DGB-Bezirk Nord und stellvertretender Vorsitzender des Kuratoriums), Anja Bensing-Stolze (Vorsitzende der GEW, Landesverband Hamburg), Martin Neumann (Schulleiter der Beruflichen Schule Stahl- und Maschinenbau [BS 04] – beratendes Mitglied), Staatsrat Rainer Schulz (Behörde für Schule und Berufsbildung [BSB] und Vorsitzender des Kuratoriums)

die Aktion. Ein großer Erfolg: bis September 2004 unterschrieben 120.985 Menschen; die erste Hürde war genommen. Ein Gutachten von Professor Dieter Sterzel, erstellt im Auftrag der GEW-nahen Max-Traeger-Stiftung, kam zu dem Schluss: Das Hamburger Stiftungsmodell verstößt gegen das Grundgesetz. Demnach hat der Staat „das originäre Recht“, das öffentliche Schulwesen zu gestalten. Diese Gestaltung umfasse „nicht nur die organisatorische Gliederung der Schule“, sondern auch „die inhaltliche Festlegung der Ausbildungsgänge und Unterrichtsziele“, schreibt Sterzel. Es bleibe „verfassungssystematisch kein Raum“, Teile der staatlichen Schulaufsicht „auf der Grundlage funktionaler Selbstverwaltungseinrichtungen zu organisieren.“ Damit sind auch Stiftungen gemeint. Sterzel beanstandete zudem einen „Verstoß gegen das Demokratieprinzip“, das im Grundgesetz verankert ist. Er verwies auf die „sachlich nicht gerechtfertigte Überrepräsentation“ der Wirtschaftsvertreter im Stiftungskuratorium. Dies sei eine „Privilegierung von gesellschaftlichen Sonderinteressen“ und verletze das „Gebot der Neutralität staatlicher Entscheidungen“. Dies Gutachten und das drohende Volksbegehren brachte die im Februar 2004 neu gewählte CDU-Regierung dazu, das Stiftungsmodell fallen zu lassen.

HIBB 2007 bis 2013

2007 entstand das HIBB als Landesbetrieb der BSB. Die staatliche Gestaltung des Schulwesens wird dabei sichergestellt, indem das HIBB mit der Behördenleitung BSB alle zwei Jahre eine Ziel- und Leistungsvereinbarung abschließt. Die Geschäftsführung untersteht unmittelbar der Behördenleitung, ist operativ eigenverantwortlich und dem Kuratorium und der Behörde gegenüber berichtspflichtig.

Ein Landesbetrieb ist allerdings nicht zuletzt betriebswirtschaftlichen Grundsätzen unterworfen und es besteht immer die Gefahr, dass pädagogische und bildungspolitische Aspekte an Gewicht verlieren. Dementsprechend wurde die weitere Entwicklung von den Gewerkschaften und insbesondere der GEW kritisch begleitet. Ein besonderer Dorn im Auge der Gewerkschaften war das nicht paritätisch besetzte Kuratorium des HIBB. Auch die SPD sah dies als ein großes Manko an und hat aus der Opposition heraus 2010 einen entsprechenden Antrag in die Bürger-schaft eingebracht. Dieser wurde abgelehnt. Als GEW haben wir dies immer wieder kritisiert und die paritätische Besetzung der Gremien mit Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen ge-

noch bis 2013. Seit 2013 sitzen neben den drei Arbeitgebervertreter_innen auch drei Arbeitnehmervertreter_innen im Kuratorium. Dem entsprechenden Gesetz wurde allerdings eine Begründung angefügt, die vordergründig dafür herhalten musste, um eine Gewerkschaft aus dem Kuratorium auszuschließen. In dieser Begründung heißt es, dass die zu benennenden Mitglieder des Kuratoriums aus Gewerkschaften mit nennenswerten Auszubildendenzahlen kommen sollen. Dieser Passus war auf die GEW gemünzt.

Und dann?

Auch wenn eine dem Gesetz angefügte Begründung keine Verbindlichkeit hat, so tat sich auch der DGB Hamburg schwer, für einen der drei Arbeitnehmer-



Solidarität bestimmt unsere DNA

fordert. Mit der Wahl 2011 konnte die SPD nun diesem Mangel Abhilfe verschaffen. Die Umsetzung eines paritätisch besetzten Kuratoriums dauerte dann

vertreter_innen-Plätze im Kuratorium die GEW-Vorsitzende vorzuschlagen. Man wollte die gerade errungene Möglichkeit, im Kuratorium des HIBB mit-

zubestimmen, nicht durch politische Unbotmäßigkeit aufs Spiel setzen. Als GEW haben wir immer wieder gegenüber dem DGB Hamburg deutlich gemacht, dass wir die Gewerkschaft sind, die für den schulischen Teil der Ausbildung die größte Fachkompetenz aufweist. Dies zeigt sich auch in den verschiedenen Arbeitszusammenhängen innerhalb des DGB, in denen die GEW-Kolleg_innen einen wesentlichen Teil der Arbeit leisten. Durch diesen Dissens wurde die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit im DGB immer einmal wieder belastet. Dennoch hat die

GEW ihre Kompetenz und Expertise ins Kuratorium einbringen können. Vor jeder Sitzung des Kuratoriums waren GEW-Vertreter_innen an der Vorbereitung inhaltlich beteiligt. Der DGB Hamburg hat in Anbetracht dieser Ungerechtigkeit gegenüber einer ihrer Gewerkschaften immer wieder Anstrengungen auf politisch-informellen Wegen unternommen, um zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. 2018 gab es dann in Hamburg personelle Veränderungen im politischen Bereich, die der DGB Hamburg dazu nutzte, die GEW für das Kuratorium zu be-

nennen.

Am 10. Dezember 2019 gab es nun die erste Kuratoriumssitzung mit einem stimmberechtigten GEW-Mitglied. Ingo Schlüter, stellvertretender DGB-Nord Vorsitzender und ebenfalls Mitglied im Kuratorium, hat diesen Moment als „historisch“ bezeichnet. Er hat seit 2013 mit Nachdruck bei den politisch Verantwortlichen immer wieder dafür geworben, der GEW nun endlich den Platz einzuräumen, der ihr zusteht.

ANJA BENSINGER-STOLZE

WAHLGESCHENK 1

Alles neu?

Senator Rabe stellt „neues“ Bildungsprogramm für die Vorschule vor

Kurz vor der Wahl muss das wohl sein: schnell noch versprechen und ankündigen, dass nun bald alles besser wird – in diesem Fall kündigt Senator Rabe der Öffentlichkeit die Verbesserung für die Vorschule an.

Am Samstag letzter Woche konnten wir es u.a. im Hamburger Abendblatt lesen: „Künftig sollen Vorschulkinder noch besser auf die Schule vorbereitet werden.“ In einem neuen Bildungsprogramm, das die Behörde „nun erstmals entwickelt“ hat, wird der Bildungsforschung Rechnung getragen. Die ist sich darin einig: „Wer vor der Einschulung in die erste Klasse gut gefördert wird, lernt später besser. (...) Diese Erkenntnisse werden in dem Entwurf für ein neues Bildungsprogramm Vorschule konsequent umgesetzt.“ Denn: „Kinder lernen (...) quasi von selbst – wenn sie richtig gefördert werden und gute Lernanreize bekommen.“ Und der Senator konkretisierte: „Wir wollen erreichen, dass bereits

die Vorschule stärker als bisher auf das Lernen der Kinder Wert legt und dabei insbesondere die Bereiche der Sprachbildung und der Mathematik in den Mittelpunkt stellt“.

So, so – nun wird also in Zukunft endlich auf die „Stärkung von Lernfreude, Neugierde, Kreativität, Anstrengungsbereitschaft und Selbstvertrauen der Kinder“ hingearbeitet. Der Fokus wird gelegt auf „die Entwicklung und Förderung sprachlicher und mathematischer Kompetenzen“ und es findet „ein behutsames Heranführen an das schulische Lernen durch den Einsatz geeigneter Spiel-, Lern- und Arbeitsformen“ statt – natürlich unter „Berücksichtigung der unterschiedlichen Lernausgangslagen der Kinder mit dem Ziel, jedem Kind angemessene Entwicklungsaufgaben und Lernanreize zu bieten“. Hört sich gut an, aber was daran ist neu?

Seit Jahren arbeiten die Vorschullehrkräfte genau so! Sie versuchen, für jedes Kind das

Optimum an Förderung zu ermöglichen, sie achten auf die unterschiedlichen Voraussetzungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder und bieten den Kindern die verschiedensten Lernformen und Angebote, Anregungen und Materialien. Denn das war immer schon der Anspruch einer jeden Vorschullehrkraft und außerdem wortwörtlich Vorgabe in der „Richtlinie für Bildung und Erziehung in der Vorschule“ der BSB.

Was also will uns der Senator damit sagen, wenn er der Öffentlichkeit mitteilt, erstmals würden klare Unterrichtsziele für die Vorschulklassen benannt (...) und „die neue Richtlinie lege genau fest, welche Kompetenzen Kinder in dieser Zeit lernen sollen?

● Dass bisher in den Vorschulklassen nur gespielt und gebastelt wurde und kein oder zumindest nur zielloser Unterricht stattfand?

● Dass die Vorschullehrkräfte sich nicht ausreichend an die

vielfältigen Aufgaben gehalten haben?

● Oder dass die Vorschullehrkräfte bisher zu inkompetent waren, die Kinder ausreichend zu bilden?

Immerhin stellt der Senator ja auch in Aussicht, dass „die Pädagoginnen und Pädagogen der Vorschulklassen (...) mit guten Schulungsangeboten auf das neue Bildungsprogramm vorbereitet werden.“

Zudem bleibt die Frage offen, warum zuerst in der Öffentlichkeit verkündet wird, dass es endlich Neuerungen gibt, die nach den Sommerferien erprobt werden – und die BSB sich erst danach die „Zeit für breite (...) und sorgfältige Diskussion nehmen“ will, (um) allen Grundschulen, allen Vorschulpädagoginnen und -pädagogen, der Schüler_innen-, Lehrer_innen- und Elternkammer sowie zahlreichen schulischen Gremien und Interessengruppen Gelegenheit zur Stellungnahme (zu) geben“?

Das spricht nicht für besondere Wertschätzung partizipativ-demokratischer Verfahren.

Thema ist nicht der Bildungsplan und was man da noch zusätzlich genauer fassen, messen und überprüfbarer gestalten und Kindern und Vorschullehrkräften vorgeben kann – Thema ist, worauf die Vorschullehrkräfte immer wieder hinweisen:

● dass die Ausstattung in vielen Vorschulklassen sehr sparsam ist;

● dass nicht selten nur kleine, enge, schlecht gepflegte, ungeeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden;

● dass die Ausstattung in den Klassen von Zufall, Glück, goodwill der Schulleitung, eigenem Material und Mobiliar, Engagement und Organisationsfähigkeit der einzelnen Lehrkraft abhängt;

● dass Möglichkeiten zum Lernen durch Anregen aller Sinne durch Räumlichkeiten und Umgebung, aber auch durch Zeittak-

tungen und Schulregeln oft sehr eingeschränkt sind;

● dass die Zuweisungen von Geldern, Materialien und Lehr- und Lernmitteln immer sehr knapp, überwiegend unklar und nicht transparent sind;

● dass die Lernvoraussetzungen, Vorerfahrungen und Möglichkeiten, die die SuS (mindestens in KESS 1 und 2 Gebieten) mitbringen, immer schlechter werden;

● dass die Integration selbstverständlich von Vorschullehrkräften geleistet wird, meist ohne dafür in irgendeiner Weise eine zusätzliche Unterstützung oder Zuweisung zu erhalten;

● dass die Inklusion, die überwiegend als Alleinlehrkraft in der Klasse bewältigt werden muss, eine riesige Verantwortung und Belastung darstellt.

Aber das verhallt immer wieder ungehört, wird ignoriert oder entrüstet zurückgewiesen – aber DAS sind die Themen! Und das alles leisten die Kolleg_innen trotz der regelhaft verordneten Zwangsteilzeit von 85 Prozent der Arbeitszeit und einer seit Jahren sehr dürftigen Bezahlung nach Entgeltgruppe E9!

Auch deshalb, weil alle Vorschullehrkräfte schon lange wissen, was der BSB jetzt ganz

neu durch die Wissenschaft vermittelt wurde – dass Kinder neugierig und aufgeschlossen sind und gerne lernen und dass es sich für jedes einzelne Kind lohnt, so viele Entwicklungsmöglichkeiten, Lernangebote und Erfahrungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, wie irgend möglich. Darum arbeiten die Kolleginnen trotz aller Widrigkeiten immer noch jeden Tag gerne und engagiert.

Um so mehr nehmen sie jetzt sicher erfreut zur Kenntnis, dass der Senator nun erkannt hat, dass „die vorschulische Bildung eine größere Bedeutung hat und einen höheren Stellenwert verdient“ und „das Bildungsprogramm (...) die Bedeutung der Pädagoginnen und Pädagogen der Vorschulklassen unterstreicht“. Vielen Dank dafür!

Denn daraus ergibt sich sicher auch, dass der höhere Stellenwert und die unterstrichene Bedeutung in passende Bezahlung umgemünzt wird und die Vorschullehrkräfte endlich aus der Entgeltgruppe E9 in die – dieser Tätigkeit und ihrer Bedeutung entsprechend – Entgeltgruppe E11 hochgestuft werden!

KERSTIN MÖGLE
Vorschullehrerin in Altona

Dr. phil. h.c. Hermann Schwarz

*19. November 1920 †19. Januar 2020

Die GEW trauert um einen langjährigen Freund
und Mitstreiter für eine demokratische
und inklusive Schule.

*Einen ausführlichen Nachruf widmen wir dem
Verstorbenen in der nächsten hlz.* DIE REDAKTION

Eine Mogelpackung

Mit einer zusätzlichen Schulbegleitung an Grundschulen werden keine Probleme gelöst

Wahlkampfgeschenk Schulbegleitung ist eine sinnlose Mogelpackung

Die rot-grünen Regierungsfractionen kündigten einen Tag vor Weihnachten und zwei Monate vor der Bürgerschaftswahl an, alle Grundschulen zukünftig mit je einer zusätzlichen Stelle Schulbegleitung zu versorgen. Damit soll offensichtlich der wachsenden Kritik der betroffenen Eltern, Schulen und der Trägerorganisationen an den Mängeln im Bereich der Schulbegleitung begegnet werden.

Der Einsatz der zusätzlichen Schulbegleitungen ist völlig ungeklärt

Die Schulbegleitungen sollen durch Teilnehmende am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) oder am Bundesfreiwilligendienst (BFD) abgedeckt werden. Zurzeit sind FSJler und BFDler an Schulen in der Unterstützung von Kindern mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung tätig.

Diese Kinder gehen in aller Regel auf Sonderschulen oder auf die 37 Schwerpunktgrundschulen.

An den übrigen 170 Grundschulen sind kaum Kinder mit diesen Behinderungen, so dass völlig unklar ist, was die FSJler und BFDler dort tun sollen.

Die von SPD/Grünen genannten Ziele können so nicht erreicht werden

Nach Aussagen der bildungspolitischen Sprecherin der SPD (Frau Duden) sollen mit dieser Maßnahme „die strukturellen

Voraussetzungen für einen unkomplizierten Schulalltag für alle Kinder geschaffen werden.“ Dass ausgerechnet eine pädagogisch nicht qualifizierte und meist sehr junge Kraft (FSJ: 16-19 Jahre) in der Grundschule die strukturellen Voraussetzungen für einen unkomplizierten Schulalltag für alle Kinder schaffen soll, ist völlig absurd.

Die Aussage des Grünen-Schulpolitikers (Herr Duge), dass mit dieser Maßnahme „den Grundschulen und vor allem den Schülerinnen und Schülern eine verlässliche Unterstützung zur Verfügung steht“, steht im Widerspruch zu der hohen Fluktuation von FSJlern und ihrer



nicht gesicherten Vertretung im Krankheitsfall.

Die Hauptmängel im Bereich der Schulbegleitung werden nicht beseitigt

● Der Assistenzbedarf für Kinder mit einer geistigen oder körperlichen Behinderung wird zu fast 80 Prozent durch Teilnehmende am FSJ abgedeckt. Es gibt keine von der Schulbehörde vorgegebenen Standards für ihre Qualifizierung für diese Aufgabe.

Die Fluktuation von FSJler_innen ist sehr hoch und ihr Einsatz dadurch nicht verlässlich. Interessenten für das FSJ haben nach Schulabschluss oft mehrere

Optionen wie Berufsausbildung oder Studium. Sie brechen das FSJ häufig ab, wenn sie doch noch einen Ausbildungs- oder Studienplatz erhalten oder wenn sie sich wegen ihrer fehlenden Qualifizierung überfordert fühlen. Außerdem gibt es keine Vertretung, wenn FSJler_innen längerfristig erkranken.

● Zwei Drittel der Schulbegleitungen betreffen Schüler_innen mit einer komplexen psychosozialen Beeinträchtigung. In diesem Bereich müssen Schulbegleitungen über ausgeprägte pädagogische Kompetenzen und Erfahrungen verfügen, um die betroffenen Kinder sinnvoll unterstützen zu können. Trotzdem

werden nur in weniger als 40 Prozent der Fälle Erzieher_innen oder Sozialpädagogen_innen eingesetzt. In über 60 Prozent der Fälle werden zur Kostenersparnis sogenannte sozial erfahrene Kräfte beauftragt, die in der

Regel über keine pädagogische Ausbildung verfügen.

Ein weiterer Kritikpunkt in diesem Bereich ist der zu geringe Umfang der von den ReBBZ bewilligten Schulbegleitung. Meist wird die Schulbegleitungen nur mit 10-12 Wochenstunden eingesetzt und auf drei oder sechs Monate begrenzt, während die Schulbegleitungen für Kinder mit einer geistigen oder körperlichen Behinderung mit höherer Stundenzahl für ein ganzes Jahr tätig sind.

● Die von der Schulbehörde vorgesehenen Kostensätze für Schulbegleitungen sind zu niedrig. Das führt dazu, dass sich große erfahrene Trägerorgani-

sationen mit qualifiziertem Personal und Tariflöhnen aus dem Aufgabenfeld Schulbegleitung zurückziehen.

Zusätzliche Mittel für Schulbegleitung sind notwendig und müssen sinnvoll eingesetzt werden

Um die bestehenden Mängel im Bereich der Schulbegleitung zu beheben, sind dringend zusätzliche Mittel erforderlich. Die von den Senatsfraktionen geplante Zuweisung einer FSJ/BFD-Stelle pro Grundschule ist dagegen sinnlos und löst keines der bestehenden Probleme in der Schulbegleitung.

Wir fordern von den Senatsfraktionen die Bewilligung weiterer Gelder für die Schulbegleitungen und von der Schulbehörde, dass mithilfe dieser Mittel die Verlässlichkeit und Qualität der Schulbegleitung erhöht wird.

Das erfordert

- die Entwicklung von Standards für die notwendigen Qualifikationen von Schulbegleiter_innen unter Einbeziehung von betroffenen Elternverbänden, Schulleitungen von Schwerpunktschulen und Trägern sowie die Überprüfung der Umsetzung dieser Standards,
- den Einsatz von pädagogisch qualifiziertem Personal in der Schulbegleitung von Kindern mit komplexen psychosozialen Beeinträchtigungen und die Erweiterung des Stundenumfanges und des Einsatzzeitraumes,
- Verträge der Schulbehörde mit Trägerorganisationen, um die Ausfälle durch Fluktuation und Krankheit in der Schulbegleitung durch Vertretungspersonal oder Poollösungen aufzufangen,
- die Erhöhung der Kostensätze für Schulbegleitungen, um den Trägerorganisationen einen kostendeckenden Einsatz von qualifiziertem Personal zu Tariflöhnen zu ermöglichen.

PIT KATZER

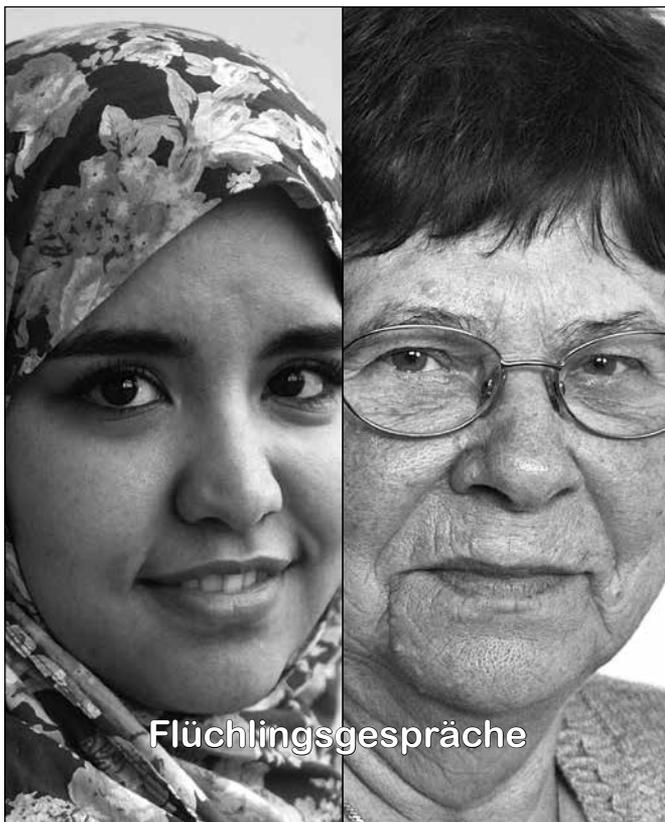


Foto: Solveig Witt / Christian Lehsten

Flüchtlingsgespräche

Ja... aber nicht die Brecht'schen. Die in der Broschüre – Titelblatt s.o. – zusammengetragenen Gespräche sind nach 2015 entstanden, nachdem selbst in kleinen mecklenburgischen Orten Geflüchtete angekommen waren. Je mehr persönliche Geschichten erzählt wurden, umso mehr drängten sich Vergleiche zu den Geschichten derjenigen auf, die nach 1945 ins Mecklenburgische geflohen waren. Alle Geschichten stehen nun nebeneinander, nicht in der Form tatsächlicher Gespräche wie sie Ziffel und Kalle in Brechts „Flüchtlingsgesprächen“ führen; hier kommunizieren die Erfahrungen miteinander.

Das Nebeneinander von Fluchterfahrungen von Deutschen – Fluchterfahrungen in Deutschland könnte mit diesen Berichten im Unterricht zum Thema gemacht werden, mglw.

ergänzt durch Fluchtgeschichten von Schüler_innen – oder doch im Zusammenhang mit Brechts „Flüchtlingsgespräch“?!

Die Ausstellungsmacherin und der Ausstellungsmacher haben acht Geschichten – vier von Deutschen, vier von Geflüchteten – mit dem Portrait der jeweils Erzählenden zusammengestellt und auf Tafeln (70 mal 100 cm) aufgezogen. Diese werden kostenlos ausgeliehen. Die **Broschüre** kann in gewünschter Stückzahl bestellt werden. Bei wem das Interesse an diesem Zugang zum Thema Flucht geweckt worden ist, wer sich vorstellen kann, in einem geschützten Raum mit den Tafeln eine **Ausstellung** zu diesem Thema zu **realisieren**, kann sich gern an den Ausstellungsmacher Christian Lehsten wenden: info@guts-hausrothen.de

SUSANNE BERG

Keine Gottesgabe

Wie Schulsenator Rabe das Einheitsschulgesetz feiert

Vorweg: „Natürlich“ hat Rabe das Unwort „Einheitsschule“ nicht in den Mund genommen. Zum Senatsempfang am 28. November 2019 hatte er unter dem Titel „100 Jahre Grundschule“ eingeladen. Vor den rund 200 geladenen Grundschulleitungen lobte er lang und breit seine eigene Politik (vor allem zur Ganztagsbetreuung, Inklusion und zur überfälligen Besoldungsanpassung der Grundschullehrkräfte bis 2023). Auf die Entstehung der Grundschule ging er nur kurz ein. Sie fiel quasi vom Himmel. Sie sei nach dem 1. Weltkrieg am 16. Mai 1919 „vom sozialdemokratisch-linksliberalen Senat und der Bürgerschaft“ und anschlie-

ßend in der Weimarer Reichsverfassung beschlossen worden. Was zwischen dem 1. Weltkrieg und dem Bürgerschaftsbeschluss lag, wird einfach weggelassen:

- die Novemberrevolution vom 9. November 1918, die friedlich verlief, weil hundertauf tausende vor allem sozialdemokratische Arbeiterinnen und Arbeiter den Sturz der kaiserlichen Militärdiktatur und den Frieden auf der Straße erzwungen haben und weil die Soldaten nicht bereit waren, auf sie zu schießen,

- der Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg, der hier bereits am 6. November 1918 die Macht übernommen hatte und die Bürgerschaft zum Erlass des

Einheitsschulgesetzes gedrängt hatte (siehe dazu ausführlich die HLZ 11/2018), und

- das „Gesetz betr. die Einheitsschule“, das am 16. Mai 1919 von allen Parteien der Bürgerschaft beschlossen worden war. Es sollte zunächst die sechsjährige Unterstufe der Einheitsschule bringen.

Allein diese wenigen Fakten zeigen, dass in Deutschland eine Revolution notwendig war, um vier Jahre gemeinsamen Lernens durchzusetzen und dass die Einheitsschule immer noch ein Tabuthema ist. Die Novemberrevolution hat nur zur vierjährigen und nicht – wie ursprünglich in Hamburg geplant – zur sechsjährigen Grundschule geführt. Sie ist auch nicht über die Unterstufe hinausgegangen. Aber sie wirkt noch heute. So steht im Artikel 7 des Grundgesetzes der zunächst unverständliche Satz: „Vorschulen bleiben aufgehoben.“ Dieser Satz wurde aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen. Denn bis 1918 wurden die Kinder schon ab der 1. Klasse auf Volksschulen und private Vorschulen der höheren Schulen (Gymnasien und Realschulen) aufgeteilt.

Die Einheitsschule blieb damals unvollendet, sie wurde nicht bis Klasse 10 erweitert. Schon damals gab es einen erbitterten Widerstand der „besseren Kreise“ gegen die Einheitsschule. Die Grundschule aber zeigt, dass das gemeinsame Lernen möglich ist und – wie die Ergebnisse der Schulinspektion und von PISA und IGLU zeigen – zu besseren Ergebnissen führt als das getrennte Lernen.

KAY BEIDERWIEDEN

	<p>Fachgruppe Berufliche Schulen</p> <p>lädt ein zur</p> <p>Diskussionsveranstaltung mit</p> <p>Sabine Boeddinghaus (MdBü - LINKE)</p> <p>zum vorgelegten Gesetzesentwurf für ein</p>
<p>8.4.2020</p> <p>18 Uhr</p> <p>Ort: GEW</p>	<p>GERECHTE BILDUNG BRAUCHT EIN</p> <p>INKLUSIVES</p> <p>SCHULGESETZ</p>

Digitalisierung und bessere Arbeitsbedingungen

Was dem heutigen Unterricht an der VHS und bei anderen Trägern fehlt – Ein Diskussionsbeitrag

Die Republik krankt am föderalen Bildungssystem und das nicht nur an allgemeinbildenden Schulen, sondern auch im Weiterbildungsbereich (Erwachsenenbildung). Was in Gestalt des Digitalpakts („DigitalPakt Schule“) erst durch eine im November 2018 mit großer Mehrheit der Bundestagsabgeordneten beschlossene Grundgesetzänderung auf den Weg gebracht werden konnte, bedeutete erstmalig eine gezielte Einfriedung der so genannten „Bildungshoheit“ der Länder. Die Abgeordneten, so könnte man den Vorgang zusammenfassen, entschlossen sich erstmals, in Sachen zukunftsfähige Bildung das eherne Gesetz der Länderkleinstaaterei zu unterlaufen und den Kindern und Jugendlichen von heute auf ihrem Weg ins digitale Zeitalter nicht mehr mit hoheitlichen Selbstblockaden im Wege zu stehen.

Doch es ist zu befürchten, dass es dabei bleibt und die Regierenden mit dem Digitalpakt ihre Aufgabe, den Fortbestand und die Zukunft des „Bildungsstandorts Deutschland“ zu sichern, erfüllt sehen – und dass sie vergessen, dass nicht nur der Medieninkompetenz heutiger Kinder, sondern auch dem Abdriften heute lebender (junger) Erwachsener in bildungsbenachteiligte Biographien entgegen gewirkt werden muss. In dieser Gefahr schweben nicht nur Migranten und Migrantinnen, die ohne nennenswerte Schulbildung in Deutschland ankommen, sondern auch solche, die in ih-

rem Heimatland bereits studiert haben und für einen beruflichen Aufstieg in Deutschland lediglich ein „DaF“-Sprachzertifikat erwerben und dafür schulähnliche Bildungseinrichtungen besuchen müssen.

Die Bildungsbranche, in der solche Aufgaben traditionell geleistet werden, ist die Weiterbildungsbranche, auch „Erwachsenenbildung“ genannt. Traditionell (im Sinne von „eingefahren“, „unverrückbar“) ist aber leider auch das etablierte Finanzierungs- und Trägersystem, das für Erwachsenenbildung zuständig ist: An erster Stelle stehen die halbstaatlichen, seit jeher am öffentlichen Tropaflughangenden Volkshochschulen.

Wie wenig erfolgreich das herkömmliche Kursträgersystem und die staatlich gelenkte Kursorganisation sind, zeigen die ernüchternden Erfolgsquoten der Kurse

Hier finden nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) derzeit bundesweit 37,8 Prozent aller Integrationssprachkurse stattfinden, gefolgt von (oftmals privatwirtschaftlichen) Sprach- bzw. Fachschulen (20,6 Prozent) sowie Bildungswerke und -werkstätten (8,4 Prozent). Das letzte Drittel des Pensums wird von sonstigen nationalen oder internationalen Trägern oder

Trägergruppen (AWO, deutsch- ausländischen Organisationen oder betrieblichen Fortbildungsstätten) geleistet. Der „Allgemeine Integrationskurs“, der auf das Zielsprachniveau B1 führt, stellt dabei die meistbesuchte Kursart im Integrationskurssystem dar: 2018 besuchten 73,4 Prozent aller neuen Kursteilnehmenden einen solchen Kurs, gefolgt vom „Alphabetisierungskurs“ (14,9 Prozent), der lediglich auf das Sprachniveau A2 vorbereitet. Erstmals seit der „Flüchtlingswelle“ 2015 besteht die überwiegende Teilnehmerschaft dieser Kurse übrigens nicht mehr aus Neuzuwanderern (Asylbewerber_innen oder geduldete Geflüchtete: 36,4 Prozent), sondern zu 43 Prozent aus „Altzuwanderern/EU-Bürgern/Deutschen“; eine Tendenz, die sich wohl aufgrund stetig sinkender Flüchtlingszahlen aus den nahöstlichen Kriegsgebieten fortsetzen wird.

Wie wenig erfolgreich das herkömmliche Kursträgersystem und die staatlich gelenkte Kursorganisation sind, zeigen die ernüchternden Erfolgsquoten der Kurse (respektive die hohe Zahl der Kurswiederholer_innen): Zwischen 2012 und 2018 ist die Bestehensquote beim „Deutschtest für Zuwanderer (DTZ)“, der das B1-Niveau abprüft, von 66 Prozent tendenziell immer weiter bis auf nur noch 52 Prozent gesunken; Tendenz: weiter fallend. (Noch dramatischere Abschlussquoten zeitigen die berufsvorbereitenden B2-Kurse und die oft von Hochschulabsolventen besuchten C1-Kurse, die

beide über die „Deutschsprachförderverordnung (DeuFöV)“ geregelt sind: Hier dürften die Bestehensquoten 30 Prozent bzw. 15 Prozent nicht wesentlich überschreiten.) Das Ergebnis sind oft jahrelange „Kurschleifen“, Ausbildungsverzögerungen, Fachkenntnisverluste und die Abscheidung der Migranten und Migrantinnen von selbst gewählten, förderunabhängigen Berufs- und Aufstiegswegen. Anstatt ihre Produktivkräfte in die sie assimilierende Gesellschaft oder in eine passende berufspraktische Umgebung einzuspeisen, erleben die Migrant_innen scheinende und teilweise sehr mühsame Bildungskarrieren, die ihnen jegliche Perspektive rauben, überhaupt irgendwann einmal in der deutschen Gesellschaft Fuß zu fassen. Nicht wenige brechen dann die Sprachkurse vorzeitig ab, halten sich mit schlecht bezahlten Jobs über Wasser und suchen sich Nischen des Überlebens – oder sie wandern ab, nachdem sie den deutschen Staat viele Tausende Euro an Fördergeldern gekostet haben.

Muss das alles sein!? „Nein!“, sagen die, die es wissen müssen, weil sie tagtäglich 5 Unterrichtseinheiten lang mit diesen Kursteilnehmer_innen, deren Sorgen, Nöten und Hoffnungen zu tun haben und daneben noch fachlich qualifizierten Unterricht in Vollzeit abliefern müssen: die Lehrkräfte für das Fachgebiet „Deutsch als Fremdsprache (DaF)“. Besonders viele von ihnen sind Freiberufler_innen, alle mit Hochschulabschluss und staatlicher Zulassung durch das BAMF ausgestattet – wenn man so will: die zweite, breitenwirksame Akademikerschaft neben den staatlichen Schullehrer_innen. Allerdings, so muss man hinzufügen, eine prekär beschäftigte Elite, die sich mehrheitlich aus „Freiberuflern wider Willen“ rekrutiert: Zumindest bei der VHS Hamburg – andere Zahlen

sind mir nicht bekannt – werden die Integrationssprachkurse mit einem Prozentanteil, der sich stark den 100 Prozent annähern dürfte, von freiberuflichen Kursleiter_innen durchgeführt, im Jahr 2017 waren es nach

*Weniger als 5 Prozent
der an der Hamburger
VHS beschäftigten
freiberuflichen
DaF-Lehrkräfte in
Integrationssprachkursen
wollen oder können
ein existenzsicherndes
Einkommen erreichen*

Senatsangaben 1.761 Personen, davon 70 Prozent Frauen. Diese Beschäftigungsstruktur wäre an sich nicht beklagenswert, wenn dasselbe Papier nicht auch die typische Entlohnungsstruktur dieser Beschäftigten im genannten Kalenderjahr offenlegen würde: Von den 1.761 Honorarkräften an den Hamburger VHSen haben nämlich nur 363 (20,6 Prozent) mehr als 450 € Honorar pro Monat erhalten, gar nur 79 (4,5 Prozent) mehr als den steuerfreien Höchstbetrag von 17.500 € Honorar pro Jahr. Mit anderen Worten: Weniger als 5 Prozent der an der Hamburger VHS beschäftigten freiberuflichen DaF-Lehrkräfte in Integrationssprachkursen wollen oder können ein existenzsicherndes Einkommen dadurch erreichen, dass sie – wie es für eine staatlich angestellte Lehrkraft und deren Schüler_innen selbstverständlich ist – ihre gesamte Arbeitskraft in den Unterricht an dieser Bildungseinrichtung stecken.

„Nein, und nochmals nein!“, tun also diese minijobenden, am untersten Rand des Entlohnungssektors tätigen Lehrkräfte kund. Und ein oft gehörtes, immer resignierend geäußertes Argument lautet: „Wir wollen etwas verbessern und wir könn-

ten es auch – wenn ihr uns lasst und vor allem: wenn ihr unsere Arbeit besser entlohnen und die Kurse besser ausstatten würdet.“ Zuletzt war diese klare Botschaft einer Online-Petition zu entnehmen, die von rund 5.600 Lehrkräften (immerhin rund 12 Prozent aller derzeit in Deutschland tätigen DaF-Lehrkräfte) unterschrieben wurde und die bald Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) ausgehändigt werden wird. Organisiert vom „Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte“, das 2016 entstand und aus mittlerweile 40, über das gesamte Bundesgebiet verteilten Initiativen besteht, wird hier vor allem die „Förderung prekärer Arbeit“ durch die Bundesstellen scharf kritisiert. Jedoch sind es nicht nur die im Fördersystem des Bundes oft unbeachtet bleibenden Arbeitsbedingungen der DaF-Lehrkräfte, die zur Kritik herausfordern und dringend zu verbessern wären. Mindestens ebenso wichtig wären

- ein Digitalpakt für die Weiterbildungsbranche: Staatliche, steuerfinanzierte Förderung sollte nur noch solchen Einrichtungen gewährt werden, die für eine funktionierende mediale Ausstattung der Kursräume sorgen und dafür, dass z. Bsp. auch Online-Learning („blended learning“) und Vermittlung von Medienkompetenz im oder durch den Unterricht möglich ist;

- rechtssichere Beschäftigungsverhältnisse: Wenn schon die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Lehrkraftstellen in den Weiterbildungseinrichtungen nicht oder nicht ohne weiteres möglich ist, dann müssen wenigstens unbefristete Honorarverträge her, die vom erdrückenden Eindruck scheinselfständiger Beschäftigung befreit wären. Im gleichen Atemzug bedarf es einer gründlichen Überprüfung der DaF-Lehrkräfte hinsichtlich der Erfüllung ihrer Rentenversicherungspflicht: Wenn sich nämlich interne

Schätzungen bewahrheiten, nach denen etwa 40 Prozent aller freiberuflichen Lehrkräfte in der Weiterbildung nicht in die Rentenversicherung einbezahlen, dann bedeutete eine fortgesetzte Finanzierung dieser Arbeitsverhältnisse auch deren bewusste Fortschreibung in Altersarmut;

- eine Faktorisierung des Unterrichts: Wie jeder verantwortungsvoll durchgeführte Schulunterricht erfordert auch der DaF-Unterricht Vor- und Nachbereitungszeiten (z. Bsp. für die Unterrichtsfeinplanung, Korrekturen oder die Sichtung neuer Lehrwerke), die mit denen einer Deutschlehrkraft der Mittelstufe durchaus vergleichbar sind und somit mit dem an Regelschulen üblichen Faktor von mindestens 1,5 vergolten werden müssten. Gleichzeitig muss eine Wochenarbeitszeit von höchstens 25 UE (Vollzeitstelle) in dem physisch wie psychisch anstrengenden Unterrichtsfeld verbindlich gemacht werden;

- faire Entlohnung: Dazu ein kleines Zahlenspiel: Laut Bundesregierung wurden im Jahr 2017 sage und schreibe 610.077.000 € an Ausgaben für die „Durchführung von Integrati-

onskursen nach der Integrationskursverordnung“ aufgewendet. Laut Integrationskursstatistik des BAMF haben im selben Jahr 291.911 Personen an Integrations Sprachkursen teilgenommen, zuzüglich 64.775 Kurswiederholer_innen, macht zusammen 356.686 Personen. Teilt man die eine Zahl durch die andere, ergibt sich eine durchschnittliche Ausgabe von 1.710 € pro Person und Kurs. Geht man nun davon aus, dass ein_e durch die Prüfung gefallene_r Kursteilnehmer_in dieselbe Ausgabe noch einmal erfordert, wenn er oder sie den Kurs wiederholt, dann verdoppelt sich dieser Betrag nach Adam Riese. Nun die Gegenrechnung: Ginge man davon aus, dass eine freiberufliche Lehrkraft den/die Kursteilnehmer_in bereits in dem ersten, 5-monatigen Kursversuch unterrichtet hat, ihn/sie nun aber nicht ein zweites Mal unterrichten muss, weil sie statt einem Honorar von 35,00 € (derzeitiges Mindesthonorar) 38,50 € pro UE erhalten hat und sie ihren Unterricht entsprechend der freiwerdenden Ressourcen verbessern konnte, dann hätte der Staat zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen und

eine echte Win-win-Situation geschaffen: Der/die Kursteilnehmer_in wäre schneller durch den Kurs und die Lehrkraft hätte 10 Prozent mehr verdient – und 50 Prozent an Motivation hinzugezogen.

Dieser Satz (rund 38,50 € pro UE) ist nun zufälligerweise auch genau der Betrag, den die GEW Hamburg im Rahmen des öffentlichen „Tribunal Weiterbildung“, an dessen Tisch am 27.11.2019 Vertreter der Hamburger Senatsparteien SPD, GRÜNE, CDU und LINKE saßen, als „absolut unterste Haltelinie“ forderte.

Haltet durch, Kolleginnen und Kollegen! Und kommt in die GEW, um dort lautstark eure Interessen zu verteidigen und eure Expertise einzubringen! Nur gemeinsam sind wir stark!

FREDERIK SCHLENK

Zum Autor: Er ist seit 2015 freiberuflicher DaF-Dozent in Hamburg (Vollzeit). Bei der GEW ist er für die „Fachgruppe Erwachsenenbildung“¹ aktiv, die sich regelmäßig im Curio-Haus trifft und bereits das nächste „Tribunal Weiterbildung“ vorbereitet, das pünktlich vor der nächsten Bürgerschaftswahl im Februar 2020 stattfinden wird.

Nur gemeinsam stark

Stellungnahmen der Podiumsteilnehmer_innen der Veranstaltung zu ‚working poor‘

Bei der GEW-Veranstaltung vom 03.02.2020 „Bündnis für gute Weiterbildung Working poor für Lehrkräfte unter staatlicher Regie: Welche Schritte können wir gemeinsam tun?“ waren Fachsprecher_innen aller demokratischen Bundestagsparteien eingeladen. Die Parteien der Großen Koalition (SPD und CDU), aber auch die FPD hatten offenbar andere Prioritäten und standen für die Veranstaltung nicht zur Verfügung, sodass die

Interpretation naheliegt, dass die abwesenden Parteien nicht die ganze Stadt in den Blick nehmen wollen.

„Wir werden das Thema weiter verfolgen und dafür sorgen, dass es auch bei den Koalitionsverhandlungen der neuen Regierung nach der Wahl nicht ignoriert werden kann“, führte Anja Bensing-Stolze, die Vorsitzende Hamburger GEW, gegenüber der Presse aus.

Die Veranstaltung selbst gab

wichtige Anregungen für eine Verbesserung der Lage in der Weiterbildung:

Petra Densborn, BBB, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Träger beruflicher Bildung beklagte die Ausschreibung der Aufträge nach dem Billigkeitsprinzip. Das habe einen ruinösen Wettbewerb in der Branche zur Folge. Dieser zwingt die Betriebe dazu, auf Honorar umzustellen und sich am Mindestlohn Weiterbildung

zu orientieren, um überhaupt Aufträge zu bekommen. Sie forderte eine Anhebung des Bundesdurchschnittskostenatzes und eine Orientierung der Vergabe von Kursen an der Qualität sowie eine längerfristige Vergabe von Aufträgen, die den Unternehmen eine Planbarkeit ermöglicht und die Etablierung von verbindlich erklärten Tarifverträgen in der Branche. Die Weiterbildung müsse als vierte Säule in der Bildung verankert werden.

Ansgar Klinger, GEW Hauptvorstand, Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung, stellte gemeinsame Interessen und Handlungsmöglichkeiten mit dem BBB fest, da die ruinösen Rahmenbedingungen für diesen Bereich der Weiterbildung vom Staat vorgegeben werden. Er forderte ein Bundesrahmengesetz für Weiterbildung mit verbindlichen Regeln für den gesamten Bereich, auch für die politische Weiterbildung. Die GEW fordere von den Bundesländern einen Weiterbildungshaushalt von mindestens 1 Prozent ihres Bildungshaushaltes. Davon sind nach Untersuchungen der GEW

alle Bundesländer, auch Hamburg, weit entfernt. Er forderte Dauerstellen für Daueraufgaben und eine Verstärkung der Professionalisierung der Beschäftigten in der Branche. Perspektivisch sollten die Sprachkurse in Länderverantwortung übergehen und vergleichbar dem Schuldienst unter ähnlichen tariflichen Bedingungen organisiert werden. Dies gelte auch für den Unterricht. Dieser bedürfe einer guten Vor- und Nachbereitung. Für eine Vollzeitstelle bedeute das nicht mehr als 25 Unterrichtsstunden. Weiter forderte Klinger ein Mindesthonorar von 39 € für alle Tätigen in der Weiterbildung, auch in den Volkshochschulen. Für die Beschäftigten im Bereich der Sprach- und Integrationskurse forderte er Löhne vergleichbar dem TV ÖD EG 11 und Honorare in Höhe von 58 € pro Unterrichtsstunde. Für den Schuldienst sei „DAZ/DAF“ als eigenes Unterrichtsfach eine Notwendigkeit. Dies schaffe für die Beschäftigten der Weiterbildung eine Übergangsmöglichkeit in den Schuldienst.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB (BÜNDNIS 90 / DIE

GRÜNEN), führte aus, Weiterbildung sei zwar ein ganz wichtiges Thema in Berlin. Digitalisierung, ökologischer Umbau, Migration seien dabei intensiv diskutierte Themen. Aber die Arbeitsbedingungen in der Branche seien nicht im Fokus. Hier sei die Politik in der Verantwortung. Der Mindestlohtarifvertrag soll allgemeinverbindlich werden. Auch Mindesthonorare solle es in der Branche geben; er wendete sich aber gegen eine einheitliche Höhe. Die Vergabepraxis solle reformiert werden: bei der Vergabe solle auch die Qualität berücksichtigt werden. Außerdem solle die soziale Sicherung verbessert werden. Eine freiwillige Arbeitslosenversicherung solle ermöglicht werden und eine Bürgerversicherung. Strengmann-Kuhn forderte außerdem eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben für die Weiterbildung, um Festbeschäftigung in der Branche zu erreichen. Er sah eine gesetzliche Regelung für die Faktorisierung als notwendig an, wenn dies nicht tariflich geregelt werden kann.

Sabine Zimmermann, MdB (DIE LINKE), kritisierte die geringe gesellschaftliche Anerkennung der wichtigen Arbeit in der Weiterbildung. Sie forderte ordentliche Tarifverträge mit einer Regelung der Arbeitsbedingungen für die Branche, der Mindestlohn sei nur die unterste Haltelinie. Außerdem stellte sie die Idee einer Sozialversicherung zu geringeren Kosten bei Honorarkräften und bei geringen Einkünften vor. Sie forderte weiter ein Recht auf Weiterbildung in Betrieben, aber auch für Arbeitslose, ebenso für die Beschäftigten in der Weiterbildung. Weiterbildung koste. Das Geld dafür sei eine notwendige Zukunftsinvestition.

DETLEF ZUNKER

Sprecher der Fachgruppe
Erwachsenenbildung der GEW

Foto: h1z



V.r.n.l.: Detlev Zunker; Sabine Zimmermann; Dirk Mescher, Geschäftsführer GEW Hamburg; Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn; Ansgar Klinger; Petra Densborn

hlz

Verfasser innen- verzeichnis 2019

**Ammon, Anna/
Rieckmann, Barbara:**
Kontra Back to the future
9-10/16

Anders, Regina:
Honorare für Kursleitende – ein
politisches Trauerspiel 3-4/32

Bartels, Willi:
Nachruf Dr. Wolfgang Kirstein
9-10/58

**Baumann, Norbert/
Joachim Geffers:**
Courage zeigen gegen rechts
11/36

Beiderwieden, Kay:
Die Verlorenen 5-6/25
- Hochglanz nicht angebracht
12/15

Bensinger-Stolze, Anja:
Es hat sich gelohnt 9-10/8
- Es hat sich gelohnt! 11/8
- Schluss mit den
Falschmeldungen 12/10

**/Dehnerdt, Fredrik/
Quiring, Sven:** Auf ein gutes
Gewerkschaftsjahr 1-2/3
- Gemeinsam gegen rechte
Hetze 3-4/3
- Offenheit statt
Hinterzimmerpolitik 5-6/3
- Gemeinsam Erfolge erzielen
7-8/3
- Es geht voran 9-10/3
- Bürgerschaftswahlen nutzen!
11/3
- Viel erreicht 12/3

Berlin, Jörg:
Auf welcher Seite stehst du?
7-8/56

Bernhardt, F. (Frank):
Armut in einem reichen Land –
ein Widerspruch? 1-2/72
- Haben sie etwas verändert?

3-4/50
- Wenn die Arbeit krank macht
7-8/45
- Ablenkungsmanöver 9-10/48
/Gospodarek, R:
Doch nichts gelernt? 1-2/63
- Gret/chen/afrage ungelöst
11/46
Stammtschkämpfer_in werden
12/58

Beyer, Anke:
Urlaub nach langer Krankheit
7-8/54

BG STS Bahrenfeld:
Educators for Future 12/18

Blanck, Britta:
s. Quiring, Sven 12/33

Boateng, Gloria:
Mein steiniger Weg zum Erfolg
7-8/40

Bordes, Cläre:
So macht man das 1-2/18

Brauer, Gerhard:
Rente- Pension 5-6/60
/Hufert, Karin:
Gesund in den Ruhestand
3-4/35

Bruno-Latocha, Gesa:
Zusatzversorgung 11/22

Buchter, Heike:
Die geteilte Stadt 3-4/41

Bülow-Schramm, Margret:
Universität – damals und heute
1-2/32

Bündnis DAF/DAZ-Lehrkräfte:
Petition für Mindeststandards
bei Lehrkräften 7-8/24

Bündnis gute Inklusion:
verspätet, beschönigend,
lückenhaft 12/30

Bullan, Klaus:
Soziale Schieflage 11/50

Cechura, Suitbert:
Mit zweierlei Maß 1-2/66

Dehnerdt, Fredrik:
- Der „Fall“ Ida Ehre 3-4/16
- Es geht aufwärts 5-6/38
- GEW fordert Antifaschismus
als Bildungsziel 7-8/30
- Nicht auf die AfD reinfallen
11/24

- Ein „Weiter so“ darf es nicht
geben 12/19
- Prekäre Exzellenz 12/22
- Vorwand Neutralität 12/54
- s. Bensinger-Stolze, Anja 1-2/3
- s. Hamm, Andreas 1-2/43
- s. Bensinger-Stolze, Anja 7-8/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja
9-10/3
- s. Bensinger Stolze, Anja 11/3
- s. Bensinger Stolze, Anja 12/3

De Lorent, Hans Peter:
Otto Genz (Teil 1): Vom
Wehrmachtsoffizier zum
Schulleiter mit „fester Hand“
1-2/68
- Otto Genz (Teil 2) 3-4/56
- Oscar Toepffer – „An
führende Stelle in jeder
Beziehung bewährt“ (Teil 1)
5-6/68
- Oscar Toepffer – „An
führende Stelle in jeder
Beziehung bewährt“ (Teil 2)
7-8/58

Deutschlandfunk:
Gespräch statt elektronischem
Feedback 9-10/24

DGB – Stellungnahme:
Angriff auf die Demokratie
12/53

**Doormann, Lottemi/
Elling, Rainer:**
Das Maß an Freiheit 1-2/47

**Eisele-Becker, Margret/
Radtke, Holger:**
68 – wichtig für mein Leben?
1-2/34

Elling, Rainer:
s. Doormann, Lottemi 1-2/47

Fachgruppe Berufliche Bildung:
Herr Lenzen, haben Sie gehört?
5-6/29

Fachschaftsräte Universität:
Nicht nur auf den Putz hauen...!
11/44

Flad, Julia:
Hamburger Kämpferin für
Bildungsgerechtigkeit erhält
Bundesverdienstkreuz 12/69

Friedrich, Barbara:
Alpträume waren erst der
Anfang 12/44

Frisch, Joachim Hannes:

Für einen rigorosen
Humanismus 11/40

Fulda, Bernhard:
Nicht länger zu leugnen
9-10/53

Geffers, Joachim:
Solidarität ist unsere Kraft
1-2/10
- Vom Fexit zur Lösung 1-2/14
- Über Risiken und
Nebenwirkungen 1-2/22
- Die Vergangenheit ist nie tot,
sie ist nie vergangen ... sie lebt
in uns 1-2/28
- Aus dem namedropping ...
1-2/72
- Wasser im Wein 3-4/14
- Praktizierte Demokratie
3-4/24
- Kein Grund zum Feiern 3-4/36
- Aus dem Aushalten-müssen
... 3-4/63
- Fenster offen 5-6/18
- Ball paradox 5-6/30
- Aus dem Hinterhalt 5-6/73
- Gut gebrieft 7-8/10
- Um den heißen Brei herum
7-8/26
- Das Arbeitszimmer ist kein
Elfenbeinturm 7-8/34
- Aus der antifaschistischen Ecke
... 7-8/65
- Kuhhandel 9-10/9
- Störenfried statt
Friedhofswärter 9-10/26
- Unbequeme Wahrheiten
9-10/30
- Schule neu denken 9-10/36
- Wie kann das sein? 9-10/52
- Aus dem Arbeitsprozess
9-10/64
- Ist's Wahnsinn auch, so hat es
doch Methode 11/20
- Keine Berührungängste
11/27
- Aus der Schlüsseltechnologie
11/65
- Keineswegs chancenlos 12/42
- Wie gefährlich ist die AfD?
12/48
- Aus dem Vollen schöpfen
12/73
- s. Heede, Manni 5-6/40
- s. Baumann, Norbert 11/36

Geier, Barbara:
Kampf gegen den
„herrschenden
Kulturmarxismus“ 7-8/52
**GEST (Gemeinschaft der
Elternräte an Stadtteilschulen):**
Chancen und Risiken 11/12

**GEW-Fachgruppe
Sonderpädagogik und
Inklusion:**
LSE-Diagnostik abschaffen
7-8/28

GEW Hauptvorstand:
Personalschlüssel verbessern
sich zu langsam 11/10

Gospodarek, R:
s. Bernhardt, F. 1-2/65
- s. Bernhardt, F. 7-8/45
- s. Bernhardt, F. 11/46
- s. Bernhardt, F. 12/58

Gust, Thorben:
s. Hagener Tim 11/30

**Hagener, Tim/ Mitsalis,
Dorottya/Hellmer, Julia/
Haupt Andreas/Gust Thorben/
Sturzenhecker, Markus:**
Stellungnahme der Schulleitung
der Max-Brauer-Schule zur
schriftlichen kleinen Anfrage
21/18377 der AfD vom 12.09.19
11/30

Hamm, Andreas:
Norbert Rosenboom 1-2/74
/Dehnerdt, Frederik:
Druck von der Jugend 1-2/43

**Hansen, Marianne/
Sohns, Christel:**
Neue Vorsitzende gewählt
7-8/55

Hass, Bodo:
Wir gehören auch dazu! 7-8/18

Haupt, Andreas:
s. Hagener Tim 11/30

Heede, Manni:
100 Jahre VHS in Hamburg
3-4/33
- Toepffers Briefe aus dem Krieg
Zusammenstellung 7-8/59
/Geffers, Joachim:
Kolossal kolonial 5-6/40

Hellgermann, Andreas:
kompetent. flexibel. angepasst.
11/15
- kompetent. flexibel.
angepasst. 12/28

Hellmer, Julia:
s. Hagener Tim 11/30

Heyenn, Dora:
Alles unter einem Dach?
9-10/11

Hinzelin, Marc:
Die GEW dabei 5-6/13

Hoch, Uli:
s. Quiring, Sven 12/33

Hufert, Karin:
s. Brauer, Gerhard 3-4/35
- Gesund in den Ruhestand
5-6/24
- Gefährdungsbeurteilungen
greifen nicht 5-6/33
- Aus der Pensions- und
Rentenberatung der GEW
5-6/61
- Gesund in den Ruhestand!
7-8/61
- Gesund in den Ruhestand!
9-10/44
- Gesund in den Ruhestand
11/59
- Gesund in den Ruhestand
12/69

Humburg, Heiko:
Stellungnahme zum Antrag
für eine Kampagne an den
Gymnasien 7-8/15
- Verhältnisse zum Tanzen
bringen 9-10/28
- Gemeinsam stark 12/25

**Jarkusch, David/
Wrede, Manuela:**
Es geht los! 1-2/13

Kaienburg, Hermann:
Der Riese schwankte und fiel
11/54

Kasprzak, Roland:
Falscher Fokus 11/21

Kastner, Jens:
Noch Luft nach oben 9-10/20

Kaufmann, Dorothea:
Keine Zahlenspielerei 7-8/48
- Höchst individuelles Leid
11/18

Klass, Jutta:
Internationale
Befreiungsbewegungen –
damals und heute 1-2/36

Klemme, Jule:
Die GEW dabei 5-6/10
Klinge, Manfred:
Im Abwärtsstrudel 12/66

Kriebisch, Ingo:
Richtiges Vorgehen 3-4/48

Kuhbandner, Christof:
Fataler Fehlschluss 3-4/45

Meister, Ulli/Quiring, Sven:
Das Schweigen danach 5-6/23

Mescher, Dirk:
Die GEW dabei 5-6/14
- Weniger als der Mindestlohn
12/16

Michels, Maren:
Ein Ehrenamt im Knast –
vielleicht Mitglieder der GEW?
11/61

Mitsalis, Dorotytia:
s. Hagener Tim 11/30

Nette, Bernhard:
Nachruf auf Axel Schildt 5-6/63
- Mahnung statt
wiederholungszwang 5-6/64
/Romey, Stefan:
Verschweigen, vergessen,
verdrängen 7-8/49
- Genau hinschauen 9-10/56

Netzwerk Lehrerinnbildung:
Geburtsfehler beim Erlangen
des Traumberufs 3-4/34

Nevermann, Knut:
„Wir wollen nicht haben, wir
wollen sein.“ 1-2/30

Pauli, Ralf:
Mehr Waldorf für alle 9-10/50

Peters, Volker:
„Du bist nicht mehr mein
Sohn!“ 1-2/45

**Petersen, Jörg/
Wehner, Bettina:**
Trau' keinem über 30 1-2/38

Piwitt, Christel:
Feier für die Ehrenmitglieder –
eine gute Tradition 11/60

**Prollingheuer, Engelbert/
Töpfer, Matias:**
Das Gymnasium als Faktum
7-8/16

Quiring, Sven:
- So funktioniert das nicht
7-8/28
- /**Britta Blanck/Uli Hoch:**
11 Jahre Boberger Appell 12/33
- s. Bensing-Stolze, Anja 1-2/3
- s. Meister, Ulli 5-6/23
- s. Bensing-Stolze, Anja 7-8/3
- s. Bensing-Stolze, Anja

9-10/3
- s. Bensing-Stolze, Anja 11/3
- s. Bensing-Stolze, Anja 12/3

Rabhansl, Christianh:
Tanz auf dem Vulkan 1-2/52

Radtke, Holger:
s. Eisele-Becker, Margret 1-2/34
- Es lohnt sich 3-4/54
- Beamtengesetz (HmbBG)
5-6/62

**Reichert, Martin/
Deuber Thomas:**
Schule im Neoliberalismus –
Neoliberalismus in der Schule
9-10/61

Rettmer, Birgit:
Kein Selbstgänger 3-4/10
- Ein Grund zum Feiern 7-8/22
- Tipps und Anregungen für
Personalräte 11/18
- Im Dschungel der
Bestimmungen 12/47

Rieckmann, Barbara:
s. Ammon, Anna 9-10/16

Römer, Bruni:
Zyklon-Opfer 5-6/59

Romey, Stefan:
Brandstifter trifft Biedermänner
1-2/60
- Braun, das wie blau aussieht
5-6/50
- s. Nette, Bernhard 7-8/49
- s. Nette, Bernhard 9-10/56

Sapel, Ursula:
Am Ball bleiben 5-6/54
- „Nun mach schon, komm
voran, bewege dich!“ 9-10/59

Sons, Christel:
s. Hansen, Marianne 7-8/55

Stöck, Kay:
Entwicklung durch Annäherung
11/11

Stöcker, Stephan:
Eigenlob stinkt 12/36

Sturzenhecker, Markus: s.
Hagener Tim 11/30

Svensson, Wolfgang:
Hetzen als politisches
Programm 5-6/48
- Denunziation 11/34
- Blick in den Abgrund 12/62

Thurn, Susanne:
Feinsinniger Denker – Nachruf
7-8/33

Töpfer, Matias:
s. Prollingheuer, Engelbert
7-8/16

Tränkle, Peter:
Keine Patentrezepte 9-10/42

Tsiakas, Jason:
Keine Eintagsfliege 3-4/22

Voss, Hans:
Worüber reden wir eigentlich?
3-4/28

Wehner-Wöbbeking, Bettina:
Einigendes Band 11/58

Wilhelm, Ilona:
Teilhabe im Alter 9-10/62

**Wrede, Manuela: s. Jarkusch
David, 1-2/13**

Wunder, Justin:
Wie steht es mit dem
dienstlichen Rechtsschutz in
Hamburg? 9-10/60
- Neues elektronisches
Meldeverfahren bei
Klassenreisen ins Ausland
12/41

Zeitschrift für Heilpädagogik:
Traditionelles Denken
überwinden 5-6/20

Zunker, Detlef:
Taschenspielertrick 9-10/22

Sachverzeichnis 2019

1. Mai 5-6/10

100 Jahre Volkshochschule
3-4/32

100 Jahre Waldorf für alle
9-10/50

68er_innen 3-4/50

Antifa 12/48

Arbeitszeit 7-8/48, 11/18,
12/10

Asylrecht 11/43

Aufruf zum Ostermarsch 2019
3-4/55

Aus dem Arbeitsprozess
9-10/64

Aus dem Aushalten-müssen ...
3-4/63

Aus dem Hinterhalt ... 5-6/73

Aus dem namedropping 1-2/77

Aus dem Vollen schöpfen...
12/73

Aus der antifaschistischen Ecke
... 7-8/65

Aus der Schlüsseltechnologie
11/65
Ausstellung 9-10/53

Beihilfe 9-10/32
Beutelsbach und die Folgen
7-8/30

Bildungsbericht 11/50
Brandstifter 11/34
Brasilien 7-8/52
Bürgerschaftswahl 12/17

Datenschutz 3-4/48
Digitales Lernen 1-2/22
Diversität 9-10/36

Einheitsgewerkschaft 11/21,
12/25
Einladung – Kongress zum
Antifaschismus auf Kampnagel
9-10/34
Erster Hamburger Klimagipfel
12/68

Film 9-10/52
Filmtipp 5-6/46
Forschung 3-4/45
Frauen/Weimarer Republik 52
Fridays for Future 12/18
Fridays for Future 3-4/22

Gesamtpersonalrat (GPR)
3-4/24
Gesund in den Ruhestand
3-4/35, 5-6/24, 7-8/61, 11/59,
12/69
Gesundheit 12/44
Gesundheitsschutz 5-6/33,
7-8/45
Gewerkschaftsfeinde 5-6/48
Gewerkschaftstag 7-8/10
GEW-Hamburg 5-6/38
GEW-Salon 9-10/23
Griechenland 12/66

hlz-Lektüre 7-8/40
HLZ-Rätsel 1-2/75, 3-4/62,
5-6/72, 7-8/64, 9-10/63, 11/64,
12/71
Hochschulen 12/19, 12/22
Holger-Cassens-Preis 2019
3-4/44

Inklusion 5-6/20, 7-8/28,
9-10/42, 12/30
Integration 7-8/44
Israel 11/58

JA 13 1-2/8, 3-4/9, 5-6/8, 7-8/8,
9-10/8, 11/8, 12/8
Jubiläum 5-6/17
Judentum 11/33

Kino-Previews 1-2/67, 3-4/53
Kita 9-10/20, 11/10
Klima 11/46
Klimaproteste 9-10/48
Kostendämpfungspauschale
5-6/62

Lehrer_innen-Arbeitszeit (AZM)
3-4/28
Lesbische Lehrerinnen 5-6/37

Medien 11/61
Migration 5-6/54

Nachruf 1-2/74, 5-6/63, 7-8/33,
9-10/47, 9-10/58
Nationalismus 1-2/60
New York 3-4/41

Offene Liste 1-2/12, 5-6/16,
7-8/21, 9-10/21, 11/11, 12/13

Pädagogik 11/15, 12/28
PISA 12/27
Projektunterricht 1-2/18
PTF 7-8/18

Rassismus 1-2/66
Rechtsextremismus 1-2/63
Rechtsradikale 5-6/50
Rechtsradikalismus 11/24
Rechtsrock 12/62
Referendar_innen 3-4/34
Rezensionen 1-2/72, 7-8/49,
56, 9-10/56, 9-10/59
Ruheständler_innen 3-4/54,
7-8/55, 9-10/62, 11/60

Schlaufox 12/69
Schulabgänger_innen 2018
5-6/25
Schuldenbremse 5-6/30
**Schule unterm Hakenkreuz/
Nazibiographien** 1-2/68,
3-4/56, 5-6/68, 7-8/58
Schulentwicklungsplan (SEPL)
9-10/11
Schülerinnenwatsch 9-10/24
Schulfrieden 1-2/14, 7-8/26,
9-10/9, 9-10/26
Schulsozialarbeit 1-2/13
Schulstruktur 5-6/18, 7-8/16,
9-10/28, 11/12
Service 5-6/60, 7-8/54,
9-10/60, 11/22, 12/47
Sozialer Wohnungsbau 11/54
Spendenaufruf 5-6/59

Tagung 11/36
Tarifrunde TV-L 2019 1-2/10
Täterprofile 3-4/52
Titel/AfD 3-4/16
TV-L 3-4/10

Universität 11/44

Universität 5-6/40

VHS 7-8/24
VHS-Honorare 9-10/22
Vorschule 7-8/22
VVN 12/53

Wahlkampf 12/14
Weckruf 5-6/29
Weckruf 9-10/18
Weimar/Nationalistische
Bewegung 5-6/64
Weiterbildung 12/16
White Privilege 3-4/36,
9-10/30
Wiedereingliederung 12/42
Wir 68er_innen – die
Protokolle – Was wir wollten –
was draus wurde 1-2/28

Schwerpunkt/Titel 2019

68-er_innen 1-2/26
Auseinandersetzung um
Meinungsfreiheit 3-4/16
Hamburgs (post)koloniales Erbe
5-6/40
Neutralität 7-8/30
Schulentwicklungsplan (SEPL)
9-10/11
Rechtsradikalismus 11/24
Inklusion 12/30

Gespräch mit

- Literaturwissenschaftlerin
Sabine Becker mit dem
Deutschlandfunk 1-2/52
- den neu gewählten
Vorstandsmitgliedern 3-4/24
- Karl Dieter Schuck 5-6/20
- Professor Jürgen Zimmerer,
Leiter der Forschungsstelle
„Hamburgs(post)koloniales
Erbe 5-6/40
- Franz Forsmann vom
Flüchtlingsrat e. V. Hamburg
5-6/54
- Benedikt Schulz vom
Deutschlandfunk 9-10/24
- Mechtild Gommolla,
Erziehungswissenschaftlerin
9-10/36
- Roland Stolze, Ombudsmann
12/42

hlz

Sind so viele Fragen

Stellungnahme der Lehrer_innenkammer zum „DigitalPakt Schule“ und zum neuen Zeugnisprogramm in DiViS

Die Lehrer_innenkammer begrüßt, dass mit Hilfe der Mittel des Digitalpaktes und einer Aufstockung durch zusätzliche Hamburger Mittel die Ausstattung für die Klassenräume strukturell verbessert werden soll. Die flächenhafte Etablierung eines leistungsfähigen Internets, die vollständige Ausstattung der Schulen mit WLAN-Zugängen sowie die Bereitstellung von digitalen Präsentationstechniken in den Klassenräumen stellen für die Lehrer_innenkammer eine längst überfällige Voraussetzung für einen zeitgemäßen Unterricht dar, welcher Schüler_innen eine „verantwortliche Teilhabe am kulturellen, gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und wirtschaftlichen Leben ermöglicht“ (KMK 2016, S.10).

Die Bereitstellung von (mobilen) IT-Endgeräten für die Schüler_innen wird von der Lehrer_innenkammer dabei ebenfalls stark befürwortet, wenngleich die bisher veranschlagten Mittel nicht ausreichen und damit die dringend gebotene „Lernmittelfreiheit“ gefährdet wird. Die von der BSB einkalkulierte bzw. indirekt erwartete Nutzung privater IT-Endgeräte der Schüler_innen nach dem Motto „Bring your own device“ (BYOD) darf die „Lernmittelfreiheit“ nicht aufweichen und bringt in den Schulen eine Reihe von ungeklärten oder arbeitsintensiven schulpraktischen Problemen mit sich. Sie darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten gelöst werden.

Des Weiteren kritisiert die Kammer, dass das an den Schulen tätige pädagogische Personal beim „DigitalPakt Schule“ in

Bezug auf die Ressourcenausstattung vollkommen ausgespart wird und dafür bisher keine Mittel bereitgestellt werden. Für das Gremium erscheint jedoch eine umfangliche Ausstattung mit Arbeitsmitteln wie z.B. mit personalisierten dienstlichen IT-Endgeräten für die Erfüllung dienstlicher Aufgaben dringend geboten. Hier sieht die Lehrer_innenkammer deutlichen Nachholbedarf, zumal auch dem Datenschutz im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung Genüge getan werden muss. Dies kann von den Beschäftigten nur im Rahmen einer angemessenen Bereitstellung von individualisierten Dienstgeräten gewährleistet werden.

Die Lehrer_innenkammer sieht auch die massiven Wartungsfragen, welche der Ausbau der Digitalisierung an den Schulen zwangsläufig mit sich bringen wird, als noch ungeklärt an. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da die schulischen Institutionen weder personell noch finanziell mit den Herausforderungen der Wartung und der Etablierung einer professionellen Systemadministration allein gelassen werden sollten. Auch bleibt die Zukunft der Hamburger Schulen im Hinblick auf ein Auslaufen des Digitalpaktes in einigen Jahren zu diesem Zeitpunkt äußerst unklar. Der Kammer erscheint eine langfristige und damit nachhaltige Sicherung einer umfassenden digitalen Ausstattung der Schulen dringend geboten.

Neben den ungeklärten Ressourcenfragen besteht auch bei den noch zu entwickelnden In-

halten deutlicher Nachholbedarf. Die Lehrer_innenkammer fordert deshalb das „Primat der Pädagogik“, wonach zunächst die geplanten Inhalte abgestimmt und die konkreten bildungspolitischen Ziele benannt werden sollten, weiterhin gelten zu lassen und dieses nicht durch die technischen Möglichkeiten oder ihre Voraussetzungen aufzuweichen.

Die Lehrer_innenkammer befürwortet außerdem die Entwicklung und Bereitstellung von notwendigen Unterrichtsbausteinen, die bereits begonnen wurde. Hierbei schlägt die Kammer jedoch vor, dass mehr Mittel und Ressourcen direkt an die Schulen gegeben werden, um die Digitalisierung inhaltlich und methodisch entlang der Fächer und Lernfelder in den Schulen zu realisieren.

Zum Digitalen Verwaltungssystem in Schule (DiViS)

Das Programm DiViS muss für den Schulbetrieb ein Gewinn werden. Das ist leider momentan noch nicht der Fall.

In diesem Schuljahr (2019/2020) wurden alle weiterführenden Schulen aufgefordert, die Zeugnisse aller Klassenstufen mit DiViS zu erstellen. Der Lehrer_innenkammer sind Schulen bekannt, in denen zum Halbjahr die Zeugnisse nicht mit DiViS gedruckt werden können. Die Kammer hat große Zweifel, ob Abgangszeugnisse, Abiturzeugnisse oder Jahreszeugnisse aufgrund der technischen Mängel schon in diesem Schuljahr mit DiViS erstellt werden können.

Nachdem etwa 80 Oberstufenleiter_innen schriftlich erklärt haben, dass es ihrer Ansicht nach mit DiViS nicht möglich ist, das Abitur 2020 ordnungsgemäß durchzuführen, gab es am 12. Dezember 2019 ein Austauschtreffen zwischen Oberstufenabteilungsleiter_innen und Behördenleitung (u. a. Herr Altenburg-Hack und Herr Dr. Alpheis). Hier baten die Abteilungsleiter_innen, von der Verpflichtung, die Zeugnisse in diesem Schuljahr mithilfe von DiViS zu erstellen, entbunden zu werden. Der Behörde sind 63 Schulen bekannt, die zusätzlich Lizenzen für das bisher weit verbreitete Niermeyer-Programm gekauft haben, obwohl DiViS ja flächendeckend eingeführt werden soll. Auf dem Arbeitstreffen wurde auch deutlich, dass DiViS viele Aufgaben nicht leistet, die für die Abiturplanung zwingend notwendig sind.

Die Lehrer_innenkammer sieht mit Besorgnis der bevorstehenden (Abitur-)Zeugniserstel-

lung entgegen, zumal eine Fülle von notwendigen technischen Änderungen zeitnah kaum zu erledigt sein wird. Daher versteht die Kammer nicht, warum für dieses Schuljahr Schulen von der Verpflichtung „Zeugnisse mit DiViS auszudrucken“ nicht entbunden werden können. Herr Altenburg-Hack und Herr Dr. Alpheis haben am 12. Dezember den Druck und die Planung der Zeugnisse mit Niermeyer weder erlaubt, noch verboten. Diese Unklarheit ist den betroffenen Kolleg_innen nicht zuzumuten.

Anfang Januar war DiViS über mehrere Tage nicht zuverlässig erreichbar. Grund war die vorhersehbare Überlastung des Log-In-Bereichs durch gleichzeitige Nutzung von hunderten Lehrkräften. Dies hat statt zu Erleichterung zu flächendeckender Unruhe, zusätzlicher Arbeitszeit und zum Teil psychischer Belastung geführt.

Die eilige Normierung der schulischen Digitalisierung der letzten Jahre mit zahlreichen

ungelösten Problemen und Herausforderungen macht sich immer mehr bei den Lehrkräften bemerkbar. Sie bleiben auch von den Problemen mit DiViS nicht verschont. Schon die Anmeldung ist ein Kraftakt. Hier werden die Kolleg_innen mit Systemen und Plattformen wie Eduport, Iserv, Zuvex, Hasi-Mail usw. konfrontiert, obwohl eine funktionierende, einheitliche Plattform flächendeckend hätte eingeführt werden müssen. So ergibt sich das Problem, dass Lehrkräfte mehrere Mailadressen und entsprechende Passwörter verwalten müssen. Dazu kommt noch, dass DiViS alles andere als nutzerfreundlich ist. Die Lehrer_innenkammer fordert, dass hilfreiche (face to face), systematische Schulungen durch das LI flächendeckend durchgeführt werden. Speziell für die Abteilungsleitungen muss der systemübergreifende Blick (DiViS, Untis, WebUntis ...) geschult werden.

Aus der Sicht der Lehrer_in-

Anders ausbilden - anders arbeiten - anders wirtschaften?



Herausforderungen der Digitalisierung für das Lernen in Schule und Ausbildung

Bundesweite Fortbildung für Lehrer*innen der allgemein- und berufsbildenden Schulen

WANN: 28.04.2020, 10 Uhr bis 30.04.2020, 12.30 Uhr

WO: IG Metall Bildungszentrum Berlin Pichelssee
Am Pichelssee 30
D-13595 Berlin



Anmeldung zum Seminar: BE01820. Anmeldeschluss: 01.03.2020. Eine Zu- oder Absage erfolgt erst nach Anmeldeschluss!

Alexandra Schließinger (Organisation), IG Metall Vorstand, Ressort Bildungs- und Qualifizierungspolitik.
069 6693-2560, alexandra.schliessinger@igmetall.de

nenkammer hat die mangelhafte und zu wenig begleitete Einführung bisher zu deutlicher Mehrarbeit in den Schulen geführt. Während die für DiViS zuständigen Abteilungsleitungen bei der schulischen Einführung und Etablierung der Software große zusätzliche Anstrengungen auf sich nehmen mussten, um die fehlenden technischen Möglichkeiten zu kompensieren, werden Beschäftigte in einigen Schulen mit neuen Aufgaben konfrontiert. Diese ergeben sich auch durch die Verlagerung von organisatorischen Tätigkeiten der durch DiViS überlasteten Abteilungsleitungen in die Hände von Klassenlehrer_innen oder zuständigen Lehrkräften.

Eine große Gefahr für Lehrkräfte stellt zudem die Sicherheit der personenbezogenen Daten beim Ausdruck von Zeugnisnoten dar. DiViS bietet den Lehrkräften die technische Möglichkeit, den Ausdruck der Zeugnisse von privaten Endgeräten durchzuführen, wenngleich

dies datenschutzrechtlich nicht geschehen darf. Von den Kolleg_innen wird aber häufig verlangt, dass sie Zwischennoten ausdrücken, obwohl es die schulische Ausstattung in dem engen Zeitraum an vielen Schulen kaum ermöglicht. Da eine Nutzung digitaler privater Endgeräte von den Beschäftigten nicht erwartet werden kann, ist eine flächendeckende Ausstattung mit (mobilen) dienstlichen IT-Endgeräten zwingend notwendig. Auch hier zeigt sich wieder die Problematik des BYOD (Bring your own device) für Lehrkräfte.

Wegen der hier genannten Umsetzungsprobleme von DiViS fordert die Lehrer_innenkammer die Behördenleitung hiermit auf, als ersten Schritt den verpflichtenden Zeugnisausdruck mit DiViS für dieses Schuljahr zurückzunehmen. Des Weiteren müssen seitens der BSB Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass DiViS im Sommer 2020 sowohl seinen notwendigen vollen als auch daten- und arbeitsschutz-

rechtlich abgesicherten Funktionsumfang erreicht. Auch eine vollständige Barrierefreiheit muss gewährleistet sein.

Große Sorgen bereitet der Kammer auch die Einführung von DiViS im HIBB-Bereich. Die zeitliche Planung für die Einführung von DiViS unter den noch bei den allgemeinbildenden Schulen bestehenden Problemen hält die Lehrer_innenkammer für unrealistisch und gefährlich. Besonders wenn man bedenkt, dass die Zeugnisformate im HIBB viel unterschiedlicher als in den allgemeinbildenden Schulen sind. Die nicht ausreichende Erprobung und Evaluation von DiViS vor seiner Einführung in den allgemeinbildenden Schulen, die zu dem aktuellen unhaltbaren Zustand geführt hat, darf sich bei den Berufsschulen nicht wiederholen.

STELLUNGNAHME DER
LEHRER_INNENKAMMER
HAMBURG vom 16.01.2020

SERVICE

Online-Krankschreibungen muss der Arbeitgeber nicht akzeptieren

Bereits im Jahr 2018 wurde vom Deutschen Ärztetag das Fernbehandlungsverbot aufgehoben. Dies bedeutet, dass Arzt_innen nun grundsätzlich auch Diagnosen stellen dürfen, ohne ihre Patienten jemals gesehen, geschweige denn untersucht zu haben. Jede Neuerung schafft sich ihren Markt und so bieten bereits einige Firmen an, Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen online – ohne Kontakt zu einem Arzt – zu erstellen. Man muss lediglich auf der Homepage des Anbieters seine vermutete Krankheit anklicken, in einem Fragebogen entsprechende

Symptome auswählen und gegen Zahlung eines Entgelts kommt dann der Gelbe Schein wahlweise per Post oder als PDF. Geworben wird mit der garantierten Gültigkeit des Attests.

Die GEW weist deshalb vorsorglich darauf hin, dass der Arbeitgeber bzw. Dienstherr Krankschreibungen, die online ohne ärztliche Untersuchung ausgestellt wurden, nicht akzeptieren muss. Die Schulbehörde hat in ihren Mitteilungen bereits darauf hingewiesen, dass die BSB diese Form der Attestierung von Arbeitsunfähigkeit nicht als beweiskräftigen Beleg

anerkennt und sich eine Kürzung der Besoldung bzw. des Entgelts vorbehält, sollten kranke Beschäftigte kein von einem selbst aufgesuchten Arzt ausgestellte Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorlegen.

Da die Beweiskraft von Online-Attesten höchst fragwürdig erscheint, rät die GEW dringend davon ab, solche Dienstleistungsportale in Anspruch zu nehmen und stattdessen lieber den Arzt/die Ärztin des Vertrauens aufzusuchen.

BIRGIT RETTMER
GEW-Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik

Unmenschlicher Umgang

Statt eines klaren Votums zur Aufnahme von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen aus Lagern auf griechischen Inseln, üben sich die Regierungsparteien in Hamburg in Betroffenheitsrhetorik und im Verstecken hinter der Bundesregierung

Ganz vorn, in seinem ersten Artikel, hat unser Grundgesetz die Menschenwürde als unantastbare Grundlage herausgestellt. Damit wird sie zu einer Eigenschaft erklärt, die jeder Mensch unverlierbar besitzt.

Für die darauf vereidigte Bundesregierung ist es eine humanitäre, politische und moralische Bankrotterklärung, aufnahmewilligen Ländern, Kommunen und Städten zu verweigern, noch nicht einmal 4000 unbegleitete Kinder und Jugendliche nach Deutschland zu holen, die in hoffnungslos überfüllten griechischen Flüchtlingslagern, in unglaublichem Elend, voller Grauen und Verzweiflung dahingervegetieren.

Angesichts dessen, dass sich ein Teil der Kinder noch nicht einmal mehr in Lagern befindet, sondern in Zelten vor Stacheldrahtzäunen haust, unter Planen im Schlamm und Morast versinkt, zeugen die Abwehrreflexe aus Regierungskreisen von einer Kälte und Brutalität, die im krasen Gegensatz zum Selbstverständnis Deutschlands als einer den Menschenrechten verpflichteten Wertegemeinschaft stehen.

Verlautbarungen der Bundesregierung, natürlich sei es ihr ein Anliegen, „die Lebenssituation der Menschen vor Ort, auch der Kinder, zu verbessern“ und das Wehklagen aus dem Innenministerium, die Zustände auf den griechischen Inseln seien „so nicht tragbar und nicht akzeptabel“, entlarven sich somit als bloße Betroffenheitsrhetorik.

Deutschland und die anderen

europäischen Regierungen vergehen sich gegenüber Kindern, die ja nicht selbstbestimmt handeln können, in unvorstellbarem Ausmaß an Werten der Humanität und Menschlichkeit. „Die europäischen Regierungen“, so Heribert Prantl auf NDR Info, „sind nicht viel besser als König Herodes in biblischen Zeiten, der die Kinder hat umbringen lassen.“ Wohl wahr.

Und Hamburg?

Nach Selbstbeschreibung seiner politischen Entscheidungsträger eine Stadt der Weltoffenheit, kultureller Grundwerte und Humanität! Tatsächlich ist es ein einziger Verrat an diesem Wertefundament, wie sich Senat und die ihn tragenden Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen zu der Forderung verhalten, wenigstens die Kinder von den griechischen Inseln zu holen.

Nicht nur, dass Hamburg keinerlei Bereitschaft zeigt, zusammen mit anderen Bundesländern, Kommunen und Städten wenigstens bei der Aufnahme Minderjähriger – einmal! – mit voranzugehen. Mit ihrer Mehrheit sorgten die Fraktionen von SPD und Grünen dafür, dass Anfang Dezember 2019 ein Antrag der Linksfraktion in der Bürgerschaft abgelehnt wurde, 70 minderjährige unbegleitete Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen.

Stattdessen beschlossen sie einen eigenen Antrag mit einer ausgesprochen heuchlerischen Note. Letztlich nämlich enthielt er nichts anderes als die Auffor-

derung an den Senat, er möge auf die Bundesregierung einwirken, auf den Inseln des Elends den UNHCR dabei zu unterstützen, das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik zu kaschieren. Es ist eine perfide Logik, dass sich Hamburg selbst mit diesem Beschluss zu gar nichts verpflichtet hat und dabei sogar noch Abwehrnationalismus bedient.

Besonders auffallend in der Debatte über die Flüchtlingskinder ist die Zurückhaltung der Hamburger Grünen im Bürgerschaftswahlkampf. Ihr Auftreten passt so gar nicht zu Robert Habecks Zwischenruf. Zu Recht haben die Hamburger Grünen bislang immer betont, dass Menschen kein menschengemäßes Leben führen können, solange sie nicht vor verschiedenen Formen von Unterdrückung und Entbehrung geschützt werden. Sie verlieren jede Glaubwürdigkeit, wenn sie jetzt an der Seite der SPD sogar einen Abwehrkrieg gegen minderjährige unbegleitete Flüchtlinge führen.

Die Haltung von SPD und Grünen ist umso unverständlicher, als nicht ansatzweise die Rede davon sein kann, dass Flüchtlinge Hamburg überrennen. In den Jahren 2015 und 2016 blieben von den Geflüchteten, die in Hamburg ankamen, jeweils zwischen 22.000 und 23.000 in der Stadt. Im Jahr 2018 waren es noch nicht einmal mehr 5.000, die in Hamburg blieben. 2019 waren es wohl noch weniger. Die Zahlen kenne ich noch nicht.

Ein Hamburg, das angesichts dieser Entwicklung selbst Kindern den Schutz vor unmenschlichen Lebensformen verweigert, ist ein Hamburg der brutalen Unbarmherzigkeit. Die Parteien, die das zu verantworten haben, haben ihr menschenrechtliches Fundament zerstört.

Es bleibt zerstört auch nach dem Schwenk, den SPD und Grüne inzwischen notgedrungen vollzogen haben. Penibel hatten sie in einem Beschluss im Dezember darauf geachtet, Hamburg selbst von jeder finanziellen Verpflichtung freizuhalten. Eine Bereitschaft, das elende Schicksal von Kindern und Jugendlichen durch die Aufnahme auch in Hamburg zu beenden, hatten sie in ihrem Antrag mit keinem einzigen Wort auch nur angedeutet.

Nachdem ihnen daraufhin der öffentliche Wind immer schärfer ins Gesicht blies, verhinderten die Regierungsfractionen noch Mitte Januar durch filibustern eine Debatte in der Bürgerschaft über die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in Hamburg. In einer Pressemitteilung am Rande dieser Sitzung erklärten sie dann plötzlich doch ihre Bereitschaft zur Aufnahme minderjähriger Flüchtlinge. Erneut vermieden sie es, sich zu irgendetwas zu verpflichten. Zur Zahl und zum Zeitpunkt der Aufnahme wieder kein konkretes Wort. Umso wortreicher waren die Erklärungen, das Thema sei im Bund zu bewegen. Seehofer müsse seine Haltung überdenken und Hamburg werde sich weiter darum bemühen, zu einer ganzheitlichen europäischen Lösung zu kommen.

Die Linie der Unverbindlichkeit behielten SPD und Grüne selbst dann noch bei, als sie Ende Januar gemeinsam einen weiteren Bürgerschaftsantrag

einbrachten. Konkreter als den Senat zu ersuchen, „sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, aktuell minderjährige Geflüchtete aus Griechenland in Deutschland und damit auch in Hamburg aufzunehmen“, wurde es nicht. Wie gehabt, wurden Zuständigkeit und Verantwortung des Bundes derart groß und die eigenen Möglichkeiten entsprechend klein beschrieben, dass man zu fragen versucht ist, ob in Hamburg die SPD gar nicht weiß, dass sie in Berlin Teil der Bundesregierung ist und mit Peter Tschentschers Vorgänger im Amt des Ersten Bürgermeisters sogar den Vizekanzler und Finanzminister stellt.



Das Bündnis „Solidarische Stadt Hamburg“ hat die bisherigen „Anstrengungen“ von Senat und Regierungsfractionen zur Rettung von Kindern und Jugendlichen in höchster Not in einem Offenen Brief an den Ersten Bürgermeister heftig angegriffen. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Anjes Tjarks, hat den Brief „im Ton extrem deplatziert“ befunden und die Grüne Bürgerschaftsabgeordnete Antje Möller ihn „als völlig

danebenliegend“ attackiert.

Deplatziert und danebenliegend sind Strategie und Haltung der Regierungskoalition von SPD und Grünen; sie sind unmoralisch und missachten Menschenrechte. Warum?

Es gibt Elendslager auf griechischen Inseln mit so katastrophalen Überlebensbedingungen für Kinder und Jugendliche, dass es vordringlich nicht „nur“ darum geht, sie nach Hamburg zu holen, damit sie wieder human leben können. Damit ihr Leben human sein kann, ist es erst einmal erforderlich, dass es überhaupt sein kann.

Das Martyrium der Kinder und Jugendlichen in den Lagern auf den Inseln besteht jetzt. Da ist es für eine Landesregierung einfach viel zu wenig, gebetsmühlenartig zu wiederholen, „wir haben beschlossen auf die Bundesregierung zuzugehen und anzumelden, dass Hamburg auch bereit ist, Kinder aus den Flüchtlingslagern aus Griechenland aufzunehmen“; (Anjes Tjarks in einer E-Mail v. 30.1.20).

Oder: „Eine verantwortungsvolle Lösung kann nur über die Bundesregierung und eine Initiative auf europäischer Ebene gelingen.“ (Dirk Kienscherf, SPD-Fraktionsvorsitzender; Pressemitteilung v. 15.1.20).

Zum Warten der Bundesregierung auf eine europäische Lösung noch einmal Heribert Prantl: „Es ist ein inhumanes, es ist ein tödliches, es ist ein kriminelles Warten.“ Und was ist dann Hamburgs Warten auf die Bundesregierung?

HERBERT ANKENBRAND

Entschädigung beschlossen

Die GEW Hamburg bittet die Betroffenen um Entschuldigung

Bei der Veranstaltung der GEW Hamburg „45 Jahre Berufsverbote“ im Dezember 2017 haben wir festgestellt, dass das Thema Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVB) in der GEW weder ausreichend beforscht ist noch zur Vita der Betroffenen Arbeiten vorliegen. Einerseits

versität Hamburg zum Thema „Berufsverbote in Hamburg“ promoviert und arbeitete im Fachbereich Geschichte bzw. an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg zum Thema.

In der nun vorliegenden Studie wird am Beispiel der Hamburger

krete Verhalten in der GEW ausschlaggebend?

Die Arbeit gliedert sich in vier Kapitel. Zunächst werden die politischen Konflikte in den Blick genommen, die vor der Etablierung der UVB lagen und einen Einblick in die allmähliche Polarisierung in der GEW ge-



Foto: © Michael Meyborg

Konferenz gegen die Berufsverbote mit internationalen Gästen im Gustav-Radbruch-Haus, Hamburg, 3. Sept. 1976

hat sich die Bundes-GEW bereits für ihr Verhalten damals entschuldigt – in einem Beschluss vom 16.3.2012 heißt es: „Die GEW bedauert die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse und bittet die davon Betroffenen um Entschuldigung“ –, andererseits stand eine wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas noch aus.

Daher habt die GEW eine Studie in Auftrag gegeben, die den Umgang der GEW Hamburg mit den UVB untersuchen soll: Ihre Entstehung, ihre Praxis sowie die Folgen für die betroffenen Personen.

Als Forscherin konnten wir Alexandra Jaeger gewinnen. Sie hat vor kurzem an der Uni-

GEW eine erste Untersuchung zum Umgang der GEW mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen vorgelegt. Dabei werden einerseits die politischen Prozesse analysiert, die zur Etablierung der UVB in der GEW führten und herausgearbeitet, welche Personen daran federführend beteiligt waren. Dabei wird ein besonderer Blick darauf gelegt, welchen Einfluss der DGB und die Zentralisierung der GEW für die Durchsetzung der UVB hatten. Andererseits werden die Ausschlussverfahren systematisch untersucht: Wer wurde ausgeschlossen und auf welcher Grundlage? Reichte die Mitgliedschaft in kommunistischen Gruppen aus oder war das kon-

ben, aber auch deutlich machen, dass es keine zwangsläufige Entwicklung zu Maßnahmen gegen die K-Gruppen gab, stand doch zunächst die DKP im Fokus der Kritik. Im zweiten Kapitel wird die schrittweise Etablierung und Institutionalisierung der UVB in den Jahren 1973 bis 1975 nachgezeichnet. Dabei werden die Hamburger Entwicklungen mit

Für eine bessere Aufklärung zum Thema wurde eine Studie in Auftrag gegeben und den Betroffenen soll zukünftig eine „Anerkennungspauschale“ sowie beitragsfreie Mitgliedschaft bereitgestellt werden.

den Initiativen und Beschlüssen der Bundesebene verwoben. Anschließend werden im dritten Kapitel die Logiken der Unvereinbarkeit analysiert, d.h., die Strukturen der Ausschlussverfahren herausgearbeitet sowie ein Überblick über die betroffenen Organisationen und Personen gegeben. Am Beispiel von vier Betroffenen, mit denen jeweils auch Interviews geführt wurden, werden Ausschlüsse, Nichtaufnahmen und verweigerter Rechtsschutz dargestellt. Die Abkehr von den UVB steht im Mittelpunkt des vierten Kapitels.

In der Studie wird herausgearbeitet, wie stark die Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit politisch-generationalen Konflikten und

Umbrüchen innerhalb der GEW verbunden waren. Die UVB sind somit ein weiteres Beispiel dafür, warum die 1970er Jahren häufig als Jahrzehnt des Umbruchs oder des Konflikts beschrieben werden. Mit Radikalenbeschluss, Parteiordnungsverfahren und Unvereinbarkeitsbeschlüssen waren die 1970er Jahre auch ein Jahrzehnt der Abgrenzungen und Ausschlüsse.

„Als GEW Landesverband nehmen wir die nun vorliegende Arbeit zum Anlass, den Betroffenen gegenüber um Entschuldigung zu bitten, zudem haben wir weitere Maßnahmen beschlossen, um diesen unseren Respekt zu vermitteln: Dazu gehört eine ‚Anerkennungspauschale‘ sowie

eine beitragsfreie Mitgliedschaft. Auch wenn das begangene Unrecht nicht rückgängig gemacht werden kann, so möchten wir doch damit die Betroffenen deutlich um Entschuldigung bitten“, kommentiert Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

Die GEW Hamburg wird nun allen (bekannten und erreichbaren) Betroffenen ein Entschuldigungsschreiben schicken, in dem dies angeboten wird.

Die Studie wird im Beltz Juventa Verlag veröffentlicht. Wenn sie vorliegt, führt die GEW Hamburg eine Veranstaltung durch, auf der sie präsentiert wird.

FREDRIK DEHNERDT

standhalten 2
Vorstellung der
neuen erweiterten
Materialpublikation
zum Umgang mit
Rassismus zwischen
Rechtradikalität und
-populismus
Ramses Michael Oueslati

In Kooperation mit
dem Landesinstitut
für Lehrerbildung und
Schulentwicklung
sind erprobte
rassismuskritische
Unterrichtsmaterialien
entstanden, die nun
in zweiter erweiterter
Auflage bundesweit mit
dem Niedersächsischen
Kultusministerium, dem
Landesministerium
und der Landeszentrale
politische Bildung
Mecklenburg-
Vorpommern und dem
Bundesprogramm
Demokratie leben!
erschienen sind.



Die GEW lädt ein ins Kino

Little Woman – Starke Frauenfiguren

Dieser Film (nominiert für den Oscar in verschiedenen Sparten) der New Yorker Regisseurin Greta Gerwig erzählt von vier sehr unterschiedlichen Schwestern in einer extrem patriarchalisch geprägten Gesellschaft in den USA Mitte des 19. Jahrhunderts. Er beruht auf dem auto-

biographisch geprägten Roman der US-amerikanischen Autorin Louisa M. Alcott, 1868/69 veröffentlicht in zwei Bänden.

Eine Film-Veranstaltung der GEW Hamburg im Rahmen der Frauenwoche, **Donnerstag, 27. Februar 2020, 19.00 Uhr.**
Ort: Abaton-Kino. Anmeldung

über: info@gew-hamburg.de.
Eintritt: kostenlos für Frauen* in der GEW – alle anderen 3,00 €. Veranstalterin: Landesverband der GEW Hamburg, AfGG – Ausschuss für Gleichstellungs- und Genderpolitik – Que(e)r-schnitt.



Zum Internationalen Frauentag 2020: Brunch für aktive Gewerkschafterinnen

Kennenlernen, Vernetzen, Austauschen, Diskutieren: Ob Betriebsrätin, Vertrauensfrau oder einfach gewerkschaftlich aktiv: Tausch` Dich mit gleichgesinnten Frauen aus und erfahre, was sie in ihrem Ehrenamt stärkt, welche Themen sie gerade bewegen und welche Ideen sie verfolgen!

Sonntag, 08. März 2020
von 11:30 Uhr bis 14:30 Uhr
im KLUB im Gewerkschaftshaus
Besenbinderhof 62, 20097 Hamburg

Anmeldung erforderlich!

Die Veranstaltung ist kostenfrei. Bitte melde Dich verbindlich bis spätestens 27. Februar 2020 über die folgende E-Mail-Adresse an: hamburg@dgb.de.

reden-wir-ueber.de

V.i.S.d.P.: Katja Karger, DGB Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg



Hafenansicht weiblich:

Frauenarbeitsplätze im Hafen – jetzt und einst.
Spaziergang am Elbufer durch die Open Air-Galerie

Einladung zum Internationalen
Frauentag 2020:

**Mittwoch, 11. März 2020,
17.00-18.30 Uhr.**

Start: Große Elbstraße 132, vor
der Seemannsmission (Bus 111
Haltestelle Sandberg). Ohne An-
meldung, ohne Kosten. Spende
für das Projekt erbeten.

Alle Gemälde barrierefrei er-
reichbar. Frauen und Männer
willkommen. Leitung: Kuratorin
der FrauenFreiluftGalerie Dr.
Elisabeth von Dücker. Veran-
stalterin: FrauenFreiluftGalerie
Hamburg

Info:

www.frauenfreiluftgalerie.de
Spazier-Strecke bis Neumühlen:
zwei Kilometer, auch bei Regen.



PRESSFOTO - Bildzeitung | Der Streik der Kaffeeverkosterinnen, 1937 FrauenFreiluftGalerie Hamburg ©

Liebe Leute im Vorbereitungsdienst, männlich wie weiblich,

wir möchten mit euch gerne
einen netten Abend verbringen
und uns als GEW vorstellen.
Wie könnte man dies besser tun
als bei einem Glas Wein? Daher
kommen wir in einem netten
Weinladen in Eimsbüttel zu-
sammen, in dem wir eine kleine
Einführung in die Weinkunde
erhalten und verschiedene Wei-
ne probieren.

Kennenlern-Weinprobe am
Donnerstag, dem 19. März
2020, 20.00- ca.21.15 Uhr, Jac-



ques Weindepot, Osterstraße
189, 20255 Hamburg.

GEW Mitglieder können

kostenfrei teilnehmen. Nicht-
Mitglieder haben eine Kos-
tenbeteiligung von 15 Euro zu
übernehmen. Natürlich entfällt
die, solltet ihr euch entschei-
den Mitglied zu werden. Wei-
tere Informationen auf [https://
www.gew-hamburg.de/themen/
aktionen-und-kampagnen/ken-
nenlern-weinprobe-fuer-alle-
jungen-lehrerinnen-und-lehrer](https://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/kennenlern-weinprobe-fuer-alle-jungen-lehrerinnen-und-lehrer)

Wir freuen uns über Anmel-
dungen unter [junge.gew.anmel-
dung@gmx.de](mailto:junge.gew.anmeldung@gmx.de)

Sprunghafte Entwicklung

Studie bestätigt nachhaltige Erfolge

Seit einigen Jahren unterstützt die GEW Stiftung „Fair Childhood“ zusammen mit AOB, der niederländischen Bildungsgewerkschaft und der Bildungsinternationale (Education International) in diversen Ländern des globalen Südens den Kampf gegen Kinderarbeit. Dabei geht es insbesondere um Projekte zur Errichtung kinderarbeitfreier Zonen auf Initiative der Lehrkräfte-Gewerkschaften vor Ort.

Nun führte Nora Wintour von der education school of University College London (UCL) eine wissenschaftliche Studie über Erfolge der bisherigen Arbeit dieser Projekte durch. Dazu begutachtete sie vorgelegte Dokumente, diskutierte mit Betroffenen und beobachtete deren Arbeit direkt vor Ort. Schwerpunktartig wurde auf die folgenden Punkte eingegangen:

- Klären, welche gewerkschaftlich unterstützten Maßnahmen an den Schulen am wirksamsten gegen Kinderarbeit in den ausgewählten Ländern helfen.
- Beurteilen, inwiefern diese Ergebnisse die berufliche Wei-

werkschaften haben.

- Ermitteln, inwiefern Kinderarbeitsprojekte Genderspekte in ihre Arbeit einbezogen haben. Kann man best practises Ansätze erkennen?
- Prüfen, inwieweit die Ergebnisse der Kinderarbeitsprojekte nachhaltig sind. Wie wurde das gegebenenfalls erreicht?

Trotz der unterschiedlichen nationalen Kontexte gab es in den Schulgemeinschaften bemerkenswerte Gemeinsamkeiten bei der Schaffung eines lernfördernden Schulumfelds, das für den Eintritt und Verbleib von Kindern in Schulen ausschlaggebend ist sowie ein deutliches Engagement für die Ziele des Projekts.

Alle Gewerkschaften gaben an, dass die Verminderung von Kinderarbeit und Schulabbrüchen im Zusammenhang mit der Förderung einer qualitativ hochwertigen Bildung für sie weiterhin Vorrang haben wird.

Bei den Projekten führten die von den Bildungsgewerkschaften angebotenen Weiterbildungskurse zur größeren Motivation

programmen an einem klaren Verständnis dafür mangelte, was Kinderarbeit ausmacht. Alle Ausbildungsprogramme versuchten, eine möglichst gleichgroße Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern zu erreichen.

Das von den Gewerkschaften entwickelte Material wird sehr geschätzt und genutzt.

Überall war Schaffung eines lernfördernden schulischen Umfelds das wesentliche Element, um Kinder zum Schulbesuch anzuregen und sie in der Schule zu halten. Die von den Lehrer_innen erwähnten neuen Unterrichtstechniken stellten eine grundlegende Abkehr von den traditionellen Methoden des Lehrens und der Anwendung körperlicher Bestrafung dar; viele Schulen diskutierten auch mit den Eltern über den Einsatz von Gewalt zu Hause.

In einigen Ländern beinhalten die Schulungen eine Analyse des beruflichen Verhaltens der Lehrer_innen, insbesondere im Hinblick auf ihre regelmäßige Anwesenheit in der Schule und ihre berufliche Verantwortung dafür, Vorbilder zu sein.

Die Schulen legen jetzt einen Schwerpunkt auf Sport, Theater, Musik und Kunst und fördern Schüler_innenclubs wie z.B. Jungbauernclubs. Die Lehrer_innen sind der Ansicht, dass diese Aktivitäten erheblich zur Verbesserung des Schulbesuchs und zur Schaffung eines integrativen Umfelds beigetragen haben. In den Projekten versuchen die Verantwortlichen, Schulmahlzeiten bereitzustellen, um ein Frühstück oder ein Mittagessen für Kinder und Lehrkräfte zu bieten und auch die Eltern dafür zu mobilisieren.

Die Leute betrachten mich heute als jemanden mit Wissen, Wissen über Kinderarbeitskonventionen und Kinderschutz, etwas, das ich damals nicht kannte.... Es hat mich in die Lage versetzt zu erkennen, dass ein Kind Kinderarbeit verrichtet. Es hat die Interaktion mit den Eltern gefördert, wir haben körperliche Bestrafung abgeschafft und nutzen stattdessen den Dialog und die Anleitung und Beratung. (Schulleiter, Erussi, Uganda)

terentwicklung der Lehrkräfte beeinflussen.

- Herausfinden, welche positiven Auswirkungen die Einrichtung von Projekten gegen Kinderarbeiten für Bildungsge-

bei Schulleitungen und Lehrkräften und boten die Möglichkeit zum Austausch und zur Vernetzung. In allen besuchten Ländern erklärten die Lehrer_innen, dass es ihnen vor den Ausbildungs-

"Die Lehrer_innen überprüfen nun die Anwesenheit und Leistung der Kinder. Sie haben schon früher Listen geführt, aber jetzt kümmern sie sich. Früher wurde angenommen, dass, wenn jemand für eine bestimmte Anzahl von Tagen abwesend war, das Kind die Schule verlassen hat. Aber jetzt ist die Reaktion auf Fehlzeiten anders. Wenn ein_e Lehrer_in feststellt, dass ein Kind ständig abwesend ist, kann der Kinderarbeitsausschuss der Schule beschließen, die Eltern zu besuchen und herauszufinden, was das Problem sein könnte." Angelina Lungu, ZIMTA Koordinatorin für Kinderarbeit, Simbabwe

Früher ging man davon aus, dass Kinder die Schule dauerhaft verlassen haben, wenn sie längere Zeit abwesend waren. Jetzt wurde nicht länger akzeptiert, dass sie regelmäßig einen oder zwei Schultage pro Woche fehlten.

In allen untersuchten Ländern bieten Lehrer_innen Nachhilfeklassen oder zusätzliche Unterstützung für Kinder an, die zur Schule zurückkehren oder Gefahr laufen abzubrechen.

Schüler_innen wirken in verschiedenen Gremien mit und übernehmen Verantwortung. Sie beobachten, ob Kinder die Schule verlassen, unterstützen zurückgekehrte Kinder, die oft älter

als der Durchschnitt der Klasse sind und stigmatisiert werden.

Einer der innovativsten Ansätze der Projekte betrifft die Bildung diverser regionaler oder überregionaler Ausschüsse, die sich mit der Beendigung von Kinderarbeit befassen.

In einigen Ländern sind Eltern-Lehrer_innen-Vereinigung oder Vereinigungen von Müttern von Schüler_innen aktiver geworden. Hausbesuche von Lehrer_innen waren oftmals sehr effektiv, u.a. um praktische Lösungen für wirtschaftliche Schwierigkeiten zu finden und Familien vom Wert der Mädchenbildung zu überzeugen.

Genderfragen sind in viele

Aspekte der Projektarbeit eingeflossen. Projekte haben sich praktischer Hindernisse angenommen, denen sich Mädchen ausgesetzt sehen, wie z.B. die Sicherung des Schulwegs. Sie haben sich u.a. auch dafür eingesetzt, getrennte Sanitärräume für Mädchen zu bauen. Außerdem wurde der kulturellen Tradition früher Verheiratung und den häufigen Teenagerschwangerschaften entgegen gewirkt. Entgegen der starken gesellschaftlichen Stigmatisierung wurde schwangeren Mädchen, jungen Müttern und Witwen die Rückkehr an die Schule ermöglicht, um ihre Grundschulbildung abzuschließen.

Gewerkschaftsvorsitzende berichten, dass die Kinderarbeitsprojekte mit ihren eigenen politischen Entscheidungen zusammen fielen, nämlich: den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Qualität der Bildung zu setzen.

Dieser Ansatz bot ihnen neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften und den Bildungsbehörden in konfliktfreien Fragen u.a. mit der Folge, ihre Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene bekannt zu machen.

Die Wahrnehmung der Gewerkschaften durch die Eltern und die Gemeinden hat sich erheblich verbessert. Gewerkschaftsvertreter_innen auf nationaler, regionaler und schulischer Ebene berichten auch über verbesserte Beziehungen zu Schulleiter_innen, Eltern sowie lokalen und regionalen Behörden.

Es bestand allgemein Einvernehmen darüber, dass sich die einbezogenen Mitglieder viel mehr für Gewerkschaftsarbeit engagierten. Alle Länder gaben an, dass in den betroffenen Schulen signifikante Mitgliederzuwächse der Gewerkschaften zwischen 23 und 47 Prozent zu verzeichnen waren.

VOLKER PETERS
Ruheständler



Foto: Fair Childhood

Beendigung von Kinderarbeit – eine von vielen Aufgaben der Stiftung

Putschisten niedergerungen

Was als „Harburger Blutsontag“ in die Geschichte eingegangen ist, hat sich in Wirklichkeit an einem Montag am 15. März 1920 in einer Heimfelder Schule abgespielt

Als nationalkonservative Kräfte in Berlin unter dem ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp versuchen, die Regierung zu stürzen, stellt sich eine Hamburger Einwohnerwehr Anhängern der Putschisten in Harburg entgegen. Während der Umsturzversuch andernorts abgewehrt wird, endet der politische Kampf im Umfeld der Heimfelder Mittelschule mit 25 Toten und rund 50 Verletzten.

„Das Gebäude der Heimfelder Mittelschule sieht innen und außen wüst aus. Von den Fenstern ist kaum eins auch nur einigermaßen heil geblieben. Die Mauern und Türen weisen starke Spuren der Schießerei auf. [...] Die letzten Leichen sind heute Morgen aus der Schule herausgeschafft worden.“ Harburger Anzeigen und Nachrichten, 16. März 1920.

Tote und Verwundete habe es gegeben, berichten auch die „Hamburger Nachrichten“ in ihrer Morgenausgabe, „...darunter auch einige Frauen und Kinder“. Die zerschundene Leiche von Hauptmann Rudolf Berthold, einem bewunderten Flieger-Ass aus dem Ersten Weltkrieg, liegt wenige Hundert Meter weiter in einer Gastwirtschaft. Was für ein Gastwirt hatte dort stattgefunden?

Putsch-Nachrichten aus Berlin – Aufruf zum Generalstreik

In Hamburg entlädt sich der Konflikt um den Putsch-Versuch

1920 im Umfeld der ehemaligen Mittelschule an der Woellmerstraße. Es kommt zu blutigen Gefechten.

Es ist der zweite Frühling nach dem Ersten Weltkrieg. Die junge deutsche Republik steht noch wackelig auf den Beinen: Versorgungsschwierigkeiten und Teuerung schaffen Unmut in

durchgreift“.

In die Situation hinein platzt am Sonnabend, 13. März, die Nachricht aus Berlin: „Sturz der Regierung!“ Bald spricht sich herum: Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp und Walther Freiherr von Lüttwitz, beurlaubter Führer des Reichswehr-

Truppenkommandos, haben die Mitte-Links-Regierung entmachtet. Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) ist nach Dresden geflohen und ruft zusammen mit den Gewerkschaften zum Generalstreik gegen die rechten Putschisten auf.

Rathaus-Besetzung in Hamburg – Ruhe vor dem Sturm in Harburg

Während in Hamburg abends Reichswehrtruppen unter dem Kommando Oberst von Wangenheim das Rathaus besetzen, bleibt im benachbarten Harburg zunächst alles ruhig. Verhandlungen zwischen Arbeitgeberverband und Gewerkschaften ergeben am Sonntag früh, dass nicht gestreikt werden soll, wenn sich das in Harburg stationierte Reichswehr-

Pionier-Bataillon Nr. 9 neutral zeigt. Arbeiter nehmen den Chef des Bataillons, Major Hueg, vorsichtshalber in Haft, denn er scheint geneigt, etwaige Anweisungen von General Lüttwitz auszuführen. Die Umsturzgefahr scheint damit gebannt.

Doch die Ruhe täuscht: Aus dem Kehdinger Land bei Stade hat sich Fliegerhauptmann Rudolf Berthold mit seinem Frei-



Aufruf der SPD zum politischen Streik

der Bevölkerung, die immensen Reparationspflichten an die Siegermächte bedrücken die Wirtschaft. Räubereien und Diebstähle nehmen zu. Und nach der gescheiterten Novemberrevolution beharken sich in den Straßen immer wieder die Parteisol- daten von Links und Rechts. In nationalkonservativen Kreisen wächst der Wunsch nach einem starken Mann, der mal „richtig

korps, der „Eisernen Schar“, auf den Weg gemacht. Der 28-Jährige, dessen rechter Arm seit einem Absturz verkrüppelt ist, trägt den Militärorden „Pour le Mérite“ – die höchste offizielle Ehre, die einem Offizier für seine Tapferkeit zuteil werden konnte. Im Ersten Weltkrieg hatte er 44 Feind-Flugzeuge abgeschossen. Nach Kriegsende kämpfte er mit anderen Freiwilligen im Baltikum weiter gegen sowjetrussische Truppen. Seit diese Mission beendet ist, fehlt der „Eisernen Schar“ eine rechte Aufgabe – und die sucht sie sich nun offenbar und macht sich über Hamburg auf den Weg nach Berlin.

Einwohnerwehr und Arbeiter bewaffnen sich

Unterdessen heulen in Harburg die Sirenen: Da das Gerücht geht, dass die Baltikumtruppen unter Berthold von Stade aus in einem gekaperten Zug anrücken, wird die Einwohnerwehr zusammengeschrieben und bewaffnet – auch einige Aktivisten aus der Arbeiterschaft bekommen ein Gewehr in die Hand. Die Pioniere bewachen ihre Kaserne.

Spätabends entlädt das rund 700 Mann starke Freikorps am Unterelbe-Bahnhof in Bostelbek und schwärmt in Heimfeld aus. Hauptmann Berthold stellt seine Forderungen: Er verlangt vom Reichswehr-Pionier-Bataillon entweder Anerkennung der neuen Regierung und Übergang zu den Truppen – oder Kapitulation. Die Verhandlungen verlaufen ergebnislos.

Das Freikorps verschanzt sich in der Schule

In der Schule an der Woellmerstraße schlagen die „Baltikumer“ ihr Nachtlager auf. Bewaffnete Arbeiter und einige Pioniere umstellen das Gebäude, Gewerkschafter nageln überall Plakate an: „Massenstreik!“

Am 15. März steht das öffentliche Leben in Harburg still.

Die Geister, die ich rief...

„Kamerad! Hilf mit gegen Bolschewismus, Polengefahr und Hungersnot. Melde Dich sofort bei der Deutschen Schutz-Division (31. J. D., Abt. Lüttwitz).“ 1919 werben Freikorps mit solchen Plakaten um vom Kriegsausgang frustrierte Soldaten. Einige dieser rund 120 Freiwilligenverbände kämpfen mit Billigung der Regierung und der Alliierten weiter – etwa im Baltikum gegen die Rote Armee.

SPD-Politiker GUSTAV NOSKE

Freikorps-Soldaten mit Maschinengewehren postieren sich an allen wichtigen Kreuzungen und riegeln den Verkehr rund um die Schule ab. Dort gehen um halb neun Uhr morgens die Verhandlungen weiter, diesmal unter Beteiligung von Oberbürgermeister Heinrich Denicke, Gewerkschaftsführern und anderen einflussreichen Harburgern. Hauptmann Berthold macht deutlich, dass er sich mit der Einwohnerwehr nicht anlegen will. Doch lässt er sich auch nicht dazu bewegen, unverrichteter Dinge nach Berlin weiterzufahren.

Die Gewalt eskaliert

Auf einmal fallen Schüsse. Wer zuerst gefeuert hat, ist bis heute ungeklärt – doch ist mit diesem Signal der Kampf entfesselt. Reichswehr und Einwohnerwehr umzingeln die Schule, MG- und Gewehrfeuer werden immer heftiger. Die Sanitätskolonne hat „viel zu tun, um die immer größer werdende Zahl von Verwundeten und Toten fortzuschaffen“, berichtet später das „Harburger Lokalblatt“.

In Hamburg scheitert der Putsch-Versuch

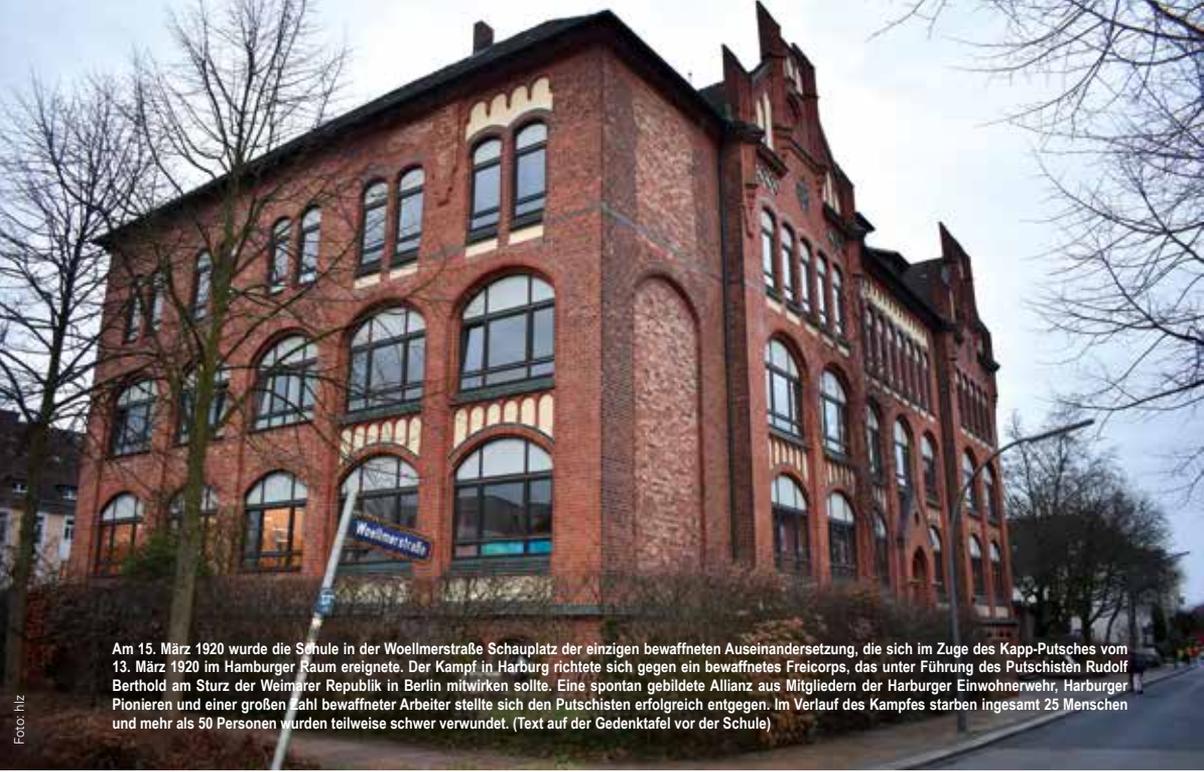
Im Laufe des Nachmittags versuchen die Baltikumtruppen, erneut Verhandlungen aufzu-

nehmen, hängen eine Tafel mit entsprechender Aufschrift und letztlich ein weißes Tuch heraus. Schließlich gehen Parlamentäre der Einwohnerwehr mit weißer Flagge ins Schulgebäude. Unterdessen kommt ein Flugzeug aus Richtung Hamburg. Es kreuzt mehrmals über der Schule und wirft eine Meldung herab: Oberst von Wangenheim hat in Hamburg das Kommando niedergelegt – der Putsch ist dort gescheitert.

Schüsse fallen trotz Kapitulation

Gegen 18 Uhr schweigen die Waffen, Hauptmann Berthold und seine Truppe kapitulieren. Die Einigung lautet: freier Abzug für die „Baltikumer“, wenn sie ihr Kriegsgerät zurücklassen. Die Freikorps-Soldaten treten in Zweierreihen vor die Tür, entwaffnet und ohne Koppel, an der Spitze die Offiziere. Doch sie haben nicht mit der Wut der Menge gerechnet: „Nieder mit den Hunden!“, schallt es. Die Stimmung vor der Schule ist aufs Äußerste gereizt – nicht zuletzt weil das Gerücht umgeht, die Baltikumtruppen hätten ganz Heimfeld geplündert. Mit Hohn und Unflätigkeiten stürzen sich die Belagerer auf die Offiziere, schlagen vier von ihnen mit Gewehrkolben zu Boden.

Plötzlich ist wieder Maschinengewehrfeuer zu hören. Hat die Einwohnerwehr auf die Entwaffneten geschossen? Oder kommen die Schüsse von Mitgliedern des Freikorps, die noch in der Schule verschanzt sind? Auch das bleibt unklar. Fluchtartig stieß die Menschenmenge auseinander, auch einige Freikorps-Soldaten versuchen zu entkommen. Doch Reichswehr und Einwohnerwehr gelingt es trotz des Aufruhrs, die Freikorps-Truppen abzuführen – begleitet von der schimpfenden Menge. Sie setzen die Truppen in den Gastwirtschaften „Sanssouci“ und „Gambrinus“ fest.



Am 15. März 1920 wurde die Schule in der Weollmerstraße Schauplatz der einzigen bewaffneten Auseinandersetzung, die sich im Zuge des Kapp-Putsches vom 13. März 1920 im Hamburger Raum ereignete. Der Kampf in Harburg richtete sich gegen ein bewaffnetes Freicorps, das unter Führung des Putschisten Rudolf Berthold am Sturz der Weimarer Republik in Berlin mitwirken sollte. Eine spontan gebildete Allianz aus Mitgliedern der Harburger Einwohnerwehr, Harburger Pionieren und einer großen Zahl bewaffneter Arbeiter stellte sich den Putschisten erfolgreich entgegen. Im Verlauf des Kampfes starben insgesamt 25 Menschen und mehr als 50 Personen wurden teilweise schwer verwundet. (Text auf der Gedenktafel vor der Schule)

Geschichtsträchtiges Gebäude: die heutige Michael-Schule, früher Schule Weollmerstraße in Heimfeld

Hauptmann wird gelyncht

Hauptmann Berthold aber kann sich aus den Händen der erbosten Heimfelder nicht mehr befreien. Sie schleppen ihn einige Hundert Meter weiter in die Gaststätte „Zur Rennbahn“ und beginnen im Klubzimmer ein Verhör. Draußen sammeln

sich immer mehr Menschen, die schließlich das Zimmer stürmen und den Kriegshelden auf die Straße zerren. Mit einem Gewehrkolbenschlag wird der hoch dekorierte Jagdflieger zu Boden gebracht und weiter misshandelt. Eine kleinkalibrige Pistole, die man ihm bei der Entwaffnung belassen hat, nützt ihm nichts mehr: Die Aufgebrachten nehmen sie ihm ab und richten sie gegen den Hauptmann. Mitglieder der Einwohnerwehr bringen seine Leiche zurück in die Wirtschafft, da die zornige Menge sie sonst zerfleischt hätte.

Der Obduktionsbericht der Staatsanwaltschaft zählt später zwei Kopf- und vier Brustschüsse. Der oder die Mörder Bertholds werden nie gefasst. Sein Grab befindet sich heute auf dem Invalidenfriedhof in Berlin. Neben dem Hauptmann sterben bei den Gefechten mindestens 24 weitere Personen, etwa 50 werden zum Teil schwer verletzt.

Der Vorfall geht als „Harburger Blutsonntag“ in die Ge-

schichte ein – obwohl der 15. März 1920 ein Montag ist. Ein Mysterium ebenso wie etliche Halbwahrheiten und Legenden, die das Geschehen zuhauf umranken. Schon zur Zeit der Weimarer Republik und noch viel mehr im Dritten Reich instrumentalisieren rechte Kräfte die „Lynchjustiz an Hauptmann Berthold“, der „mit seinem ‚Pour le Mérite‘“ erdrosselt worden sei, für propagandistische Zwecke. Die Nazis benennen 1933 die Mittelschule ihrem Heroen zu Ehren in „Bertholdschule“ um und stellen ein Denkmal auf, welches seit dem Zweiten Weltkrieg verschollen ist.

Heute erinnert eine Gedenktafel vor dem Schulgebäude an die Menschen, die sich in Harburg dem ersten Umsturzversuch gegen die junge Demokratie entgegenstellten. Der Kapp-Putsch endete am 17. März 1920 mit der Flucht Kapps nach Schweden.

Der Kapp-Putsch 1920
BRITTA PROBOL
gesendet auf NDR Info

Lob des Fehlers

In der letzten Ausgabe der hlz (12/2019) ist uns bei der Bildunterschrift auf Seite 25 ein Fehler unterlaufen. Wir verlegten den Kapp-Putsch ins Jahr 1921! Beim Entdecken des Fehlers kamen wir drauf, dass es ja wohl zur Aufgabe einer Gewerkschaftszeitung gehört, die 100-jährige Wiederkehr dieses Ereignisses zu würdigen. Dass wir dann noch diesen nun abgedruckten Artikel fanden, der eine Schule in das Geschehen mit einbindet, traf den Nagel auf den Kopf.

DIE REDAKTION

GEW unter 35 goes Conference

Die GEWolution will Gewerkschafter_innen unter 35 ermöglichen, sich bundesweit auszutauschen und zu vernetzen.

Der Titel „Gesellschaft. Macht. Grenzen – Change a failing system!“ der nunmehr 3. Bundesjugendkonferenz der GEW, die vom 29.05. bis 01.06.2020 im Bildungszentrum Erkner bei Berlin stattfindet, ist Programm.

Die Konferenzthemen kreisen um die Fragen: Welche staatlichen, sozialen und institutionellen Grenzen hat Bildung und Bildungsgerechtigkeit? Welche Grenzen wollen wir ziehen

und welche überwinden?

Workshops sind geplant zu Themen wie Bildungsgerechtig-



keit in Schule und Jugendhilfe, Bildung im Kontext von Flucht und Migration, Feminismus &

toxische Männlichkeit, Lehren und Lernen in der digitalen Welt, Mobbing, Inklusion, BAföG und ... vieles mehr! Eingeplant ist auch ein Freiraum für eigene Ideen und Themen und natürlich kommen auch Party, Spaß und Entspannung nicht zu kurz.

Der Teilnahmebeitrag beträgt 50 Euro. Verpflegung, Übernachtung und Fahrtkosten sind in diesem Preis inbegriffen. Programmdetails und Anmeldeinformationen: <https://www.gew.de/veranstaltungen/detailseite/gewolution-2020/>



Die GEW unterstützt die von TV Stud Hamburg und der Mittelbau Initiative Hamburg initiierte Kampagne und ruft zur Unterstützung auf!

Der gesamte Aufruf findet sich unter: <https://www.gew-hamburg.de/themen/hochschule-und-forschung/hamburg-stadt-der-prekaeren-wissenschaft>



Foto: Reinhard Schwandt

Der BERTINI-Preis wird seit 1999 alljährlich am 27. Januar verliehen, dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, dem Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee.

Jedes Jahr stehen am 27. Januar junge Menschen im Mittelpunkt, die Spuren vergangenen Unrechts nachgegangen sind, die sich eingesetzt haben für ein gleichberechtigtes Miteinander oder die, ungeachtet der persönlichen Folgen, couragiert eingegriffen haben, um Unrecht, Ausgrenzung und Gewalt von Menschen gegen Menschen zu verhindern.

Die GEW ist zusammen mit vielen Hamburger Einrichtungen und Privatpersonen Förderin des BERTINI-Preises und in der Jury vertreten.

22 engagierte Projekte wurden in mehreren Juryrunden mit zusätzlicher Recherche gesichtet, bewertet, diskutiert und als Vorschlag in die große Endjury eingebracht. Dieses war ein intensiver und sehr engagierter Prozess, der die verschiedenen Sichtweisen der Beteiligten deutlich machte und dann zu einem sehr einvernehmlichen Ergebnis führte.

Die Preisverleihung im Ernst-Deutsch-Theater war ein würdiger Rahmen. Isabella Vertès-Schütter stellte in der Be-

grüßungsrede den Zusammenhang zur aktuellen politischen Situation und dem Anliegen des BERTINI-Preises in den Mittelpunkt. Auch der 1. Bürgermeister Peter Tschentscher und Bischöfin Kirsten Fehrs, in ihrer Funktion als Vorsitzende des interreligiösen Forums, sprachen den jungen Teilnehmer_innen die Anerkennung für ihr Engagement aus.

Die Preisträger_innen:
Theaterstück „Wir wären alle nicht hier“ (Schüler_innen der Ida-Ehre-Schule)

Gegen das Vergessen: Frauen

im KZ-Außenlager Neuengamme (Schüler_innen des Gymnasiums Süderelbe)

„Euthanasie“-Musical erinnert an ermordete behinderte Kinder im Kinderkrankenhaus Rothenburgsort (Schüler_innen der Stadtteilschule Bergedorf)

Theaterstück „Halimahs Erwachen – Lieber tot als ehrenlos“ (Schüler_innen des Helmut-Schmidt-Gymnasiums in Wilhelmsburg)

JUTTA MARTENS-HINZELIN,
CHRISTEL SOHNS,
Ruheständler_innen und
Mitglieder der Jury



UNTER 18 NIE!

KEINE MINDERJÄHRIGEN IN DER BUNDESWEHR

„Krieg um die Köpfe“

Warum und wie wirbt die Bundeswehr an Schulen und Unis
und wie können wir dagegen vorgehen?

Montag, 24. Februar 2020, 18 Uhr in der GEW, Raum A
Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg









Gesundheitsschutz an Schulen verankern

Die Arbeit als Pädagog_in an der Schule ist gesundheitlich belastend, nicht nur, weil die Schule so fordernd ist, sondern weil wir selbst auch viele Dinge tun, die für uns nicht gut sind. Sich hier selbst abzugrenzen, fällt uns oft nicht leicht. Wie können wir Gesundheitsschutz an Schulen stärken? Dazu führen wir zunächst ein zweitägiges Seminar durch und bei Bedarf einige Folgetreffen nach einiger Zeit. Wir tauschen uns aus und tragen Beispiele zusammen, wie mehr Maßnahmen zum Gesundheitsschutz ergriffen wurden. Schließlich erarbeiten wir konkrete Strategien für bessere und langfristigen Gesundheitsschutz für die eigene Schule. Es können gern mehrere Kolleg_innen von einer Schule teilnehmen.

Fr. 17.4.2020, 18 Uhr
So. 19.4.2020, 12 Uhr
Brodten/Travemünde,
Theodor-Schwartz-Haus
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: 40 € inklusive
Verpflegung/ Unterkunf
(Ermäßigt: 20 €)

Was darf ich, was muss ich? Schulrecht im Schulalltag

Durchsetzungsfähigkeit in der Schule setzt voraus, dass wir

Anmeldung

Über die GEW-Website: www.gew-hamburg.de/seminare. Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose. Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

über Kenntnisse der Rechtslage verfügen. Welche Rechte, Rollen und Aufgaben habe ich als Lehrkraft an der Schule?

In diesem Seminar werden wir die wichtigsten Regelungen des Schulrechts behandeln und Handlungsstrategien entwickeln, wie wir diese Rechte in konkreten Situationen erfolgreich einfordern können. Dieses Seminar bietet so in kompakter Form Informationen und Austausch zu wichtigen Themen des Berufsbeginns.

*Samstag 18.4.2020, 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Yvonne Heimbüchel
Kostenlos für GEW-Mitglieder
inklusive Verpflegung
(Nicht-Mitglieder: 20 €)*

100 Jahre Männlichkeitskonstruktion – Biografie/ Lebenslauf und Generationen/Geschichte

Ein Lern-Partizipationsprojekt zur Männlichkeitskonstruktion im 20./21. Jahrhundert: Wie hat sich das Bild des „Mann-Sein“ im Laufe der letzten 100 Jahre verändert? Was bedeutet das für Männer und Frauen? Wie gehen wir damit um?

*Mittwoch 22.4.2020, 16-20 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Prof. em. Dr. Harry Friebe
Kostenlos für GEW-Mitglieder
(Nicht-Mitglieder: 10 €)*

Teamarbeit und gelingende Kommunikation

Die Zusammenarbeit in Kita / Kindergarten stellt das Mitarbeiter_innen-Team vor vielfältige Herausforderungen. Eine gute Team-Atmosphäre ist eine ent-

scheidende Voraussetzung für die Qualität der Arbeit und die Zufriedenheit und Gesundheit der Kolleg_innen. In diesem Workshop befassen wir uns mit grundlegenden systemischen Kriterien für eine gute Teamarbeit und wir lernen anhand eigener Beispiele in Theorie und Praxis teamfördernde Maßnahmen kennen.

*Montag, 24.4.2020,
9.30-16.30 Uhr
Neumünster, Altes Stahlwerk
www.altes-stahlwerk.com
Leitung: Stephan Rehberg
Kostenanteil: 5 € inklusive
Verpflegung (Nicht-Mitglieder:
40 €)*

Gitarrenkurs: Lieder der Arbeiterbewegung

Gemeinsam erarbeiten wir uns das bekannte italienische Partisanenlied „Bella Ciao“ (in deutscher Sprache). Vermittelt werden die Grundkenntnisse sowie die ersten leichten Akkordgriffe. Zudem informieren die beiden Dozenten in unterhaltsamer und humorvoller Weise über die Geschichte der Lieder der Arbeiterbewegung. Der Kurs befähigt die Teilnehmer_innen schließlich, die erworbenen Kenntnisse auch auf andere Lieder zu übertragen, daher auch besonders für Pädagogen_innen geeignet. Für Anfänger_innen und Fortgeschrittene.

*Samstag 25.4.2020, 10-17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Peter Gutzeit,
Michael Kühl
Kostenanteil: 10 € inklusive
Verpflegung (Nicht-Mitglieder:
40 €)*

Nicht wegducken

Eine Debatte, um die inhaltliche Besetzung des Begriffs Kulturelle Identität, die uns vor dem Hintergrund des Erstarkens der neu-rechten Bewegung unumgänglich erscheint

Wir dokumentieren an dieser Stelle den Schriftwechsel mit zwei Lesern (mit deren Einverständnis), die sich nach Lektüre des Beitrags ‚Wie gefährlich ist die AfD?‘ (hlz 12/2019, S. 48-52) an den Autor gewandt haben sowie einen weiteren Leserbrief zum Thema. Wir haben in der Redaktion mehrfach über das Thema diskutiert und sind zu dem Schluss gekommen, nicht zuletzt deshalb diesen Weg der Veröffentlichung zu wählen, weil wir uns damit eine Debatte erhoffen, die der Bedeutung dieses Themas Rechnung trägt.

Hallo Jochen,

bei erster Lektüre Deines langen Aufsatzes in der HLZ habe ich zu verstehen versucht, ob Dir ureigenst und gefühlsmäßig eine deutsche Prägung Deiner kulturellen Identität besonders wichtig ist (z.B. in Abgrenzung zu einer britischen oder einer französischen resp. irgendeiner anderen europäischen Prägung) oder ob Du sagen willst, dass Du Deine ca. 70 Jahre andauernde deutsche Prägung/Identität wohl oder übel als gegeben hinnimmst, ohne dass dies Dir besonders wichtig wäre. (Es könnte ja auch sein, dass eine deutsche Prägung es mit sich bringt, dass einem was fehlt, was andere haben.)

Kannst Du mich wissen lassen, was in Deinem Innern vorgeht, wenn Du von Deiner deutschen Identität/Prägung sprichst?

(Mir selbst ist ein positiver gefühlsmäßiger Bezug zu einer deutschen Identität/Prägung fremd.)

Gruß HUBERTUS (ROMAHN)

Moin Hubertus,

zunächst einmal ist mir natürlich bewusst, dass ich mit meinen Auslassungen etwas in Gang setze, was bestenfalls die von dir gestellte Frage provoziert. Nee, stolz oder ein gutes Gefühl verbinde ich nicht mit dem, was ich unter kultureller Identität deutscher Prägung verstehe. Aber ich kann sie nicht negieren. Sie ist da, ob ich will oder nicht. Und selbst aus einer Kritik an ihr erwächst etwas, was ich unter diesem Begriff subsumieren muss. Ich kann eben nicht sagen: ‚Die Scham ist vorbei!‘ Ich muss mich ihr stellen. Muss Wege finden, mit ihr umzugehen.

Unsere Generation ist ja nicht unwesentlich geprägt vom kritischen Umgang mit dieser kulturellen Identität deutscher Prägung. Und das ist gut so! Das, was sich hieraus wiederum ergeben hat, ist doch das, was uns ausmacht. Das habe ich versucht zu beschreiben: Dass wir im Fluss der Veränderung auf jenen emanzipatorischen Geist zurückgreifen müssen, der die deutsche Geschichte geprägt hat, ohne dabei die Verbrechen zu vergessen oder klein reden zu wollen, die aus diesem deutschen Geist heraus verübt wurden.

Mich ausschließlich als Internationalist zu begreifen, hielte ich für verkürzt. Natürlich trennt mich von einem deutschen Reaktionär mehr als von einem italienischen, französischen, englischen oder aus welchem Land auch immer stammenden fortschrittlichen Menschen. Dies schließt doch aber die Berücksichtigung der besonderen Charaktere nationaler Prägung nicht aus. Nur so lässt sich das jeweilige aktuelle politische Geschehen begreifen. Ich kann doch, um es einmal zuzuspitzen, den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht begreifen, ohne die tief in der Geschichte wurzelnde jeweilige kulturelle Identität, die hier ja noch in Symbiose mit einer ethnischen auftritt, mit einzubeziehen.

Was ich in meinem Artikel versucht habe deutlich zu machen, ist aus meiner Sicht die Gefahr, den Begriff der kulturellen Identität den Rechten zu überlassen. Darüber lässt sich – wie man sieht – streiten: Hoffen wir mal, dass das Ganze eine Debatte auslöst, in die sich noch mehr einbringen.

Grüße JOCHEN

Hallo Jochen,

deiner Begriffskombination möchte ich ‚Zivilisatorische Kompetenz‘ gegenüber stellen. Die kommt auch ohne nationale Prägung(en) aus.

Gruß HUBERTUS

Moin Hubertus,

na ja – ‚zivilisatorische Kompetenz‘ – ob das die Lösung ist? Immerhin hat die über Jahrhunderte stattfindende christliche Missionierung mit der Botschaft, den ‚Wilden‘ Zivilisation beizubringen, nicht gerade dazu beigetragen, Humanität zur beherrschende Handlungsmaxime werden zu lassen. Es zeigt sich hieran, wie schwierig es ist, unbe-

lastete Begriffe zu verwenden. Ich würde den Begriff bestenfalls ergänzend zur kulturellen Identität sehen. Je allgemeiner ein Begriff, desto weniger randscharf bildet er Realität ab. Die Beschreibung der Wirklichkeit verlangt dann eben mehr. Dies verdichtet sich für mich mit der Begrifflichkeit der kulturellen Identität, die die Besonderheiten des geschichtlichen Bezugs (deshalb: deutscher Prägung) mit einschließt. Diesen allein in der zivilisatorischen Kompetenz ausmachen zu wollen, wäre ein Schlag in das Gesicht all derjenigen Menschen, die im Namen der Zivilisation unterjocht wurden und immer noch werden.

JOCHEN

Betreff: hlz 12/2019 S.49ff

Moin, lieber Herr Geffers

Deutsche kulturelle Identität, was soll das sein? Identität ergibt sich weniger aus der Nationalität als aus der individuellen Sozialisation, die sich leider wesentlich aus der sozialen Herkunft ableitet. Was etwa dem klassischen Bildungsbürger bedeutsam erscheint – Sprachfähigkeit, Literatur, Kunst, Theater, klassische Musik, Geschichtsbewusstsein? –, ist für breitere Schichten oft wenig interessant und prägend. Wie also soll denn eine deutsche Gemeinsamkeit aussehen? Wer will schon in erster Linie als Deutscher identifiziert werden, schlimmstenfalls als Abgrenzung zu Nicht-Deutschen?

Max Czollek hat in seinem Buch „Desintegriert Euch“ deutlich gemacht, wie andere Kulturen oder Minderheiten vom deutschen Mainstream beurteilt und eingenordet und befragt werden – „Rollen im Gedächtnis-Theater“. Mitglieder dieser Gruppen sind einem dominanten Erwartungsdruck ausgeliefert und müssen für diese Gruppen erhalten – egal wo sie als Individuen wirklich stehen. Muß ich mich im Gegenzug als Deutscher rechtfertigen für jeden Scheiß, der hier passiert oder auch nur gedacht wird?

PAUL KORF

Max Czollek ist dreißig, jüdisch und wütend. Denn hierzulande herrschen seltsame Regeln: Ein guter Migrant ist, wer aufgeklärt über Frauenunterdrückung, Islamismus und Demokratiefähigkeit spricht. Ein guter Jude, wer stets zu Antisemitismus, Holocaust und Israel Auskunft gibt. Dieses Integrationstheater stabilisiert das Bild einer geläuterten Gesellschaft – während eine völkische Partei immer größere Erfolge feiert. Max Czolleks Streitschrift entwirft eine Strategie, das Theater zu beenden: Desintegration. »Desintegriert euch!« ist ein Schlachtruf der neuen jüdischen Szene und zugleich eine Attacke gegen die Vision einer allein seligmachenden Leitkultur. Dieses furios streitbare Buch ist die Polemik der Stunde. (Aus dem Klappentext)

Hanser München 2018, jetzt neu als Taschenbuch btb
2020, 206 S. ISBN 978-3-442-71914-3; 10 Euro



Moin, Herr Korf

Das Buch von Czollek ist sehr spannend. Er beschreibt das Ganze ja aus seiner jüdischen Identität heraus. Er hat es also leicht an dieser Stelle. Das Vertrackte ist ja, wie man mit so einem Urbedürfnis nach Gemeinschaft umgeht. Der Ausweg ins Weltbürgertum entließe einen dialektischen Gegenspieler. Vor allem aber leugnete eine solche Sichtweise jedwede geschichtliche Dimension als konstitutiv für unser Bewusstsein.

Damit ist sicherlich nichts abschließend gesagt.

Viele Grüße JOACHIM GEFFERS

Kulturelle Identität via Sprache

Mit dieser Beschreibung liegt Joachim Geffers ja nahe bei dem von mir entwickelten Begriff „Kollektive Identität via Mythen“ (Die vaterlosen 68er und ihr Erbe, Identitätsfindung bei Nachkommen der NS-Generation, Heidelberg 2003). Dieser rekurriert auf sprachliche Bilder durch Mythen, die zwar auch im weitesten Sinne unter dem Diskurs Sprache zu fassen sind, aber eben doch eher in der Abbildung von Wirklichkeit einem tiefenpsychologisch/archteypischen Konzept nach Freud/Jung folgen. Bei der Fokussierung auf Sprache greift dagegen eher der historisch/kulturelle Ansatz, der mehr die linguistisch/kontextuelle Konnotation der Rede des/der realen Sprecher_in/Hörer_in in den Mittelpunkt stellt. Beiden Ansätzen ist gemein, dass sie die manipulativen verborgenen Botschaften der Propagandareden und -texte dem/der Leser_in ins Bewusstsein heben wollen. Dabei dürfte es bedeutsam sein, welche Wirkmacht Sprache qua Bild und/oder qua linguistisch/kontextueller Deutung entfaltet und widerspiegeln kann.

FELIX OTTO HANE BUTT

Aus aktuellem Anlass

Die Redaktion hat trotz Platzmangels sich für den Abdruck dieses Beitrages entschieden, weil wir dies im Zusammenhang mit der aus mancher Sicht meinungseinschränkenden „political correctness“ für einen wichtigen Beitrag zur Diskussion halten. Die aktuellen Auseinandersetzungen um die ‚Judenau‘ an der Wittenberger Schlosskirche (sowie an anderen Kirchen in Deutschland), die Debatte um das N-Wort in Literatur und insbesondere in Kinderbüchern und nicht zuletzt der Umgang mit kriegsverherrlichenden Denkmälern (Kriegsklotz am Dammtor mit der Inschrift: „Deutschland muss leben, auch wenn wir sterben müssen“) sowie die ganz aktuelle Volksabstimmung in der Schweiz, in der es um ein Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ging (62 Prozent dafür), sollten Stoff genug sein, die Debatte auch in unserer Zeitschrift zu führen.

DIE REDAKTION

Über das inkriminierte „N-Wort“

Darf man/frau das noch sagen?

Ein Marx´ Zitat (siehe Kasten) zur Kennzeichnung des Schlussteils von „Rassismus historisch“ nämlich des Artikels „Stammischkämpfer_in werden“ (hlz 12/2019) wurde von der Redaktion gecancelt, weil – so die Begründung – das Zitat aus dem Jahre 1859 zwei Mal das „N-Wort“ verwendet. Dieses Wort wird als eine nicht hinzunehmende sprachliche, rassistische Diskriminierung eingeordnet. Marx sah in dem Text ein instruktives Beispiel eines Plädo-

yers für Sklaverei. Dazu einige Anmerkungen.

Der inhaltliche Bezug bei Marx

Es handelt sich dabei um die Kennzeichnung des Produktionsverhältnisses der Sklaverei, in der Marx eine Verbindung zum/r modernen Arbeiter_in unter kapitalistischen Produktionsbedingungen herstellt. So schreibt er: „Nun muss auch der Lohnarbeiter wie der Sklave einen Herrn haben“, damit er arbeitet, muss

er „gezwungen“ werden, „seinen eignen Arbeitslohn zu produzieren und obendrein den Aufsichtslohn, eine Kompensation für die Arbeit der Herrschaft und Oberaufsicht über ihn.“ Er stellt hier eine Identität zwischen dem „freien Lohnarbeiter“ und dem „Sklaven“ fest.

Bedeutung des N-Wortes und sein Wandel

Es „hatte früher die Bedeutung ‚Schwarzer‘, [das] gilt heute als diskriminierende Bezeichnung.“ Das „N-Wort“ „(von französisch nègre, lateinisch niger, spanisch negro für ‚schwarz‘) ist ein im 17. Jahrhundert in die deutsche Sprache eingeführter Begriff“ (Wikipedia), steht für dunkle Hautfarbe. Im geschichtlichen Verlauf des Sprachgebrauchs wurde die englische Bezeichnung „nigger“ verboten, da es als Sklavenwort eingeordnet wurde. „Colored People“ löste es ab. Bis auch darin ein verborgener Rassismus entdeckt wurde und nun „Blacks“ aus dem angelsächsischen, deutsch „Schwarze“, als sprachlich korrekt anerkannt wurde. Mittlerweile ist der Begriff auch wieder aus dem Verkehr gezogen. Damit ist eine heillose Konfusion losgetreten. Was

Rassismus historisch

„Die Natur selbst hat den [N-Wort] zu dieser Knechtschaftslage bestimmt. Er hat die Stärke und ist kräftig zur Arbeit; aber die Natur, die ihm diese Stärke gab, verweigerte ihm sowohl den Verstand zum Regieren, wie den Willen zur Arbeit.' (Beifall) 'Beide sind ihm verweigert! Und dieselbe Natur, die ihm den Willen zur Arbeit vorenthielt, gab ihm einen Herren, diesen Willen zu erzwingen und ihn in dem Klima, wofür er geschaffen, zu einem nützlichen Diener zu machen, sowohl für sich selbst, wie für den Herren, der ihn regiert. Ich behaupte, dass es keine Ungerechtigkeit ist, den [N-Wort] in der Lage zu lassen, worin die Natur ihn gestellt hat; ihm einen Herrn zu geben, der ihn regiert; und man beraubt ihn keines seiner Rechte, wenn man ihn zwingt, dafür auch wieder zu arbeiten und seinem Herrn eine gerechte Entschädigung zu liefern für die Arbeit hier und Talente, die er anwendet, um ihn zu regieren und ihn für sich selbst und die Gesellschaft nützlich zu machen.“ (Karl Marx zitiert hier die *New York Daily Tribune* vor fast genau 160 Jahren.)

ist nun die korrekte Bezeichnung anstatt des „N-Worts“? Dazu urteilte das OLG Brandenburg 2018: „Das Wort kann zitierend oder ironisch verwendet werden, oder es kann benutzt werden, um über das Wort, seine Verwendung und seine Verwendbarkeit zu sprechen.“ (Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern, 19.12.19)

Korrekte Sprache für unkorrekte Verhältnisse

Die Differenz ist nicht auf das „N-Wort“ zurückzuführen, sondern auf die soziale und politische Lage der nach Rassen unterschiedenen Bevölkerungsgruppen. Wird das Wort die „Weißen“ benutzt, kennzeichnet das die Oberschicht. Menschen mit schwarzer Hautfarbe sind ihrer ökonomischen Stellung nach einstige Sklaven oder arme Immigranten, in Amerika und allen Gesellschaften mit kapitalistischer Ökonomie stellen sie mehrheitlich die Unterschicht dar. Die meisten von ihnen leben in Afrika, der gesamte Kontinent gilt als Elendsregion des globalisierten Kapitalismus. Verantwortlich für ihren miesen Status sind die durchgesetzte Weltordnung und das rassistische, politische Urteil, das ihnen dieses Ärgernis noch zusätzlich als Mangel zuschreibt.

Hinlänglich bekannt aus dem bürgerlichen Leben sind die Misserfolge in der Konkurrenz um Arbeitsplätze oder Schulabschlüsse. Sie werden dem Individuum angelastet, dem mangelt es an Arbeitseifer, Begabung oder gar Intelligenz. Konkurrenz geht grundsätzlich von fehlenden Arbeitsplätzen (dazu gut und schlecht dotiert) aus, Gewinner innen und Verlierer innen werden notwendig produziert. Dazu gesellt sich, dass die jämmerliche soziale Stellung die schlechte Meinung über diesen Personenkreis rechtfertigt, sie werden verachtet. Ursprünglich galten Namen für Rassen, Stän-



Die Lesart heute kann auch sein: Wie konnte eine sich auf christliche Werte berufende Gesellschaft derart menschenfeindliche Botschaften in die Welt setzen?

de und soziale Charaktere als neutrale Bezeichnungen für die Menschen, die bei der Scheidung nach Klassen und Nationen die unteren Ränge bekleideten. Heute werden sie zu respektlosen, verächtlichen Wörtern.

Political correctness

Seit einigen Jahrzehnten ist das Verlangen nach korrekter Sprache aus der Protestkultur der USA in die Sphäre der Politik übergeschwappt. Die politische Elite legt im Namen der Political correctness seitdem viel Wert auf einwandfreie Wortwahl. Einmal deutlich klargestellt: die Verbesserung der Sprachgebräuche ist nicht dazu geeignet, die wirkliche Lage – der nun respektvoll Bezeichneten – zu ändern. Die

Politik und die Unternehmerschaft bestehen darauf, Untergebenen – also sozial schlechter gestellten Menschen – nicht mit herabsetzenden Worten zu begegnen. Die Profiteure dieser sozialen Unterordnung geben sich nun als Anwälte derer, die sie in diese schäbige Rolle hineinmanövriert haben. Es ist die eigentümliche moralische Weise, den Geschädigten mit Anerkennung und Respekt gegenüberzutreten, obwohl sich an ihrer Situation nichts ändert. Dem wäre entgegenzuhalten: Entfällt die Ursache, die soziale Not, entfällt auch die Wirkung, die rassistische Verunglimpfung!

F. BERNHARDT, im Ruhestand

Antifa geht uns alle an

Jahresbericht 2019 der Betriebsgruppe

Wer in den Ruhestand eintritt, denkt meistens nicht sofort daran, in „seiner“ gewerkschaftlichen Interessenvertretung, der „Betriebsgruppe der Ruheständlerinnen und Ruheständler“ (BGRR), die jahrelang praktizierte Solidarität fortzusetzen. Erfreulicherweise bleiben die meisten nach ihrem „Ausscheiden aus dem Dienst“ in der GEW und stärken damit „ihre“ Gewerkschaft¹ bzw. die Durchsetzungsfähigkeit unserer Forderungen.

Der „Jahresbericht“ in der HLZ soll alle Mitglieder der Betriebsgruppe informieren und möchte damit – besonders auch die erst kürzlich in den Ruhestand Getretenen – zur aktiven Mitarbeit anregen. Denn es werden wichtige Veranstaltungen zu aktuellen Themen, die vorher lebhaft diskutiert werden, vorbereitet und durch im GEW-Vorstand beschlossene Anträge umgesetzt. Diese Arbeit lohnt sich und macht sogar häufig Spaß.

Struktur

Alle GEW-Mitglieder im Ruhestand sind der BGRR zugeordnet. Sie wählen alle zwei Jahre zur Vertretung ihrer Interessen per Briefwahl einen Vorstand für ihre BGRR – er besteht aus 12 Personen – und die Vertreter_innen für den Gewerkschaftstag. Das wird im Frühjahr 2021 wieder der Fall sein. Diskussionen und Planungen der Aktivitäten der BGRR finden immer, wenn keine Ferien sind, in den für alle Mitglieder offenen „Vorstandssitzungen“ am 1. Mittwoch jedes Monats um 10:15 Uhr im Raum AB in der GEW statt.

¹ Mit Stand vom 31.12.2019 sind dies immerhin 1.967 Kolleg_innen.

Geleitet werden diese von einem „Leitungsteam“. Ihm gehören derzeit Marianne Hansen und Christel Sohns an. Meistens nehmen gut 20 Kolleg_innen an den Sitzungen teil. Neben der Vertretung der besonderen Interessen der Ruheständler_innen und der Mitwirkung in den Gremien der GEW / des DGB verstehen wir uns als „Anlaufstelle“ und bieten vielfältige Informationen und Veranstaltungen in und mit der GEW an, die von allgemeinem Interesse sind und „neu-alte“ Mitglieder zur Mitarbeit anregen können. Außerdem entsenden wir auch Vertreter_innen in die Bezirkssenior_innenvertretungen der Freien und Hansestadt Hamburg, wodurch wir Informationen über Themen erhalten, die dort diskutiert werden.

Um durch Protokolle über unsere Arbeit und zukünftige Termine auf dem Laufenden gehalten zu werden, empfiehlt sich auch ein gelegentlicher Blick auf unsere Seite in der Homepage der GEW. (www.gew-hamburg.de/mitmachen/personengruppen/bg-ruhestaendlerinnen)

Vorstandsarbeit

Im vergangenen Jahr haben die oft spannenden, durchaus kontroversen inhaltlichen Diskussionen erneut ein breites gewerkschaftliches, politisches und soziales Spektrum abgedeckt. Einige Diskussionen führten zur Planung und Durchführung aktueller und gut besuchter Veranstaltungen, immer in Kooperation mit dem Landesvorstand; sie wurden meistens anschließend in der HLZ dokumentiert.

Alle Vorstandsmitglieder haben unterschiedliche Aufgaben übernommen und infolgedessen

auch zu berichten.

Intensiv werden in unserem Kreis regelmäßig Fragen des Rechts-radikalismus-populismus, z. B. die Initiativen der AfD gegenüber Stadtteilschulen wie Ida-Ehre oder Max-Brauer oder die beunruhigenden Ergebnisse der Landtagswahlen in den neuen Bundesländern, diskutiert. Deshalb haben wir dieses brisante Thema, zu dem auch die Bundes-GEW Anfang November eine zentrale Veranstaltung durchgeführt hatte, an der mehrere Vertreter_innen von uns teilnahmen, zum Schwerpunkt der diesjährigen Mitgliederversammlung gewählt.

Veranstaltungen

Die meistens im Frühjahr stattfindenden Mitgliederversammlungen haben nicht nur eine formale Bedeutung (Rechenschaftsbericht, Wahlen...). Sie werden von uns traditionell zur Diskussion eines relevanten gewerkschaftspolitischen Themas genutzt. Im Januar `19 hatten wir das Thema „Pflegesituation“ gewählt, das inhaltlich kompetent und ausführlich von der Ver.di-Kollegin Hilke Stein und unserem GEW-Kollegen Gerhard Brauer vorgestellt und im Anschluss von einer zahlreichen Zuhörerschaft lebhaft diskutiert wurde. Weiterhin sind Mitglieder an übergeordneten Arbeitsgruppen beteiligt, die sich mit Veränderungen bei der Beihilfe (dazu nächste Woche, am 11.2.2020, eine Veranstaltung hier in der GEW im Raum ABC) befassen oder die zum Gedenken an die „99er Strafsoldaten“ aufrufen, für die, nicht zuletzt auch auf Grund unserer Initiative, eine Gedenktafel im Lohsepark ange-

bracht wurde. Auch darüber wurde in der HLZ berichtet. In dem Bündnis „Gute Inklusion“ und in der GEW-Stiftung „Fair Childhood“ leisten Mitglieder unserer BGRR wertvolle und zeitintensive Arbeit.

Die gut besuchte und wichtige Veranstaltung „Schule im Neoliberalismus“ mit dem kompetenten Referenten Andreas Hellgermann (siehe auch HLZ9-10, S.61 und 11/2019, S. 15, 12/2019, S. 28) wurde durch die gute Vorarbeit eines unserer Kollegen durchgeführt.

Ein wunderbarer, jährlich wiederkehrender Klassiker ist die „Ehrenfeier“ für die Mitglieder, die 50 Jahre in der GEW oder 80 Jahre alt geworden sind. Über die Ehrung, vor allem aber über den regen Austausch bei Kaffee und Kuchen, 2019 zum 1. Mal moderiert und gestaltet von unseren Mitgliedern Jutta Martens und Holger Radtke unter Mitwirkung des Duos „Poesie&Piano“, freuen sich nicht nur die geehrten, sondern alle teilnehmenden Kolleg_innen.(siehe auch HLZ 11/2019, S. 60)

Ausblick

Der Start ins neue Jahr ist bereits vollzogen. Manche der gewerkschaftlichen und politischen Themen des letzten Jahres werden uns als „Dauerbrenner“ weiterhin beschäftigen, manche (Rechtsradikalismus, Renten, Beihilfe) werden uns neu herausfordern. Dazu gehören beispielsweise auch die aktuellen Fragen zum Thema Datenschutz oder die bevorstehenden Bürger-schaftswahlen. Eine Veranstaltung zu den unseligen „Unvereinbarkeitsbeschlüssen“ ist auf Grund einer Initiative aus unserer Mitte in Vorbereitung.

Der Schwerpunkt der nächsten Monate wird aber zunächst die Überlegung sein, ob es uns gelingt, einen weiteren interessanten „Senior_innentag“ vorzubereiten, um ihn im Oktober 2020 durchzuführen. „75 Jahre

Kriegsende“ scheint uns ein wichtiger Anlass für die Gestaltung eines besonderen Tages zu sein. Inhaltlich sollte er aber auch der Zukunft zugewandt sein und sich nicht nur z.B. mit den Kriegsfolgen befassen. Um aber diese Aufgabe zu stemmen, braucht es weitere Ruheständler_innen aus dem reichlichen Pool aller Ruheständler_innen der GEW als Mitstreiter_innen, da die Mitglieder der BGRR die Arbeit nicht alleine bewältigen können. Wir hoffen, dass sich

dazu noch Einige, vielleicht auch nur punktuell für dieses eine Projekt, zur Mitarbeit entschließen können und damit helfen, diesen Tag zu realisieren.

Vor allem würden wir uns freuen, wenn „junge“ Ruheständler_innen sich für eine Mitarbeit in unserem Kreis interessieren und demnächst mal bei einer unserer Sitzungen vorbeischaun.

Verantwortlich: Euer Leitungsteam
MARIANNE HANSEN und
CHRISTEL SOHNS



Für die Ruheständler_innen der GEW Hamburg planen wir eine lockere Folge von Kulturveranstaltungen und Wanderungen als **GEW-Senior_innen-Treff**.

Den Auftakt macht ein Ausstellungsbesuch mit Führung in der Kunsthalle Hamburg

Sonderausstellung „Goya, Fragonard, Tiepolo. Die Freiheit der Malerei“

Wenn du anschließend noch mit ins Café/Restaurant Cube kommen möchtest, gib das bitte bei der Anmeldung an.

Treffpunkt: Mittwoch, 18.3.2020 um 11 Uhr im Foyer der Kunsthalle

Die Gebühr für die Führung übernimmt die GEW, Eintritt (14 €) und Verzehr werden individuell abgerechnet.

Die Teilnehmer_innenzahl ist auf 20 begrenzt, ab 10 Leuten gibt es eine Gruppenermäßigung, Bargeld bitte bereithalten.

Anmeldung bis 27.2. über das GEW-Büro: info@gew-hamburg.de

Ich freue mich auf Euch!
MARIANNE HANSEN

Heinrich Geffert – „Ein friedfertiger Mensch, dem jeder Machtwille fehlt“ (Teil 1)

Werdegang des ersten HLZ-Schriftleiters nach der Gleichschaltung der 'Gesellschaft der Freunde', dem Vorläufer der GEW-Hamburg

Foto: hlz



Heinrich Geffert

Heinrich Geffert nahm 1933 eine wichtige Vermittlungsfunktion wahr; als die reformpädagogische Volksschullehrer-Gewerkschaft, die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens in Hamburg“, gleichgeschaltet und mit all ihren Werten und Einrichtungen vom Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) geschluckt werden sollte. Geffert war zusammen mit dem zukünftigen starken Mann im Hamburger NSLB, Willi Schulz, im selben Lehrerseminar ausgebildet worden. Er vermittelte ein Gespräch zwischen Schulz und dem seinerzeitigen Vorsitzenden der „Gesellschaft“ und wurde selbst nach der am 27.4. beschlossenen Gleichschaltung bis Ende des Jahres 1933 Schriftleiter der Hamburger Lehrerzeitung (HLZ). Geffert war in der Lehrerbildung tätig, bekam eine Professur und leitete eine Leh-

rerbildungsanstalt.

Heinrich Geffert wurde am 19.5.1887 als Sohn des Häuslers Johann Heinrich Geffert und seiner Ehefrau Dorothee in Himbergen, in der heutigen Görhde, geboren. Als Häusler bezeichnete man früher Kleinstbauern mit eigenem Haus, aber nur wenig Grundbesitz. Er besuchte die dortige Volksschule, wechselte mit 14 Jahren in die Präparandenanstalt Lüneburg und 1904 auf das königliche Lehrerseminar zu Lüneburg, das er am 15.6.1907 mit der ersten Lehrprüfung verließ.

Der gleichaltrige Willi Schulz, in Bergen, Kreis Lüchow, geboren, war von der Präparandenanstalt bis zur Prüfung im Lehrerseminar in Lüneburg mit Geffert befreundet. Das sollte später für die Hamburger Bildungsgeschichte noch relevant werden.

Nach der ersten Lehrprüfung 1907 meldete sich Heinrich Geffert, um die Ausbildung als Einjährig-Freiwilliger im Füsilier-Regiment 73 in Hannover zu absolvieren. Danach arbeitete er

ein halbes Jahr an einer preußischen Landschule und trat 1909 in den Hamburger Volksschullehrerdienst ein. An der Schule Borsteler Chaussee 127/129 machte er seine zweite Lehrprüfung, um dann ab 1.3.1909 als Hilfslehrer beschäftigt zu werden. Seit dem 1.10.1911 war er fest angestellter Volksschullehrer in Hamburg. 1919 wechselte er an die von Carl Götte geleitete Versuchsschule Telemannstraße und später an die Mädchenschule Kielortallee 20, an der er bis 1926 tätig war.

Unterbrochen wurde dies durch den Kriegsdienst von September 1914 bis November 1918, bei dem er nach eigenen Angaben „vor allem an den Kämpfen in Flandern teilnahm“.

In seinem Lebenslauf wies Heinrich Geffert darauf hin, dass er „mehrere Jahre als freiwilliger Mitarbeiter in der Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg-Borstel tätig“ gewesen sei und dort „eine Auswahl aus den Schriften Alfons Paquets herausgegeben“ habe. Paquet (1881-

hlz-Dossier: Geschichte der hlz

Wieder verfügbar im Internet: gesammelte Beiträge über Entstehung und Geschichte der hlz seit 1922, darunter mehrere Artikel und Dokumente über die hlz vor und nach der Gleichschaltung, z. B.:

- 1932-33: Die hlz im Jahr vor der Machtübernahme der NSDAP
- 1933: Die Gleichschaltung – „großes zukunftsträchtiges Werk“
- 1933-34: Die hlz als Nazi-Zeitung

Link: <https://www.gew-hamburg.de/veroeffentlichungen/hlz-mitgliederzeitung/dossiers/geschichte-der-hlz>

1944) war ein deutscher Journalist und Schriftsteller, der als Kuratoriumssekretär in Frankfurt a.M. jahrelang den Goethe-Preis überreichte. Er galt als „Pazifist im NS-Staat“ und war als Reise-Schriftsteller bekannt.

Ausbildung bei Prof. Deuchler

Nach dem Krieg arbeitete Heinrich Geffert weiter als Volksschullehrer und studierte parallel dazu elf Semester an der Universität, „vorwiegend auf den Gebieten der Pädagogik und Psychologie, daneben auch auf dem der neuen deutschen Literatur“.

Als seine akademischen Lehrer nannte er in seinem Lebenslauf u.a. die Professoren Conrad Borchling, Ernst Cassirer, William Stern, Peter Petersen und Gustaf Deuchler, seinen Doktorvater. Letzteren würdigte er besonders im Kontext seiner im Sommer 1926 abgegebenen Doktorarbeit zum Thema „Das Bildungsideal im Werk Hermann Hesses“.

Deuchler war einer der führenden Erziehungswissenschaftler und Lehrerbildner in den 1920er Jahren. Er hatte 1923 das erste Ordinariat für Erziehungswissenschaft an der Universität in Hamburg übernommen. Einer der ersten Hochschulassistenten bei Deuchler war Peter Petersen, der aber kurz darauf bereits einen Ruf als Ordinarius nach Jena erhalten hatte. Später war auch Willi Schulz auf einer Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei Gustaf Deuchler beschäftigt, der schon 1924/25 für erziehungswissenschaftliche und psychologische Studien aus seiner Landschullehrerstelle beurlaubt gewesen war. Somit hatte sich die langjährige Freundschaft zwischen Geffert und Willi Schulz in diesem Kontext noch einmal revitalisiert.

Heinrich Gefferts Prüfer am 31.7.1926 waren Gustaf Deuchler für Erziehungswissenschaft und William Stern für Psycho-



Heinrich Geffert als hlz-Autor (1931)

logie. Deuchler nahm außerdem auch noch die Lateinprüfung ab. Beide Professoren bezeichneten Gefferts Arbeit als „sehr lobenswert“. Stern schrieb: „Der Kandidat zeigte eine gute Beherrschung der vielseitigen Themen und wusste das Wesentliche der Theorie verständlich herauszuarbeiten.“

Am 2.3.1927 wurde Heinrich Geffert die Urkunde zum Dr. phil. überreicht. Vorher hatte er am 1.10.1926 eine Stelle als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter am Institut für Lehrerfortbildung erhalten. Am 1.8.1927 wurde er zum Wissenschaftlichen Rat befördert und nahm daneben an der Universität Hamburg einen Lehrauftrag im Rahmen der Lehrerbildung an. Auch hier war er von Gustaf Deuchler gefördert und berufen worden.

Wie dynamisch die Zeit war, geht auch daraus hervor, dass Gustaf Deuchler 1932 in die NSDAP eintrat und deutliche Ambitionen zeigte, 1933 bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten eine führende Stelle zu übernehmen. Sein Ziel war es, Schulsenator zu werden, was ihm aber nicht gelang - wohl auch, weil er „von gefürchteter Streitsucht und eigenwilligen Charakters war“. Deuchler blieb Hochschullehrer und trat an der Universität Hamburg in SA-Uniform auf.

Währenddessen musste Gefferts anderer Prüfer, der Begründer der Differenziellen Psychologie und über die deut-

schen Grenzen hinaus bekannte Psychologieprofessor William Stern, 1933 emigrieren, um sich vor der einsetzenden Judenverfolgung in Sicherheit zu bringen.

Gefferts Rolle in der Gesellschaft der Freunde

Heinrich Geffert war ein intensiver Mitarbeiter in der „Gesellschaft der Freunde“, schrieb einige Aufsätze in der „Hamburger Lehrerzeitung“ und veröffentlichte Bücher zur deutschen Spracherziehung, u.a. mit Schulrat Gustav Schmidt ein „Arbeitsbuch für den Unterricht in der deutschen Sprache“. In der HLZ wurde anlässlich seines 80. Geburtstages 1967 seine Arbeit in jener Zeit so beschrieben:

„Er hielt Verbindung mit einem großen Kreise führender Wissenschaftler in seinem Gebiete der muttersprachlichen Erziehung. Geffert ist ein gewissenhafter Stilist, in allem zielsicher und konsequent, auch im Umgang mit Menschen, empfindlich aber verbindlich, ohne jemand zu enttäuschen. In der ‚Gesellschaft der Freunde‘ leitet er die Arbeitsgemeinschaft für den Deutschunterricht und zieht sie heran bei der Bearbeitung seines Übungsbuches für die Hamburger Schulen im Verlag der ‚Gesellschaft der Freunde‘.“

Bedeutsamer sicherlich, was über die Rolle von Heinrich Geffert im Jahr 1933 geschrieben wurde:

„Größer ist sein Verdienst, das er sich in dem wilden ersten



Jugendfreund Gefferts: Willi Schulz, Landesleiter des NSLB und neuer Vorsitzender der „Gesellschaft“ nach der Gleichschaltung

Vierteljahre 1933 als Retter in der Not erwarb; er sah und wies den Weg, wie die ‚Gesellschaft‘ mit allen ihren Werten, Vereinshaus, Bücherei, Kassen, vor drohenden und befürchteten unberechenbaren Angriffen bewahrt werden könnte, wenn man Wilhelm Schulz zum Vorsitzenden machte. Wilhelm Schulz (17. März 1887 bis 7. Januar 1947) war bereits einmal Delegierter der ‚Gesellschaft‘ auf einer deutschen Lehrerversammlung gewesen und treues Mitglied des Vereins, dazu Assistent bei Professor Deuchler, somit der Lehrerschaft nicht ganz unbekannt; in der NS-Partei hatte er Autorität aufgrund seiner Parteinummer. Geffert führte eine vertrauliche Aussprache zwischen dem Vorsitzenden der ‚Gesellschaft‘, Gustav Küchler und Schulz herbei. So verlief dann die Gleichschaltung, freilich mit Zähneknirschen, aber ohne Meuterei: Schulz wurde Vorsitzender (und bald darauf Landesschulrat; ihm war es gelungen, Fritz Köhne gegen starke Widerstände in seinem Amt als Schulrat zu halten, um die alte pädagogische Linie nach Möglichkeit zu wahren). Die Übereignungen konnten auf besinnlichere Tage verschoben und unter Wahrung einiger Hamburger Vorrechte verhandelt werden. Der Faden, an dem damals

das Geschick der ‚Gesellschaft‘ hing, war dünn; von den dreien, die ihn spannten, lebt nur noch Heinrich Geffert; ihm gebührt noch unser großer Dank!“ (HLZ 9/1967, S. 269)

Ich habe in der Biographie von Willi Schulz den komplizierten Prozess beschrieben (in: Täterprofile Bd.1, S. 99ff.), in dem sich der NSLB in Hamburg befand. Der NSLB war in Hamburg am 28.5.1931 von fünf NSDAP-Mitgliedern gegründet worden, darunter Albert Mansfeld, der 1933 zu einem engen Verbündeten von Willi Schulz wurde. Bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten in Hamburg am 5.3.1933 bestand der NSLB aus wenig mehr als 100 Personen. Die Führung im NSLB hatte zu diesem Zeitpunkt eine kleine Gruppe „alter Kämpfer“, die zwar wortradikal, aber einigermaßen orientierungslos war und

Die langjährige Freundschaft zwischen Geffert und Willi Schulz (dem späteren NSLB-Vorsitzenden) hatte sich noch einmal revitalisiert

der man nicht zutrauen konnte, den Prozess der Gleichschaltung der reformpädagogisch orientierten „Gesellschaft der Freunde“ zu realisieren. Ihr Leiter war Hinrich von der Lieth.

Die Berufung von Willi Schulz zum Oberschulrat und einige Monate darauf zum Landesschulrat soll folgendermaßen erfolgt sein: Der spätere Reichsstatthalter und Gauleiter der NSDAP in Hamburg, Karl Kaufmann, hatte vor der Machtübernahme auf einer Parteiversammlung der NSDAP in Geesthacht 1932 eine propagandistische Rede gehalten. Diese Versammlung besuchte auch Willi Schulz, der als Landschullehrer in Geesthacht arbeitete. Schulz machte

sich nach der Versammlung mit Kaufmann bekannt und lud ihn zu sich nach Hause zu Kaffee und Kuchen ein. Schulz trat daraufhin am 1.8.1932 in die NSDAP und in den NSLB ein.

Als die NS-Verantwortlichen nach der Machtübernahme nicht wussten, wen sie mit der Leitung des Schulwesens beauftragen sollten, erinnerte sich Kaufmann an Schulz, „der ihm außer seinen politischen Ansichten als ‚nordischer‘ Typ aufgefallen war“. Kurz darauf sei Schulz berufen worden. Soweit die in der „Gesellschaft“ kolportierte Geschichtsschreibung.

Neben personellen Engpässen gab es bei NSDAP-Gauleiter Kaufmann aber durchaus ein handfestes politisches Kalkül: Schulz schien ihm aufgrund seines Alters und seiner Erfahrung der geeignete Mann zu sein, der die Zerstrittenheit und die Machtkämpfe innerhalb des bis 1933 unbedeutenden NSLB beenden sollte. Und diese Funktion nahm Schulz, unterstützt von Albert Mansfeld, durchaus erfolgreich wahr. Die bisherige NSLB-Führung, politisch eher orientierungslos und persönlich zerstritten, wurde abgelöst. Und aufgrund seiner „Gesellschafts“-Biographie schien Schulz der geeignete Mann zu sein, die bisherigen Lehrerorganisationen gleichzuschalten. Die Rolle, die Heinrich Geffert dabei spielte, ist bisher nie deutlich dargestellt worden.

1933: Geffert als HLZ-Schriftleiter

Geffert selbst war bereit, nach der Gleichschaltung der „Gesellschaft der Freunde“ eine wichtige Funktion zu übernehmen. Mit der Ausgabe Nummer 19 vom 13.5.1933 fungierte Heinrich Geffert bis zum Ende des Jahres 1933 als Schriftleiter der „Hamburger Lehrerzeitung“.

Auffällig ist, dass in der Phase seiner Schriftleitung zunehmend pädagogische Themen und sol-

che der Lehrerbildung in Aufsätzen behandelt wurden, daneben freilich auch Beiträge, die den Gleichschaltungsprozess und die Neuausrichtung des Hamburger Schulwesens beschrieben. Geffert war aufgrund seiner Verbindung zu Willi Schulz Teil dieses Prozesses, in moderierender Funktion. Dabei schrieb er in der HLZ selbst selten über den Veränderungsprozess.

Geffert unternahm den Versuch, „das Neue mit dem Alten“ zu verbinden, wobei sich schon nach kurzer Zeit erweisen sollte, wie rigoros die Nationalsozialisten ihre Grundpositionen durchsetzten.

Am neuen Schulgesetz versuchte Geffert hervorzuheben, was durch die Abschaffung der Selbstverwaltung und die Durchsetzung des Führerprinzips ganz anders exekutiert wurde:

„Während das Gesetz über die Verwaltung der Schulen vom 12. April 1920 das Schwergewicht auf die gemeinsame Arbeit in der Schule und die gemeinsame Schulverwaltung legte – wobei dem einzelnen Lehrer weitgehende Freiheiten zugestanden wurden –, hebt das neue Gesetz vor allem die Funktion des Schulleiters hervor. Nach dem neuen Gesetz, das das Ende der Selbstverwaltung bedeutet, wird der Schulleiter von der Landesunterrichtsbehörde bestellt.

Nach welchen Grundsätzen die Auswahl der Schulleiter erfolgen soll, darüber äußerte sich vor kurzem Herr Senator Witt vor Pressevertretern. Er begründete zunächst, weshalb man das rektorale System nicht wiederhergestellt habe, und führte aus, dass nach der akademischen Vorbildung der Volksschullehrer die alte Rektorprüfung hinfällig geworden sei. Man wolle kein neues Examen schaffen, mit dem ein neuer Titel und ein höheres Gehalt verbunden wären. In Zukunft seien für die Bestellung des Schulleiters neben der Staatsgesinnung wissenschaftli-

che und schulpraktische Befähigung maßgebend.

Diesen Ausführungen des Präses der Landesunterrichtsbehörde kann die hamburgische Lehrerschaft aus voller Überzeugung zustimmen, mit dem Hinweis freilich, dass die Staatsgesinnung sich nicht lediglich in einem äußeren Bekenntnis, sondern vor allem in einer vorbildlich deutschen Gesamthaltung der Persönlichkeit zeigen müsse. An die wissenschaftliche und berufliche Fähigkeit der Schulleiter, die künftig das Recht und die Pflicht der Einsichtnahme in den

Geffert unternahm den Versuch, „das Neue mit dem Alten“ zu verbinden

Unterricht haben werden, stellt die Lehrerschaft die gleichen Ansprüche wie die Behörde, und sie wünscht, dass es gelingen möge, Schulleiter zu berufen, die diesen Anforderungen genügen. Dem Lehrkörper steht nach § 4 des Gesetzes das Recht der Mitberatung und Unterstützung des Schulleiters zu. Hoffen wir, dass der Schulleiter recht viel Gebrauch von dieser Bestimmung macht, damit sich feste Formen der Zusammenarbeit in den Kollegien herausbilden!“ (HLZ 27/1933, S. 383)

Hier zeigen sich Illusionen und eine gewisse Naivität. Das wird für Geffert auch der Grund gewesen sein, mit Ende des Jahres 1933 die Schriftleitung der HLZ abzugeben. Wobei es auch einen äußeren Druck gab.

Geffert und Schulz im NSLB umstritten

Die Gruppe der „alten Kämpfer“ im NSLB führte einen hartnäckigen Kampf gegen Willi Schulz, der seit 1934 nicht nur als Gauamtsleiter des NSLB, sondern auch als Landesschulrat fungierte. Sie zogen vor das Parteigericht der NSDAP, um ein

Ausschlussverfahren gegen Willi Schulz zu erreichen.

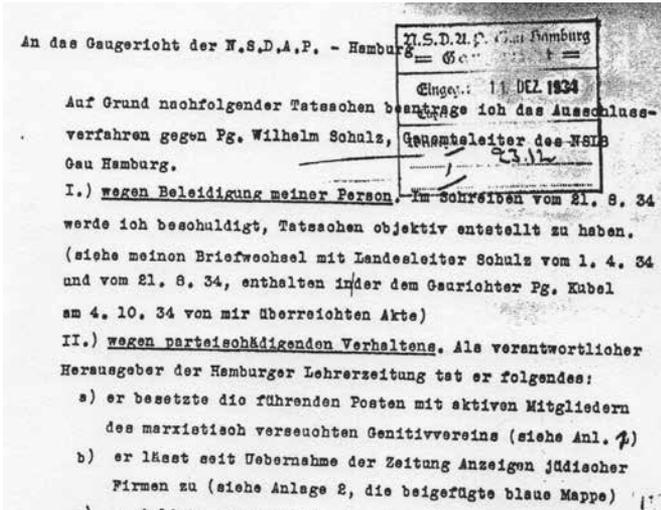
Immer wieder wurde in den Schriftsätzen auch die HLZ als Beleg dafür angeführt, dass Willi Schulz nicht genügend dagegen einschritt, dass der alte „marxistische Genitivverein“ – wie die „Gesellschaft der Freunde“ von den unzufriedenen NSLB-Kämpfern genannt wurde – immer noch ein Leben im NSLB führte. So heißt es in einem Schreiben an das Oberste Parteigericht der NSDAP:

„Nach der Gleichschaltung des Genitivvereins, zu dessen 1. Vorsitzenden Pg. Schulz ernannt worden war, blieb die Hamburger Lehrerzeitung in den Händen dieses marxistisch verseuchten Lehrervereins, anstatt sich im nationalsozialistischen Sinn umzugestalten. Infolgedessen wurden einzelne Posten neu besetzt und zwar mit aktiven Mitgliedern des Genitivvereins.“

Es wurde kritisiert, dass die jetzigen Verantwortlichen für die HLZ „weltanschaulich durchaus dem roten System verpflichtet waren“, die HLZ „früher ihre Judenfreundlichkeit unverhüllt“ gezeigt habe und „nach der Gleichschaltung nur noch wirtschaftlich verhüllt durch Zulassung bezahlter jüdischer Geschäftsanzeigen in großer Zahl und Aufmachung“ praktiziere.

Über Heinrich Geffert wurde geschrieben:

„Dr. Geffert sowohl wie Dr. Fehring gehören dem Hamburger Lehrerfortbildungsinstitut an, das eine Neugründung des niedergerungenen Systems ist und das bis heute trotz des Widerstands nationalsozialistischer Kreise einen Teil des alten Lehrkörpers sich bewahrt hat. Beide haben sich noch im Januar 33 für die Arbeitsausschüsse des rot gesinnten Genitivvereins zur Verfügung gestellt und sind in der Hauptversammlung einige Tage später in den Lesebuchausschuss gewählt worden, der nicht nur die Auswahl des Le-



1934: Antrag auf Parteiausschlussverfahren gegen Willi Schulz

sestoffs pazifistisch beschnitten hatte, sondern auch dem Kind als Künstler – diesem bolschewistischen Lehrbegriff – durch Aufnahme kindlicher Einzel- und Massenschöpfungen Anerkennung geben wollte. Dr. Geffert hatte sich außerdem durch die Förderung des Goethebuchs von Alfons Paquet, das Goethe in die Durchschnittsmenschen einzureihen versuchte und das zu Ostern 32 unter Androhung einer Disziplinarstrafe an die abgehenden Volksschüler verteilt werden musste, schwer gegen das deutsche Volkstum versündigt. Die HLZ verstieß darum unter seiner Leitung und gar nicht selten heftig gegen nationalsozialistisches

Denken und Empfinden.“

Das Ausschlussverfahren vor dem Obersten Parteigericht richtete sich gegen Willi Schulz. Hier sollte belegt werden, dass Schulz es nicht schaffte, rigoros für nationalsozialistische Prinzipien einzutreten.

Auf der anderen Seite war Heinrich Geffert durchaus an der Umgestaltung des Hamburger Bildungswesens beteiligt. So hatte er die Funktion des Gausachbearbeiters für den Deutschunterricht übernommen und an den „Grundsätzen zu einer Bildungsplanung für die hamburgische Volksschule“ mitgearbeitet. Sie bildeten die Grundlage für die neu aufgelegten Lernbücher

für den Volksschulunterricht.

„Für den ein Drittel des Textes umfassenden Regionalteil der Hamburger Lesebücher trafen der für die Volksschulen zuständige Oberschulrat Albert Mansfeld und der als Dozent im Institut für Lehrerfortbildung tätige Heinrich Geffert die Auswahl, die für das fünfte und sechste Schuljahr erstmalig 1935 herausgebracht wurde. Zu zwei Dritteln waren die Texte reichseinheitlich gleich. Sie zielten auf die Erziehung zum Nationalsozialismus, auf Rassenlehre, Heimatverbundenheit, Wehrbereitschaft, 'Volksgemeinschaft' und Hitler-Verehrung und waren von Autoren verfasst, die der nationalsozialistischen Bewegung zutiefst verbunden waren.“

Dies war der schulpolitische und inhaltliche Zusammenhang, in den sich Heinrich Geffert begeben hatte.

Geffert war durch die Gleichschaltung seit 1933 Mitglied des NSLB und der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt), aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht Mitglied der NSDAP geworden.

HANS-PETER DE LORENT

Fortsetzung folgt

Gekürzte Fassung der Biographie aus „Täterprofile“ Band 3 (2019). Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf Fußnoten und Anmerkungen verzichtet. Diese können angefragt werden bei: hpdelorent@aol.de

Gerichtsprozess wegen Nazi-Biographie

Am 1.4.2020 wird vor dem Landgericht Hamburg ein Prozess gegen Hans-Peter de Lorent und die Landeszentrale für politische Bildung stattfinden. Gegenstand ist die Veröffentlichung der Biographie von Oscar Toepffer in Bd. 2 der "Täterprofile". Die Klägerin, Enkelin von Toepffer, will erwirken, dass diese Biographie weder weiter in Band 2 veröffentlicht werden darf noch im Internetportal der Landeszentrale auf Hamburg.de (unter dem Stichwort "Die Dabeigewesenen"). Darf der Autor den ehemaligen Senator

und Beigeordneten des Hamburger NS-Senats als „Täter“ bezeichnen? Das und die Frage, ob Dokumente rechtmäßig verwendet wurden, soll das Landgericht klären. Es droht eine Geldstrafe und das Verbot der Weiterverbreitung dieser Biographie.

Die HLZ hat in den Ausgaben 6/2019 und 7-8/2019 die Biographie von Oscar Toepffer in zwei Teilen abgedruckt. Termin: 1.4.2020, 10:00 Uhr im Ziviljustizgebäude, Sievekingplatz 1, 2. Etage, Sitzungssaal A 234

GEW Vorteile für
GEW-Mitglieder!

BB Bank
Better Banking

Die Welt hat einiges zu bieten. Genau wie Ihr Konto.

- ✓ Weltweit gebührenfrei¹
Geld abheben mit der
kostenlosen Visa Card
- ✓ Attraktive Vorteile für
den öffentlichen Dienst
- ✓ 50,- Euro Startguthaben
für GEW-Mitglieder

0,– Euro
Konto²



Jetzt online eröffnen:
www.bbbank.de/gew
oder Termin vereinbaren:
www.bbbank.de/termin

¹ 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro. ²Voraussetzungen: Konto mit Gehalts-/Bezügeingang, Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied. 36 Freiverfügungen am Geldautomaten pro Abrechnungsjahr; jede weitere Verfügung 1,50 Euro.



Atomares Schlachtfeld Europa?

Trotz steigender Kriegsgefahr sucht man vergebens nach einem massenhaften friedenspolitischen Engagement

Die ehemalige Verteidigungsministerin und jetzige neue Kommissionspräsidentin U. von der Leyen hat ihren Willen bekundet, der „Sprache der Macht“ (tagesschau.de) noch mehr Gewicht, will sagen Gelder in Millionenhöhe und weitere Kriegseinsätze, zuzuführen: etwas verblümlert als der bekannte Mao-Spruch von der „politischen Macht“, die „aus den Gewehrläufen“ kommt, doch mit gleicher Wucht. Es ist ja hinreichend bekannt, mit welcher Anspruchshaltung die Führungsmacht Deutschland gegenüber den Mitgliedsländern der EU auftritt. Die Fratze der Gewalt wird dabei durch hohe Werte verschönert – eine Maschade, die nicht schwer zu durchschauen ist.

Jürgen Todenhöfer z.B. hat diese Werte in seinem neuen Buch als eine einzige „große Heuchelei“ entlarvt. Der geläuterte (!?) frühere „entwicklungs- und abrüstungspolitische Sprecher“ der CDU, damals als „Hardliner der so genannten Stahlhelm-Fraktion um Alfred Dregger“ (wikipedia.org), also dem rechten Flügel, zugeordnet, zeigt detailliert, dass hinter den westlichen Höchstwerten handfeste politische Interessen stecken, die mit Sanktionen, Krieg und Staatsterrorismus durchgesetzt werden. In der hoch gelobten Demokratie, so Todenhöfer, ist die Bevölkerung von solchen Entscheidungen abgeschnitten: „Außenpolitisch gibt es keine demokratische Willensbildung“. Die „Bombardierung großer Städte“ in Syrien und Irak durch die westliche Kriegsallianz sei „als terroristischer Krieg“ einzuordnen wie ebenso der „IS-Terror“, der anfangs vom Westen

mitfinanziert wurde, als „Antwort auf den Irak-Krieg von 2003.“

„Sag mir, wo die Protestler sind, wo sind sie geblieben?“ (frei nach Pete Seeger)

Ein Jahr lang ist die Jugend jetzt schon mit großer Sorge für ein relativ unbeschädigtes Klima zu Hunderttausenden auf den Straßen unterwegs. In den 80er Jahren demonstrierten in Deutschland Hunderttausende Friedensbewegte gegen den westlichen Kriegskurs, als der Kanzler Schmidt sein atomares Programm zur „Nachrüstung“ durchsetzen wollte. So sollte dem Todfeind – dem „realen Sozialismus“ – der Todesstoß versetzt werden. Nachdem der östliche Teil des Systemgegensatzes sich selbst aufgegeben hatte, schien eine lange Friedenszeit in Aussicht, so die Meinung vieler Zeitgenossen. Doch weit gefehlt! Es kommt ganz anders.

Und wo ist der massenhafte außerparlamentarische Protest gegen staatlich organisierten Mord und Totschlag? Ist die Friedensbewegung mittlerweile in die Jahre gekommen? Nicht nur der Nahe und Ferne Osten brennt. Viele Regionen der Welt sind – unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands – mit Krieg und Bürgerkrieg überzogen. Dabei gäbe es Gründe genug und in einem Ausmaß, wie sie sich die damaligen Kritiker wohl kaum vorgestellt haben. Hier nur einige Hinweise:

„Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird ...“ (A. Einstein)

...Trump ist es schon und

kündigt den INF-Vertrag. Somit kehrt die Gefahr eines atomaren Schlagabtausches nach Europa zurück. Polen, seit 20 Jahren Natomitglied, tritt für einen „sicherheitspolitischen Schulterschluss“ von Europa und Amerika ein. Nahe der russischen Grenze sind schon einige Tausend US-Soldaten stationiert und es sollen noch mehr werden... „Defender 2020“, das „Kriegsspiel“ mit der „größten amerikanischen Truppenbewegung“ (tagesschau.de, 14.1.20) mit fast 40.000 Militärs, durchgeführt seit 25 Jahren, beginnt demnächst. Die Verteidigungsministerin AKK bedankt sich bei den USA für die Aufrüstung an der „Ostflanke der Nato.“ Die Nato-Osterweiterung kreist Russland immer mehr ein, von seinen ehemaligen Bündnispartnern sind die meisten der Nato beigetreten. Regelmäßige Manöver mit großer Beteiligung gehören zu deren Tagesgeschäft. Auf der anderen Seite kommt es ebenso zu Truppenkonzentrationen; eine neue Phase des Wettrüstens ist eingeleitet. Die Wiederkehr des Kalten Krieges steht in Aussicht, die Gefahr einer Eskalation ist dauernd präsent.

Die Zahlen für den Militäretat der USA und Russlands 2018 sprechen für sich: Die „63,1 Milliarden Dollar“ Russlands nehmen sich gegen die „643,3 Milliarden US-Dollar“ (iiss.org zitiert in zeit.de, 15.2.19) eher bescheiden aus. Der US-Verteidigungsetat wird bis 2020 auf „735 Milliarden US-Dollar“ erhöht. Die US-Aufrüstung steigt somit mit fast einer ¼ Billion Dollar auf ein Rekord-Hoch und ist auf den Erzfeind Russland und den ökonomisch erstarkten Großmachtkonkurrenten Chi-

na gerichtet. In den kommenden 30 Jahren sollen für „die Runderneuerung der nuklearen Systeme“ (nldr.de, 2.10.19) über zwei Billionen Dollar ausgegeben werden. Die Einkreisung Russlands ist nahezu perfekt. Dazu kommt beispielsweise ein innovativer, strategischer Durchbruch: ein Zündmechanismus für die Kurz- und Mittelstreckenraketen, die über die Zerstörungskraft von Interkontinentalraketen verfügen; ihr Vorzug: sie können durch die neuen Nato-Staaten des ehemaligen Ostblocks näher am Ziel stationiert werden. Und sie weisen keine berechenbare ballistische Flugbahn auf; sie fliegen sozusagen im Schlingenkurs.

Nicht zu vergessen: Wettrüsten ist das erklärte Programm der USA, Bedenken wie die, dass die „Apokalypse“ weite Teile des Globus unbewohnbar mache, sind nicht mehr gefragt. Dahinter steht der Gedanke des Dollar-Imperiums, Russlands Ökonomie durch Embargos und Aufbürden von Mehrlasten im Rüstungswettlauf zu schädigen, den die USA dominieren. Amerikas militärische „Führungsrolle [muss] garantiert“ (tagesspiegel.de, 14.2.19) bleiben und dafür ist „Amerikas Überlegenheit im

Weltraum unerlässlich“ (spiegel.de, 29.12.19), so Trump. Mit Fortentwicklung der Künstlichen Intelligenz soll – gemäß den „nationalen und wirtschaftlichen Sicherheitsinteressen“ der USA, die den gesamten Globus betreffen – u. a. das eigene militärische Menschenmaterial geschützt werden. Der Krieg unbemannter militärischer Systeme aus dem Weltraum wird angestrebt: Drohnen sind zur gezielten Tötung schon seit Jahren im Einsatz, autonome Kampfroboter in der Planung. Der Cyberkrieg mit Informationstechnologie ist fortzuentwickeln etc. pp.

Kurzum: „Mit dem umfassenden Bedrohungsszenario, das die Vereinigten Staaten zur Sicherung ihrer uneingeschränkten Weltherrschaft aufbauen, beschieren sie Russland nicht nur eine militärisch äußerst prekäre Lage; sie zwingen ihrem Rivalen gleichzeitig ein Wettrüsten auf, das ausdrücklich darauf berechnet ist, ihn in den Ruin zu treiben“ (gegenstandspunkt.com, Nr. 3-19).

Deutschlands neue Rolle in der Welt

Trotz dem militärischen Angewiesen-Sein auf den Weltpolizisten USA sieht Deutschland

sich nicht mehr als folgsamer Juniorpartner, es will „nach vorn gehen“, sich durch seine Rüstungsanstrengungen gemeinsam mit den EU-Ländern gegenüber Amerika stärken und selber entscheiden, wann und wo Krieg stattfindet. Passend dazu AKK's Vorschlag zur Einrichtung einer „Sicherheitszone“ in Syrien und der Aufruf von der Leyens zum Aufbau einer EU-Armee. Deutschland nutzt zudem Diplomatie und Geldmacht, um die katastrophalen Zustände in der „Dritten Welt“ zu zementieren. Wie aktuell im Fall Venezuela und Bolivien anerkennt es umgehend putschende Politiker_innen. Volksfreundliche Regierungen, die die elenden Verhältnisse abzumildern versuchen, sind nämlich in den Augen der Mächte des 'freien Westens' schlicht nicht hinnehmbar!

Der Kolonialismus ist abgeschafft, aber der Imperialismus hält die Völker der Welt trotz zugestandener Souveränität genauso fest mit Krieg und Bürgerkrieg im Würgegriff wie ehemals. Und da nur langsam aufkeimender bescheidener Protest?!

F. BERNHARDT,
R. GOSPODAREK,
beide im Ruhestand

HAMBURGER FORUM

für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

www.hamburgerforum.org

Ort und Zeit im Internet



Aufruf zum Hamburger Ostermarsch

Atomwaffen verschrotten

Abrüsten statt aufrüsten

Waffenexporte verbieten

Auslandseinsätze beenden

Raus aus den Kriegsbündnissen

Entspannung statt Kalter Krieg

Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!



75 Jahre Befreiung des KZ Bergen-Belsen – 60 Jahre erster Ostermarsch nach Bergen-Hohne und 2020 von Unterlüß zum Rheinmetall-Werk

Am 15. April 1945 wurde das Konzentrationslager Bergen-Belsen befreit. 52 000 Menschen starben in dem Lager aufgrund der Haftbedingungen – für andere war es eine Durchgangsstation in ein Vernichtungslager.

Im KZ- Außenlager Unterlüß (auch „Tannenberg“ genannt) waren bis zu 900 Frauen untergebracht, die im Straßen- und Gleisbau und in der Waffenschmiede Rheinmetall-Borsig AG arbeiten mussten. In Unterlüß existierten neben „Tannenberg“ noch andere Lager, in denen Fremdarbeiter, Kriegsgefangene und andere Zwangsarbeiter_innen verschiedener Nationalitäten untergebracht waren. Sie mussten ebenfalls in der Munitionsproduktion bei Rheinmetall-Borsig AG arbeiten.

Vom 15.-18. April 1960 fand der erste viertägige Ostermarsch in Norddeutschland statt. Es war ein Sternmarsch mit Teilnehmer_innen aus Braunschweig, Bremen, Hannover, Hamburg und aus England. Ziel war der

Truppenübungsplatz Bergen-Hohne, der an das ehemalige Konzentrationslager Bergen-Belsen grenzte.

Wie die Hamburger Morgenpost am 6. Dezember 1959 berichtet hatte, wurden dort Übungen mit Atom-Raketen vom Typ „Honest-John“ durchgeführt. Die Vorstellung eines neuen ‚Todes-Zentrums‘ ließ sich wegen der Nähe zum ehemaligen KZ nicht beiseite drängen. Der Protest richtete sich „gegen atomare Kampfmittel jeder Art in Ost und West“. „Wir woll(t)en den Frieden in die eigenen Hände nehmen, nachdem wir erneut gemerkt haben, wie sehr uns die Politiker allein gelassen haben.“ (Helga und Konrad Tempel, Initiatoren des ersten Ostermarsches)

Heute – 75 Jahre nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Terror-Herrschaft und dem Ende der Zwangsarbeit bei Rheinmetall und 60 Jahre nach dem ersten deutschen Ostermarsch – stellt der Rüstungskon-

zern weiterhin Waffensysteme her, die in Krisen- und Kriegsgebieten den Tod zahlloser Menschen verursachen. Restriktionen beim Waffenexport umgeht Rheinmetall durch Produktion im Ausland (z.B. in Sardinien und Südafrika).

Unsere Appelle lauten:

- Für ein Verbot aller Atom- und Massenvernichtungswaffen – Deutschland muss den Verbotsvertrag unterzeichnen!
- Für den Stopp jeglichen Rüstungsexports!
- Für die vollständige Umwandlung auf zivile Produktion bei Rheinmetall und anderen Rüstungsbetrieben!

Treffpunkt der Osteraktion ist am Samstag, 11.04.2020 um 11:30 Uhr am Bahnhof Unterlüß – kommt zahlreich!

Der ungekürzte Aufruf ist zu finden unter www.kurviewustrow.org/aufruf-zur-gewaltfreien-osteraktion-in-unterluess/

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Die GEW bietet in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. Der nächsten Termine sind der 25.2. und 24.3. jeweils von 15-17 Uhr. (offene Sprechstunde ohne Terminvereinbarung). Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

KARIN HUFERT,
ehrenamtliche Beraterin, Mitglied der GEW



Das HLZ-Rätzel

Genosse Bankster

Ex-Außenminister Sigmar Gabriel wird Aufsichtsrat der kriselnden Deutschen Bank. Der frühere Deutschlehrer und Popbeauftragte der SPD dürfte dort eins der von ihm früher kritisierten *unanständigen Gehälter* kassieren. Es ist aber nicht der erste Wechsel dieser Art.



Viet-Hoang Nguyen/Wikimedia - CC-BY-SA-4.0

Bald 200-300.000 EUR im Jahr von der Deutschen Bank: Sigmar Gabriel

Wer hat noch als Politiker_in einen lukrativen Job beim Kapital bekommen?

- A) Gerhard Schröder
- B) Claudia Roth
- C) Phillip Rösler
- D) Friedrich Merz

Einsendungen (ggf. mit Mehrfachnennungen) bitte mit Postanschrift bis zum 24.3.2020 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Preis winkt ein Gutschein für das *Café Paris*, unweit der Hamburger Börse und der Filiale von Sigmar Gabriels neuen Geldgeber. Einen Sonderpreis kann bekommen, wer eine Persönlichkeit aus dem Bereich Buch/Musik nennt, die auch mit dem Kapital große Karriere gemacht hat. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Spiritika/Wikimedia - CC-BY-SA 3.0



Des letzten Rätsels Lösung...

... sind die Silvesterbräuche a, b, c und e: Puppen mit Politiker-gesicht werden in Ecuador verbrannt, mit roter Unterwäsche wird in Italien ins Neue Jahr hineingeschlafen und in Bulgarien wird anderen Leuten mit der Rute auf den Rücken geschlagen. 10 Tage Party ab Silvester soll es in Russland geben.

Als Gewinnerin ermittelten wir Eva Rodriguez Navia. Sie bekommt den Gutschein für „Hamburg von oben“ in der *Skyline Bar 20 up* des Empire Riverside Hotels. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Neujahrstrute (Surwatschka) aus Bulgarien – für kleine Schläge auf den Rücken

Referat F	Gruppe Gewerkschaftliche Bildung Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, mailto:rolandstolze@gwhmail.de
Referat B/C Bildungspolitik, -finanzierung	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	In der Geschäftsstelle nachfragen
Junge GEW	18.03.2020, 18.00-20.00 Uhr, Raum C
FG Grundschule	21.04.2020, 17.00-18.30 Uhr, Raum A
AG Vorschule	18.02.2020, 17.00-20.00 Uhr, Raum GBW
FG Stadtteilschulen	17.03.2020, 17.00-20.00 Uhr, Raum A
FG Berufliche Schulen	26.02.2020, 16.30-19.00 Uhr, Raum GBW
FG Gymnasien/AG LAZ	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
Kita Netzwerk	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik und Inklusion	21.04.2020, 17.00-18.30 Uhr, Raum A
FG Hochschule u. Forschung	06.04.2020, 18.00-21.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpolitik	In der Geschäftsstelle nachfragen
Bleiberechtsausschuss	25.02.2020, 19.00-21.00 Uhr, Raum GBW 24.03.2020, 19.00-21.00 Uhr, Raum C
AG Bildung statt Kinderarbeit	In der Geschäftsstelle nachfragen
Ausschuss für Friedenserziehung	In der Geschäftsstelle nachfragen
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
BG Ruheständler_innen – Vollversammlung	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Schulleitungen	In der Geschäftsstelle nachfragen
Sportausschuss	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Kindheitspädagogik	26.02.2020, 19.00-21.00 Uhr, Raum GBW 25.03.2020, 19.00-21.00 Uhr, Raum GBW
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	06.04.2020, 18.30-21.00 Uhr (Fakultät EPB PI) von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 09)
Bildungsclub	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Queere Lehrer_innen	20.02.2020, 18.30-20.30 Uhr, Raum C 19.03.2020, 18.30-20.30 Uhr, Raum C
FG Erwachsenenbildung	19.03.2020, 18.30-22.00 Uhr, Raum A

Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: <https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine> gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson,

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: Foto und Montage Jamil Jalla

Rückseite: BG Max-Brauer- und Ida Ehre Schule

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 3-4/2020: 25.3.2020

Aus dem Übergang...

Ja, wie war das damals, am 27. April 1933, als Hunderte, manche sprechen gar von 3000, Mitglieder der Gesellschaft der Freunde des Vaterländischen Erziehungswesens (GdF), also der Vorläuferorganisation unseres Verbandes, quasi unisono, bei drei oder sieben Gegenstimmen – man streitet sich darüber – den Arm bei der Abstimmung zum Ja erhoben, als es um die Bereitschaft ging, in den Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) überzutreten?

Dieses geschichtliche Ereignis wurde seitens der Kulturbehörde in einem Text auf einer Tafel am Curio-Haus festgehalten. Er lautet: „Im Mai 1933 gliederte der NS-Lehrerbund den Verband zwangsweise ein und übernahm das Haus.“

Wir als Redaktion, die sich seit 20 Jahren damit immer wieder beschäftigt hat oder aufgrund der zugesandten Beiträge sich damit beschäftigen musste, haben hierzu eine eindeutige Meinung, die wir in unserer Jubiläumsausgabe zum 200-jährigen Bestehen unseres Verbandes im Jahre 2005 auf der letzten Seite abgedruckt haben (hlz 10-11/2005, S. 210). Es geht dabei darum, dass wir die Zuschreibung „zwangsweise“ für geschichtungsverfälschend halten. Deshalb damals unser Änderungsvorschlag: „Im Mai 1933 wurde der Verband dem NS-Lehrerbund eingegliedert, der in der Folge das Haus übernahm. Vom Widerstand eines nennenswerten Teils der Mitgliedschaft ist nichts bekannt.“

Unser Vorschlag versackte

damals, weil andere Fragen wie u.a. die Eigentumsrechte um das Nachbargebäude Ro19 im Vordergrund standen. Die Debatte flackerte erst wieder auf, als es in diesem Zusammenhang um die Rolle Max Traegers ging, der auch bei diesem ‚Übergang‘ eine Rolle gespielt hatte. Plötzlich stand der Vorwurf wieder im Raum – mittlerweile bundesweit diskutiert –, dass es doch nicht angehen könne, hier von ‚zwangsweise‘ zu sprechen.

Der Landesverband hat darauf reagiert, indem er hierzu

bei der Wahl zur Bürgerschaft 2001 der rechtspopulistische Ronald Schill aus dem Stand 19,4 Prozent der Stimmen holen konnte. Und auch wenn zu erwarten ist, dass bei der jetzt anstehenden Wahl die AfD in Hamburg unter zehn Prozent bleibt, wird jede_r im Kreis von Vertrauten schon einmal diskutiert haben, was denn eigentlich hierzulande los wäre, wenn es eine Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit geben sollte.

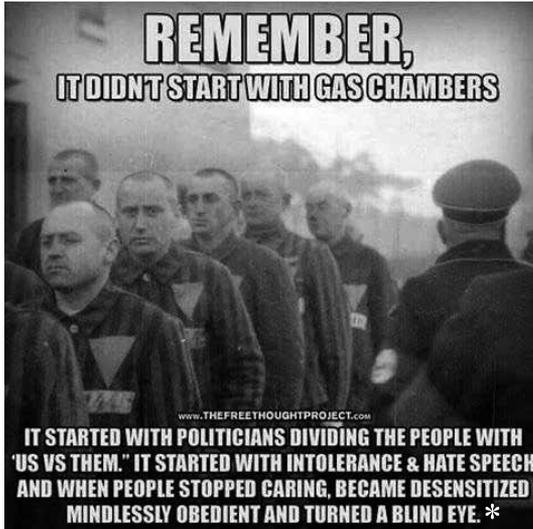
Die Formel „Der Schoß ist fruchtbar noch“ ist ja nicht des-

halb falsch, weil sie schon so oft und immer wieder bemüht wurde und wird. Schließlich leben wir noch immer in einem System, das politisch und wirtschaftlich den gleichen Mechanismen und Antagonismen unterliegt, die die Barbarei zuließen. Natürlich sollte man sich vor einer mechanistischen Übertragung geschichtlicher Ereignisse auf die Gegenwart hüten. Die Gefahr abzuwenden, dass Ähnliches wieder passieren könnte, gelingt uns nur, wenn wir uns da-

rüber auseinander setzen, wie es dazu kommen konnte.

Als hlz-Redaktion wollen wir hierzu beitragen. In diese

** **Erinnert euch, es begann nicht mit Gaskammern. Es begann mit Politikern, die die Menschen einteilten in: „wir gegen sie“. Es begann mit Intoleranz und Hassrede und als die Menschen aufhörten sich zu kümmern, stumpften sie ab, verschlossen die Augen und gehorchten ohne nachzudenken.***



eine Studie in Auftrag gegeben hat. Diese wird der Öffentlichkeit im Juni d. J. vorliegen. Der Vorabdruck ist bereits vor drei Wochen Gegenstand einer Debatte im Landesvorstand gewesen. Erwartungsgemäß war diese sehr lebhaft, weil geschichtliche Fakten immer der Interpretation unterliegen.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Meinungen war man sich einig, dass es vor allem wichtig sei, den Bezug zur aktuellen politischen Situation kenntlich zu machen. Wir erinnern uns, dass

Ausgabe haben wir deshalb die Biografie jenes Mannes aufgenommen, der in der besagten Übergangsphase das Sprachrohr unseres Verbandes war. Und das war schon damals die hlz, in der Heinrich Geffert als Schriftleiter die unlösbare Aufgabe hatte, die konträren Meinungen zwischen Menschen, die in einer eher links bis linksliberalen aufklärerischen Tradition standen mit der Meinung jener zu verbinden, die sich einer Bewegung verschrieben hatten, die ihr Heil im Nationalismus suchte, der den Keim der Barbarei bereits in sich trug.

Wie im zweiten Teil der Biografie Gefferts zu lesen sein wird, konnte dies nicht lange funktionieren. Im Nachhinein fragt man sich, wieso ein derart aufgeklärter Mensch überhaupt bereit war, eine solche Rolle noch zu einem Zeitpunkt zu übernehmen, als die Nazis schon die Macht hatten. Aber gerade das macht die Sache interessant, weil nicht nur er, sondern sicherlich viele seiner Mitstreiter innen – und damit meinen wir viele der Mitglieder, die wie oben beschrieben widerstandslos zugestimmt hatten, in den NSLB überzutreten – zu Beginn der Nazi-herrschaft immer noch gehofft hatten, das es so schlimm doch wohl nicht werden würde.

Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt, nämlich bei der Frage, der nachzugehen ist: Was waren die Motive für das Ja? Wir hoffen, dass ihr Interesse habt, in den folgenden Ausgaben die Debatte um diese Frage zu verfolgen und euch ggf. einbringt. Damit das Ganze Substanz kriegt, könnt ihr ab sofort unter einem Button „Dossiers“ zur „Geschichte der hlz“ die Artikel auf der Homepage unserer Zeitung nachlesen, die zu diesem Thema in den letzten Jahrzehnten erschienen sind.

JOACHIM GEFFERS

Chor Hamburger Gewerkschafter*innen



40 JAHRE

WIDERSTAND MIT CHORGESANG

Jubiläumskonzert

21. März 2020

19.00 Uhr Einlass: 18.30 Uhr

Jugendmusikschule

Hamburg Miralles Saal

Mittelweg 42, 20148 HH

Chorleitung:
Natalie Kopp

Eintritt: 10 €
Ermäßigt: 7 €

kartenvorverkauf@chgg.de

www.chgg.de

Mit freundlicher Unterstützung von:

Hamburg | Bezirksamt Eimsbüttel

GEW

Kunststiftung Heinrich Stegemann

DCB

ANZEIGEN 04101-842 671



Privatlehrer gesucht ...

... für 18-jähriges Mädchen, ca. 2-3 Jahre, 4 Std./Tag, Grundwissen „Fit für's Leben“.

Näheres **0171-3807266**



Klinik am Leisberg

Private Akutklinik
für intensive und persönliche Psychotherapie in freundlicher, unterstützender Umgebung



Von hier an geht es aufwärts!

Telefon:
07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 **Baden-Baden**
www.leisberg-klinik.de

Hier könnte Ihre private oder gewerbliche Anzeige stehen

albersdesign
 Mediengestaltung
 + Druckproduktion
 Anzeigenverwaltung
 04101-842 671
 ca@albers.design



Gesundwerden in freundlicher Umgebung!

Hier erwarten Sie motivierte Mitarbeiter, die Sie auf Ihrem Weg in Richtung Gesundheit engagiert unterstützen. Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc. in einem intensiven und persönlichen Rahmen, Krisen werden sicher aufgefangen.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen und Beihilfe

Info-Telefon 02861/80000

Pröbstinger Allee 14, 46325 Borken (Münsterland)
www.schlossklinik.de



Hamburger Lehrer-Feuerkasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
 Gegründet 1897
Mitgliederversammlung
 Freitag, 17. April 2020
 Beginn: 17.30 Uhr
 Tagungsort: Curio-Haus, hinteres Gebäude
Tagesordnung
 1. Jahresbericht 2019
 2. Vorlage der Jahresrechnung 2019
 3. Bericht der Rechnungsprüfer
 Entlastung des Vorstandes
 4. Wahlen
 a) Wahl des 1. Vorsitzenden
 b) Wahl von 2 Rechnungsprüfern
 5. Verschiedenes



HAMBURGER LEHRER-FEUERKASSE

VERSICHERUNGSVEREIN AUF GEGENSEITIGKEIT / GEGRÜNDET 1897

Für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige

Die **preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg** für alle pädagogisch Tätigen sowie deren Angehörige. Wir versichern Ihren Hausrat zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme (inkl. Versicherungssteuer) unverändert seit 1996.

2017 bis 2020 haben unsere Mitglieder eine Beitragsrückerstattung von 10 % erhalten.

Ihr **Hausrat** ist gegen Schäden durch Brand, Explosion, Implosion, Blitzschlag und Überspannung, Einbruchdiebstahl, Raub, Leitungswasser, Sturm, Hagel, Glasbruch (Einfachverglasung) versichert. Außerdem u. a. beitragsfrei eingeschlossen: Hotelkosten bis zu 100 Tagen, Diebstahl von Hausrat aus Krankenzimmern und Kraftfahrzeugen, Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen bis 260 €. Fahrräder bis 3.000 € (6.000 € bei zwei Rädern) können gesondert versichert werden.

Zusätzlich versichern wir Ihre Ferienwohnung ebenfalls zu 1,20 € je 1.000 € Versicherungssumme. Die HLF verzichtet auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bei Schäden bis 5.000 €.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

040 333 505 14 (Tobias Mittag)
 040 796 128 25 (Georg Plicht)
 040 679 571 93 (Sibylle Brockmann)
www.h-l-f.de (mit Prämienrechner) / info@h-l-f.de

Andreas Speit, Journalist, Autor zahlreicher Bücher über Rechts- extremismus und Szenekenner, wird an diesem Abend Einblicke in die Entwicklung des rechten Randes geben. Gestützt von Bildmaterial und Zitaten wird er über aktuelle Positionen, Strategien und Strukturen berichten und aufzeigen, welche Organisationen und Parteien momentan Schnittstellen der Vernetzung darstellen.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

ANDREAS SPEIT

BÜRGERLICHE SCHARFMACHER
Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida

**Max
trifft
Ida**

**In der Mitte angekommen –
Scharfmacher von rechts.**

Vortrag und Diskussion mit Andreas Speit, Journalist und Autor

Mo. 23. März 2020 19 Uhr Di. 24. März 2020 19 Uhr

Ida Ehre Schule Max Brauer Schule

Ida Ehre Schule Oberstufenhaus – Lehmweg 14 MBS Aula – Bei der Paul-Gerhardt-Kirche 1-3